

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis für den Abonnenten:
Wochenblatt 2,30 M., monatlich 1,10 M.,
jährlich 12 M., für den Ausland
Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-
nummer mit illustrierter Sonntags-
beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post-
abonnements 1,10 Mark pro Monat
eingetragen in die Post-Versand-
Presliste. Unter Kreuzband für
Deutschland und Österreich-Ungarn
2,50 Mark, für das übrige Ausland
4 Mark pro Monat. Bestellungen
nehmen an: Belgien, Dänemark,
Frankreich, Italien, Luxemburg, Portugal,
Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr
Beträgt für die sechsgehaltene Kolonne
eine oder deren Raum 60 Pfg. für
politische und gesellschaftliche Vereins-
und Beschlüssen-Verträge 30 Pfg.
„Kleine Anzeigen“ das festgesetzte
Wort 20 Pfg. (zweiwöchige 2 festgesetzte
Wörter), jedes weitere Wort 10 Pfg.
Einschlaggebende und Einschlagvermer-
ken das erste Wort 10 Pfg., jedes
weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buch-
staben zahlen für zwei Worte. Anzeigen
für die nächste Nummer müssen bis
5 Uhr nachmittags in der Expedition
abgegeben werden. Die Expedition ist
bis 7 Uhr abends geschlossen.

Ercheit täglich.

Berliner Volksblatt.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Freitag, den 30. Mai 1913.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Die Lügen des Abbé Wetterlé.

Paris, 28. Mai. (Fig. Ver.)

Die von der Regierung eröffnete Feinde gegen die gesamte
Arbeiterorganisation hätte mit ihrer offenkundigen Verletzung
der republikanischen Grundrechte alle demokratisch empfinden-
den Elemente der Nation zur Besinnung bringen können. In
diesem Augenblick war es also für die nationalistischen Macher
von Wichtigkeit, einen Zwischenfall zu schaffen, der auf die
Sozialisten den Verdacht des Vaterlandsverrats werfen, die
Leidenschaft der Gedankenlosen und Leichtgläubigen gegen sie
aufzuwecken und die zu einem gemeinsamen Kampfe für die
Volksworte und gegen den Chauvinismus angelegten Bürger-
lich-Radikalen einschüchtern sollte. Den Schlag führte die
„Liberté“, ein notorisch von seiner Korruption lebendes na-
tionalistisches Scharfmacherblatt schlimmster Sorte. Es brachte
vorgeblich die „Enthüllung“, daß Genosse Morizet, Redak-
teur der „Humanité“, bei einem Interview mit Abbé
Wetterlé erklärt haben sollte, daß die ganze französische
Armee im Kriegsfall revoltieren würde. Weiter sollte er be-
hauptet haben, daß in seinem Regiment die Soldaten zuerst
auf die Offiziere schießen würden. Auch sei die Sabotage der
Mobilisation leicht, z. B. durch die Sprengung der Brücke
von Troyes.

Die Unwahrscheinlichkeit dieser mit allerhand infamen
Aussagen gespickten Erzählung lag auf der Hand. Welchen
Zweck hätte Morizet durch solche törichtsten Neuherungen ver-
folgen sollen? Warum hätte er sie, selbst wenn sie seiner Mei-
nung entsprächen, just zum Abbé Wetterlé aetan. Genosse
Morizet stellte denn auch sofort in der „Humanité“ fest, daß
an der ganzen Geschichte kein Wort wahr ist. Er wies darauf
hin, daß er über das Regiment, bei dem er gedient habe, schon
darum nicht habe sprechen können, weil er es seit 1898 über-
haupt nicht gesehen hätte und in Troyes sei er nie gewesen
und wisse gar nicht, ob es dort eine Brücke gebe. Aber Morizet
hatte für seine Darstellung auch einen Zeugen: Genossen
Grumbach, der bei dem Interview mit Wetterlé anwesend
gewesen war. Die „Liberté“ hatte allerdings auch ihm Neuher-
ungen derselben Tendenz untergeschoben.

Die chauvinistische Presse — und zu dieser gehören auch
sogenannte radikale Blätter — wartete die Feststellung des
Tatbestandes gar nicht ab und nahm in heulendem Chor die
Melodie der „Liberté“ auf. Und die Lüge bekam eine schein-
bare Bestätigung. Abbé Wetterlé ließ dem „Matin“ telepho-
nieren, mit der Erzählung der „Liberté“ habe es seine Rich-
tigkeit. Und dasselbe erklärte er verschiedenen Zeitungs-
korrespondenten und behauptete es in seinem „Nouveliste
d'Alsace-Lorraine“. Und das Gebrüll der nationalistischen
Presse wird ohrenbetäubend: wie darf man an der Wahrheit
der Verduldigungen zweifeln? Erstens ist es Abbé Wetterlé,
der sie erhebt und zweitens hat er das, was er dem Re-
dakteur — wie er jesuitisch behauptet — nicht zum Zweck der
Veröffentlichung erzählt hat, auch schon anderen Leuten er-
zählt, was diese in der Tat bestätigten. Also eine Behauptung
gewinnt an Wahrscheinlichkeit, je öfter man sie erzählt und
wird auf diesem Weg schließlich nachgewiesene Wahrheit.

Morizet und Grumbach erheben nun gegen Wet-
terlé die Anklage der Lüge. Morizet appelliert an das
Urteil des gesunden Menschenverstandes. Der Abbé, der in
beobachteter Entrüstung die angeblichen Neuherungen Morizets
brüderlich seinen Freunden hinterbracht haben will — dar-
unter mehreren Journalisten, von denen man natürlich nicht
voraussetzen kann, daß sie derlei veröffentlichten — hat
Morizet nicht etwa zornentbrannt hinausgeworfen, sondern
stundenlang mit ihm gesprochen und schließlich ihm sein
ganzes Interview schriftlich aufgelegt. Er hat ihn auch sei-
ber in Strassburg mit biederer Freundlichkeit begrüßt, von
ihm zum Abgeordneten Drumm als von einem „netten Kerl“
gesprochen.

Grumbach fordert Wetterlé zur Klage auf und fragt, ob
der Verleumder bis zum Reineid gehen werde?
Vassen wir also einstweilen die Frage des guten Glaubens
aus dem Spiel. Die Wissenschaft von der Psychologie der
Zeugenaussagen berichtet ja über die allersehrsten Fälle.
Und das zu glauben, was zu erzählen das eigene Interesse
empfehlend, ist wohl ein im geistlichen Beruf besonders oft vor-
kommendes Schuttmittel der Selbstbehauptung. Die Wieder-
holung des Märchens, bis man es selbst glaubt — dieses
Wandlungswunder bringt jede Pfaffenreligion zustande. Das
Interesse aber liegt für den politisch abgefrachten Wet-
terlé auf der Hand.

Die Erfahrungen aus dem Gebiete der Psychologie, der
Pädagogik und der — Theologie aber können in seinem Fall
den Verbreitern der Wetterlé'schen Lüge zugute kommen.
Die chauvinistische Presse weiß sehr gut, daß sie Morizet und mit ihm die Sozialisten
ungerecht beschuldigt. Aber was sie in diesem Fall
antreibt, ist offenbar nicht allein der sonatische Haß gegen die
organisierte Arbeiterkraft, sondern auch das spezielle
Interesse, das die Kapitalmagnaten haben.
Morizet zu kompromittieren. Morizet hat näm-
lich seine Arbeitskraft hauptsächlich dem Studium der kapi-
talistischen Korruption in Frankreich gewid-
met, dem Zusammenhang zwischen der imperia-
listischen Politik und den Privatinteressen

mächtiger Politiker, der Beeinflussung der öffent-
lichen Meinung durch das Großkapital, der Neben- oder
eigentlich Hauptregierung der Finanziers und Industri-
könige. Es ist darum kein Zufall, daß jetzt am lauteften
außer den sozialdemokratischen Organen des Großkapitals die
Trinkgeldblätter der verschiedenen politischen Schattierungen
heulen. Ein berühmter Wiener Revolverjournalist hat ein-
mal seiner Frau gesagt: „Sarah, kauf Dir einen neuen Hut.
Ich weiß was auf wen.“ Herr Henry Bergerer kauft sich
vielleicht noch eine neue Zeitung.

Die neuen Steuererlasse.

Die Beratung der neuen, mit der Militärvorlage zusamen-
hängenden Steuererlasse wurde am Donnerstag von der Budget-
kommission in Angriff genommen. Zunächst wird der Wehr-
beitrag beraten werden. Die Regierungsvorlage fordert be-
kanntlich eine einmalige Abgabe von 0,5 Proz. Bei Personen, die
ein Einkommen von über 50 000 M. haben, sind ohne Rücksicht auf
die Höhe des Vermögens 2 Proz. zu erheben. Das Zentrum
beantragt eine Abgabe vom Vermögen, welche beträgt: von jedem
Vermögen, welches

Table with 2 columns: Vermögen (50 000 M., 200 000, 1 000 000, 5 000 000) and Proz. (0,25, 0,50, 0,75, 1,00)

und bei den in § 11 (Ausländern und im Auslande lebenden
Deutschen, die in Deutschland Vermögen haben) genannten Personen
in einer Abgabe vom Einkommen, welche beträgt: von jedem Ein-
kommen, welches

Table with 2 columns: Einkommen (7 500 M., 15 000, 30 000, 40 000, 50 000, 100 000, 300 000) and Proz. (1,0, 2,0, 3,0, 4,0, 5,0, 7,5, 10,0)

Die Abgabe vom Einkommen wird nur insoweit erhoben, als
der Beitragsspflichtige nicht schon vom Vermögen als Einkommens-
quelle die Abgabe zu entrichten hat.

Die Rationalliberalen fordern eine Abgabe vom Ver-
mögen, welche beträgt bei Vermögen von mehr als:

Table with 3 columns: Vermögen (30-40 000 M., 40-50 000, 50-60 000, 60-70 000, 70-80 000, 80-90 000, 90-100 000, 100-125 000, 125-150 000, 150-175 000), Proz. (1,75, 2,00, 2,25, 2,50, 2,75, 3,00, 3,25, 3,50, 4,00) and für jede an-
gefangenen 100 000 M. (600 M., 700 M., 800, 900, 1000, 1100, 1500, 2000, 2250)

über 1 Million für jede angefangenen 100 000 M. 700 M. mehr.

Der Wehrbeitrag wird nicht erhoben von Vermögen, welche den
Betrag von 30 000 M. nicht übersteigen.

Bei denjenigen in § 11 genannten Personen, die ein Einkommen
von 20 000 M. oder darüber haben, muß der Beitrag mindestens be-
tragen: Bei einem Einkommen

Table with 2 columns: Einkommen (von mehr als 20 000 bis 50 000, 50 000 bis 100 000, 100 000 M.) and Proz. (1, 2, 3)

Personen, welche bei einem Vermögen von nicht mehr als
100 000 M. den Nachweis führen, daß sie ein Gesamtjahreseinkommen
von weniger als 3000 M. haben, sind auf ihren Antrag bei Ver-
mögen bis 50 000 M. von der Beitragsleistung ganz, bei Vermögen
bis 100 000 M. zur Hälfte freizulassen.

Graf Westarp als Berichterstatter wünschte, daß mit dem § 1
eine Generaldebatte verbunden wird. Schatzsekretär Kühn gab die
Erklärung ab, daß die Regierung an die Wiederholung einer ein-
maligen Abgabe nicht denke, wie sie auch nur nach langer und
eruster Prüfung dem Wehrbeitrag zugestimmt habe. Von einer
Vermögenskonfiskation könne natürlich keine Rede sein. Er bitte
daraus, von der Regierungsvorlage sich nicht weit zu entfernen.

Die Sozialdemokraten beantragen, die Abgabe wie folgt zu ge-
stalten:

Table with 2 columns: a) von Vermögen von: (30 000-50 000 M., 50 000-100 000, 100 000-200 000, 200 000-300 000, 300 000-400 000, 400 000-600 000) and Proz. (0,1, 0,2, 0,3, 0,4, 0,5, 0,75) and b) den Satz 2 wie folgt zu lassen: (600 000-1 000 000 M., 1 000 000-2 000 000, 2 000 000-5 000 000, 5 000 000-10 000 000, über 10 000 000) and Proz. (1,0, 1,5, 2,5, 4,0, 5,0)

Bei den in §§ 11, 11a und 12 genannten Beitrags-
pflichtigen, die ein Einkommen von mindestens zehntausend
Mark haben, muß der Beitrag ohne Rücksicht auf Vor-
handensein und Höhe des Vermögens mindestens betragen
bei Einkommen von:

Table with 2 columns: Einkommen (10 000-50 000 M., 50 000-100 000, 100 000-250 000) and Proz. (2,0, 2,5, 3,0) and Vermögen (250 000-500 000 M., 500 000-1 000 000, über 1 000 000) and Proz. (3,5, 4,0, 5,0)

c) als besonderen Absatz einzufügen:

Personen mit Vermögen bis zu fünfzigtausend Mark,
deren Jahreseinkommen dreitausend Mark nicht übersteigt,
sind vom Wehrbeitrag befreit.

Genosse David betonte, der Wehrbeitrag werde von den
Sozialdemokraten begrüßt, weil dadurch zum ersten Male mit dem

Prinzip der Anleihen für militärische Ausgaben ge-
brochen wird. Im Gegensatz zum Schatzsekretär sei die Sozial-
demokratie der Meinung, daß eine solche einmalige Abgabe sich
wiederholen müßte, sobald für unproduktive Zwecke Gelder ge-
fordert werden. Der Wehrbeitrag ist auch ein wertvoller

Schritt zur Vereinheitlichung des Steuerwesens

im Reiche. Der heutige Zustand in bezug auf die Steuererhebung
sewohl im Reiche wie in den Bundesstaaten und in den Gemeinden
ist unhaltbar. Reichsvermögens-, Einkommen- und ein-
sprechend ausgebaute Erbschaftsteuer sind auf dem Marsche. Das
gesunde Prinzip der Progression ist bereits, wenn auch mit großen
Abweichungen, in den vorliegenden Anträgen der Parteien ent-
halten, die David einer Erörterung unterzieht, wobei er den Nach-
weis liefert, daß die Regierungsvorschläge völlig unzulänglich sind,
ebenso auch nach vorläufiger Beurteilung die bürgerlichen An-
träge. Unannehmbar ist die Bestimmung im § 31 des Gesetzes,
daß es den Bundesstaaten überläßt, die Veranlagung zum Wehr-
beitrag vorzunehmen. Das würde zu den größten Ungerechtig-
keiten führen; man brauche nur an die Praktiken der
preussischen Agrarier bei der Veranlagung zu erinnern. Die
Sozialdemokraten seien bereit, ihre Anträge zugunsten besserer zu
ändern.

Abg. Erzberger kritisierte die Regierungsvorlage, die die
großen Vermögen geradezu unglaublich schonen
wolle. Das verstoße gegen die Gerechtigkeit. In die Finanzhoheit
der Bundesstaaten würde sowie eingegriffen, also könne man
bei den großen Vermögen weit kräftiger zuschlagen. Die unterste ab-
gabenpflichtige Vermögensgrenze müsse von 10 000 auf
50 000 M. heraufgesetzt, die unterste steuerpflichtige Ein-
kommensgrenze aber wesentlich herabgesetzt werden.
Es müsse auch versucht werden, die mittleren Beamten und
verabschiedeten Offiziere, die immer mit Hurra
für Militärvorlagen eintreten, zum Wehrbei-
trag heranzuziehen. Unter allen Umständen müsse der
Wehrbeitrag eine Summe von einer Milliarde bringen; eher mehr,
auf keinen Fall aber weniger. — Das Zentrum legte entschei-
denden Wert darauf, daß Vermögen unter 50 000 M. von der Steuer
befreit bleiben, dafür aber niedrigere Einkommen herangezogen
werden als der Entwurf vorsieht.

Abg. Fischbeck erklärte, die Volksparteiler treten für den
Wehrbeitrag ein, aber begeistert seien sie nicht davon. Es müssen
aber Kautelen geschaffen werden, damit die Steuerdrückberger
auch gefast werden können. Sollte der Wehrbeitrag Ueberflüsse
bringen, werde der Reichstag über ihre Verwendung zu beschließen
haben. Infolge der hohen Belastung mit indirekten Steuern
müssen Besitzsteuern geschaffen werden. Es ist gleichzeitig
notwendig, daß die Regierung Material über die Belastung durch
die Zölle, vornehmlich durch die Getreidezölle vorlegt.

Schatzsekretär Kühn glaubte, daß der Steuerertrag aus dem
Einkommen viel niedriger sein werde, als allgemein geglaubt wird.
Redner gab einige Zahlen bekannt, welche Summen bei Annahme
der einzelnen Anträge einkommen würden, z. B. beim Zentrumsan-
trag 75 Millionen aus dem Vermögen, 74 Millionen von den
Aktiengesellschaften und 20 Millionen aus dem Einkommen. Also
der Zentrumsantrag wie auch die Anträge der anderen bürger-
lichen Parteien würden zu wenig einbringen. Die Wirkung des
sozialdemokratischen Antrages, die nach nicht berechnet ist, wird
aber sicherlich die sein, daß er eine weit höhere Summe
bringen würde.

Abg. Behrens forderte, daß etwaige Ueberflüsse aus dem
Wehrbeitrag bis 1920 für die Veteranen und dann für die Woh-
nungsfürsorge verwendet werden sollen. — Graf Westarp schlug
vor, daß eine Subkommission gemeinsam mit der Regierung Er-
tragsberechnungen anstellt, nachdem vorher die Regierung ihr
Material vorgelegt und die Kommission im Prinzip den § 1 ge-
nehmigt hat. — Genosse Südekum betonte, mindestens 1000
Millionen müssen herausgeholt werden. In den angelegten Er-
tragsberechnungen sind die Erträge aus den förtlichen Ver-
mögen nicht mit eingegriffen. Mit dem Entwurf sind die Re-
gierungen, wenn auch noch unvollkommen, endlich den Anregungen
gefolgt, die die Sozialdemokratie seit vielen Jahren gegeben hat.
Das festzustellen ist von Wichtigkeit. Der nationalliberale Vor-
schlag sei unannehmbar, schon weil er die Leistungsfähigeren in
geringerem Maße als die Schwächeren treffen würde. Wenn gegen
den sozialdemokratischen Vorschlag eingewendet wird, daß er zu
hohe Anforderungen stelle, müsse gesagt werden: die Reichen
sollen empfindlich getroffen werden. Südekum
legte auch dar, welche Maßregeln ergriffen werden können, um der
Abwanderung von Besitzern großer Vermögen vorzubeugen. Das
Grundvermögen kann übrigens nicht in das Ausland gebracht
werden. Genosse Südekum wandte sich gegen einen am Mittwoch-
abend im „Berliner Tageblatt“ erschienenen Artikel, der ihm und
der Partei einen Wechsel in der Haltung zur Militärvor-
lage nachsagt, auf Grund eines von Südekum verfaßten
Artikels. Er habe über die Stellung der Sozialdemokratie zum
Vaterland geschrieben; unter dem heutigen System und der
gegenwärtigen Regierung eine Militärvorlage zu be-
willigen, sei für jeden Sozialdemokraten ebenso undiskutier-
bar wie unmöglich. Die Sozialdemokraten beantragen für
den Fall, daß mehr als 1000 Millionen aus dem Wehrbeitrag zu
erzielen sind, folgende Verwendung des Ueberflusses:

- a) bis zur Höhe von 100 Millionen Mark einen Fonds für
Veteranenfürsorge;
b) der weitere Ueberfluß bis zu 100 Millionen Mark für
Säuglings- und Waisenfürsorge;

e) der weitere Ueberfchuss bis zu 100 Millionen Mark für Förderung der Volksgesundheit (Erforschung und Bekämpfung der Tuberkulose, Krebskrankheit usw.);
d) der weitere Ueberfchuss bis zu 100 Millionen Mark für Unterstützung des gemeinnützigen Wohnungsbaues;
e) ein weiterer Ueberfchuss der Erforschung und Bekämpfung von Tier- und Pflanzenkrankheiten.
Abg. Erzberger betonte gegen die Berechnungen der Regierung, daß die Abgabe von den Aktiengesellschaften eine weit höhere Summe bringen muß, besonders wenn die im Besitze von Ausländern befindlichen Aktienvermögen gebührend herangezogen werden; ebenso werden aus dem Einkommen viel höhere Beiträge zu erzielen sein. — Auch der Abg. Gothein glaubte, daß die Regierung die finanzielle Wirkung stark unterschätze, zumal der Deflationseffekt bestehe. Die von den Sozialdemokraten vorgeschlagene Progression lehnen die Volksparteiler ab. — Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte wurde beschlossen, daß Nachmittags eine Subkommission mit dem Schatzsekretär die vorliegenden Anträge durchsprechen soll. Die Beratung wird am Freitag fortgesetzt werden.

Ein Spionagekandal in Oesterreich.

Aus Wien kommt die Nachricht von einem fast unglaublichen Spionagekandal, dessen Held ein österreichischer Generalstabsoffizier ist. Vor einigen Tagen hatte sich in Prag, Oberst Anton Redl, erschossen, nachdem er von seinen Vorgesetzten aus seiner Garnison nach Wien zitiert worden war. Trotz aller offiziellen Ablehnungen tauchte die Vermutung auf, daß Redl sich der Spionage zugunsten eines fremden Staates schuldig gemacht und nach der Enttarnung den Selbstmord verübt habe. Heute werden über den Selbstmord des Offiziers Einzelheiten bekannt, wonach Redl seit langen Jahren im Dienste der russischen Regierung gestanden habe und während dieser Zeit österreichische Mobilisierungspläne an Rußland ausgeliefert hat. Geradezu eine Ironie ist es, daß dieser Offizier wiederholt als Vertrauensmann der österreichischen Heeresverwaltung in Spionageangelegenheiten verwendet wurde.

Ueber den Skandal werden die folgenden Einzelheiten gemeldet: Verschiedene Vorkommnisse sprachen dafür, daß in den Kreisen der österreichischen Generalstabsoffiziere ein Spion vorhanden sein müsse. Der Verdacht, der Verräter zu sein, lenkte sich im Laufe der Untersuchung auf den Generalstabsoffizier Redl, der sich durch einen in keinem Verhältnis zu seinem Einkommen stehenden Aufwand verdächtig machte. Redl wurde am Sonntag nach Wien berufen. Bei seinem Eintreffen in dem Hotel warteten auf ihn bereits drei Offiziere. Der Oberst begab sich mit den drei Herren auf sein Zimmer, wo ein Verhör angesetzt wurde. Bald nach der Entfernung der Offiziere verübte Redl Selbstmord. Die Korrespondenzen, die er in seinem Koffer bei sich führte, wurden von den Militärbehörden beschlagnahmt. Die Durchsuchung seiner Papiere in der Wohnung in Prag soll ein vernichtendes Beweismaterial gegen den Generalstabsoffizier ergeben haben.

Oberst Redl hat neben anderen Verräterereien auch die gesamten Mobilisierungspläne von Böhmen an Rußland verkauft. Die Behörden sind durch die Aussagen zweier kaiserlich wegen Spionage verhafteter österreichischer Offiziere, der Brüder Zandric, auf die Spur gebracht worden. Redl stand mit den beiden Offizieren in enger Verbindung. Von militärisch-offizieller Seite werden jetzt dem Toten auch homosexuelle Verfehlungen vorgeworfen.

In der Donnerstagssitzung des österreichischen Abgeordnetenhauses brachte der Wiener Abgeordnete Dr. Neumann eine Interpellation über den ungeheuren Militärskandal ein.

Zusammentritt der dänischen Kammer.

Ministerwechsel?

Kopenhagen, 28. Mai. (Esp. Ber.) Das Ministerium Bernsten hat beschlossen, zur Klärung der parlamentarischen Lage das Parlament zu Mitte Juni zusammenzuberufen. Gleichzeitig hat sich das Ministerium zur Demission entschlossen; die neugewählte Zweite Kammer hat also freie Bahn, zu entscheiden, ob sie diesem Ministerium ihr Vertrauen schenken oder ein neues fordern will. Sowohl die radikale wie die sozialdemokratische Presse treten als Organe der beiden Mehrheitsparteien für das Verbleiben des Ministeriums Bernsten ein. Mein der rechte Flügel der Liberalen unter Christensen fordert Bernstens Rücktritt, weil die Liberalen bei den Wahlen eine Niederlage erlitten haben.

Durch diese Widerstände in der liberalen Partei wird die Situation wesentlich verteuert. Tatsache ist doch, daß die Verfassungspolitik des Ministeriums, und nur um diese Politik handelte es sich bei der jetzigen Wahl, die Genehmigung der Wähler gefunden hat. Diese haben gar 107 Anhänger der Wahlreform gegen vorher 100 in die Kammer gewählt. Das Ministerium Bernsten hat also eine größere Mehrheit zur Wahlreform erhalten als zuvor. Daß die Wahl der liberalen Mandate zurückgegangen ist, liegt an den Liberalen selbst, die jegliche Vereinbarungen mit den beiden linksstehenden Parteien vor der Wahl ablehnten und anstatt dessen in manchen Wahlkreisen mit den Konservativen liebäugelten. Mit dem Rücktritt des Ministeriums, dessen Politik von den Wählern gutgeheißen wurde, schafft man der Wahlreform nur neue Schwierigkeiten. Und darauf scheint es die rechtsliberale Führung abzusehen. Gern hat sie die ganze Verfassungsreform Bernstens nicht mitgemacht; könnte sie ihr jetzt einen Stein in den Weg wälzen, sie täte es recht gern.

Es ist jedoch kaum anzunehmen, daß die radikal-sozialdemokratische Mehrheit sich durch die rechtsliberale Taktik verführen lassen wird. Die Mehrheit ist einzig in der Unterstützung des regierenden Ministeriums und die Kammer wird bei ihrem Zusammentritt zweifellos dem Ministerium Bernsten ihr Vertrauen aussprechen. Damit hat die Regierung freie Hand. Gelingt es ihr, den Widerstand des rechten liberalen Flügels zu überwinden, wird sie die von ihr begonnene Wahlreform durchführen können und dann werden Neuwahlen diese Wahlreform nochmals bestätigen müssen, bevor sie verfassungsmäßige Gültigkeit erreicht. Erst nachher kann ein politischer Systemwechsel in Frage kommen. Weigern sich aber die Liberalen jetzt, die Durchführung ihrer eigenen Wahlreform zu leiten, werden die anderen wahlreformfreundlichen Parteien sich über den weiteren Gang der Dinge verständigen müssen.

Die in der deutschen bürgerlichen Presse aufgetauchte Aufwindung eines radikal-sozialdemokratischen Ministeriums ist verfrüht. Wir haben oben die Stellung unserer Partei zum jetzigen Ministerium skizziert. Wenn Bernsten bleibt, wird unsere Fraktion wie bisher keine Wahlreform mit allen Mitteln unterstützen und sie wird beim Zusammentritt der Kammer in diesem Sinne für Bernsten votieren. Entschließt sich das Ministerium trotzdem zur Abdankung, dürfte ein sozialdemokratischer Parteitag sofort abgehalten werden, um über die weiteren Schritte zu beschließen. Die dänische Partei hat schon vor vier Jahren beschlossen, daß die Frage einer sozialdemokratischen Beteiligung an der Regierung für den jeweiligen Fall von einem Parteitag zu entscheiden ist; der Parteitag hat zu prüfen, ob eine der Beschlüssen der internationalen Sozialistenpresse entsprechende Situation vorliegt. Die „Beurlaubung“ von Sozialdemokraten zum Zwecke der Teilnahme an einer bürgerlichen Regierung lehnt die dänische Partei einmütig ab. Sollte der rechtsliberale Flügel die jetzige Lage derart verwirren, daß die Wahlreform dadurch gefährdet wird, dann entsteht die Situation, über die ein sozialdemokratischer Parteitag die Entscheidung zu treffen hat. Allein, so weit sind die Dinge nicht. Einstweilen ist Bernsten am Ruder und er wird sich kaum einem Vertrauensvotum von 107 gegen 7 Stimmen entziehen können, wo es sich um sein eigenes Wahlreformprogramm handelt. Die Aufwindungen der bürgerlichen Presse sind also nichts als müßige Kombinationen.

Politische Uebersicht.

„Abgelehnt“

Aus dem Reichstage. Um von vornherein allen Illusionen den Boden zu entziehen: kein einziger der sozialdemokratischen Änderungsanträge zur Verbesserung der Gesetzesvorlage über die Reichs- und Staatsangehörigkeit ist angenommen worden. Die Berechtigung, ja die Notwendigkeit unserer Anträge mochte noch so klar zu liegen liegen, sie mochte von unseren Rednern noch so einleuchtend und sachkundig begründet werden — die blauschwarze Rechte, unterstützt durch die meisten Nationalliberalen und gelegentlich auch durch vereinzelte Fortschrittler, lehnte einen Antrag nach dem anderen ab. Der ponobädige Wochentagsnachmittagsprediger der Rechten segnete dieses Verfahren außerdem noch durch den lächerlichen Vorwurf, die Sozialdemokraten hielten die Geschäfte des Reichstags auf. Was sein, daß dem teuren Gottesmanne neue Kanonen zum Totschießen aller unbedeutenden Nichtdeutschen wertvollerer Gottesgaben dünken als der Schutz der Rechte von Inländern und Ausländern zum Zwecke der Förderung internationaler Solidarität.

Wo immer sich nur die Möglichkeit bot, durch einen Änderungsantrag die Vorlage zu bessern, war unsere Fraktion zur Stelle. Genosse Bernstein trat für das Recht der Frauen ein, selbständig über ihre Staatsangehörigkeit zu entscheiden, statt, wie es das Gesetz will, automatisch über sich verfügen zu lassen. Genosse Quard begründete die Notwendigkeit der Beseitigung aller Schwierigkeiten und Schwereitäten, denen heute noch Reichsdeutsche ausgesetzt sind, die in einem anderen als in ihrem Geburtsstaate das Staatsbürgerrecht erwerben wollen. Die unsinnigen Erscheinungen dieser staatsbürgerlichen Selbstverständlichkeit hätten nur den Zweck, die Arbeiter in der Ausübung ihrer politischen Rechte zu hindern. Unser Antrag, auch den Ausländern ein Recht auf Einbürgerung zu geben und dadurch die Macht der Verwaltungsbehörden zu beschränken, begründete Genosse Bernstein. Es liege in der Richtung der Kulturentwicklung, die Völker einander näherzubringen, anstatt sie durch kleinliche Maßnahmen künstlich voneinander abzuschließen.

Ueber diesen letzten Antrag entspann sich eine längere Debatte. Der Zentrumsarbeiter Beders-Ansberg bekämpfte unsere Anregung mit der Ausmalung der fürchterlichen Gefahr, daß dann sehr leicht ausländische Streifbrecher ins Land gezogen werden könnten. Unsere Genossen Landsberg, Brühne, Bernstein, Quard und Mollenbuhr traten den Einwendungen Beders und den Hinweisen des Vertreters der Regierung auf amerikanische Verhältnisse entgegen. Nicht der völlerredigerte und gewerkschaftlich organisierte ausländische Arbeiter bilde eine Gefahr bei Lohnkämpfen, sondern gerade der rechtlose Ausländer. Dieser muß sich alles gefallen lassen, weil ihm sonst die Ausweisung droht, während ein eingebürgerter ausländischer Arbeiter viel leichter Solidarität üben kann und wird.

Genosse Landsberg bekämpfte die geplante Neuerung, daß in Zukunft bei Einbürgerungen von Ausländern in einem Bundesstaat andere Bundesstaaten Einspruch erheben können. Die gleichen Parteien, die sonst immer so eifrig auf die Erhaltung der einzelstaatlichen Souveränität erpicht sind, gaben sie preis, sobald diese Preisgabe einem reaktionären Zwecke zugute kommt. Denn die Neuerung läuft lediglich darauf hinaus, daß die freieren Grundzüge, die bisher noch in einigen Bundesstaaten bei der Einbürgerung von Ausländern beobachtet wurden, aus politischen Gründen verpreußt, also verschlechtert werden sollen.

Eine eindrucksvolle Rede hielt gegen Schluß der Sitzung noch der Däne Hanssen, der aus der bitteren Erfahrung der preußischen Dänenpolitik heraus für die Einbürgerung Staatenloser eintrat, die im Reichsgebiet als Kinder dabeist wohnhafter, mit deutschen Frauen verheirateter Ausländer geboren sind. Die krassen Fälle preußischer Intoleranz, die der norddeutsche Abgeordnete anführte, verliehen seinem Antrag besonderes Gewicht. Aber: mitgegangen, mitgefangen! Der Abgeordnete Hanssen hatte für alle sozialdemokratischen Anträge gestimmt, infolgedessen stimmte die Mehrheit auch seinen Antrag wie einen sozialdemokratischen nieder.

Am Freitag wird zunächst die Beratung des Staatsangehörigkeitsgesetzes beraten. Danach gelangt unsere Interpellation über die Vorgänge in Elsaß-Lothringen zur Erörterung.

Konservative Zudringlichkeit.

Im Landtagswahlkreis Nieder- und Oberbarnim sehen die Konservativen ihre Bemühungen fort, die Fortschrittler zum Abschluß eines Kompromisses zu bewegen. Zuerst hatten sie den Fortschrittler den Vorschlag gemacht, zwei Konservative und einen Liberalen zu wählen. Nach erfolgter Zurückweisung erklärten sich jetzt die Konservativen bereit, den Liberalen zwei Mandate zu geben und sich mit einem zu begnügen. Die „Deutsche Tageszeitung“ ist sehr gespannt darauf, ob dieser Vorschlag angenommen werden wird. Und es ist sehr lustig zu sehen, wie demütig plötzlich die Konservativen um die fortschrittliche Hilfe flehen, nachdem sie die Fortschrittler in der letzten Zeit nicht genug beschimpfen konnten.

Ob den Konservativen Erfolg beschieden sein wird, scheint unallerdings sehr zweifelhaft. Denn die Fortschrittspartei würde damit die bisher innegehaltene Stimmwahlkraft preisgeben. Ueber diese schreibt die „Hilfe“: Die Taktik, überall die Wahl schwarzblauer Kandidaten zu verhindern, ist bei den Wahlmännern wohl in die Tat umgesetzt worden. Wir betrachten es als ganz selbstverständlich, daß dieselbe Taktik auch bei den Abgeordnetenwahlen am 3. Juni befolgt wird. Leider haben die Nationalliberalen sich zu einem ähnlichen Vorhaben nicht ausgerafft. Sie haben eine Parole ausgegeben, deren Inhalt sich zusammensassen läßt: Auf alle Fälle gegen die Sozialdemokratie. Wir bedauern diese Parole sehr; nicht so sehr deswegen, weil bei anderem Verhalten der Nationalliberalen ein besseres Gesamtergebnis für die Zusammensetzung des künftigen Abgeordnetenhauses herausgekommen wäre, als vielmehr besonders deswegen, weil dieses Verhalten nicht dazu angeht, bei der Regierung und den Konservativen den Glauben an den Ernst der nationalliberalen Wahlreformwünsche sonderlich stark werden zu lassen.

Danach muß man annehmen, daß auch dieses konservative Angebot abgelehnt werden wird.

Die Reichstagsnachwahl in Zauch-Belzig-Ludenwalde

wird am 2. Juli stattfinden. Auf Anordnung des Regierungspräsidenten in Potsdam beginnt die Auslegung der Wählerlisten am 3. Juni.

Auch alle in Berlin arbeitenden Wähler des Kreises sind verpflichtet, sich davon zu überzeugen, daß sie auch in die Wählerliste eingetragen sind, damit sie nicht etwa am Wahltage durch einen Fehler der Wählerliste an der Ausübung des Wahlrechts gehindert sind.

Wie sehr es darauf ankommt, daß jeder Wähler sein Wahlrecht auch ausübt, bewies das Wahlergebnis des Jahres 1912, wo der sozialdemokratische Kandidat bei der Stichwahl nur um ein geringes hinter dem Reichsparteiler v. Dergen zurückblieb. Bei energischer Wahlarbeit kann und muß der Kreis diesmal von der Sozialdemokratie erobert werden!

Antwort erbeien!

Man schreibt uns: In der Gerichtsverhandlung gegen den „Vorwärts“-Redakteur Bachs verlangte der Staatsanwalt eine Gefängnisstrafe, weil Bachs eine Geldstrafe doch nicht selbst zahlen würde. Warum wird denn dieses Argument bei den Studenten, die Schamleute beleidigen, die Kadruke anderer Leute stören und sonstige Rohheitsakte begehen, nicht ins Treffen geführt, obwohl bei ihnen in den allermeisten Fällen sicher ist, daß nicht sie, sondern ihre Eltern die Geldstrafe bezahlen müssen? Eine sachgemäße Aufklärung wäre hier dringend notwendig.

Der Segen der Einfuhrscheine.

In den konservativen „Grenzboten“ macht Julius Necca den Vorschlag, eine Stempelsteuer auf die Einfuhrscheine zu legen, um einmal Geld für die Defizitvorlage daraus zu münzen und andererseits die großen volkswirtschaftlichen Schäden des Einfuhrscheinsystems nach Möglichkeit herabzudrücken. Necca ist nicht ein Gegner des Einfuhrscheinsystems überhaupt, nur die Art, wie sich nach Aufhebung des Identitätsbeweises das Einfuhrscheinsystem zu einer Subvention für die landwirthschaftlichen Exportier entwickelt hat, bekämpft er: Heute seien die Einfuhrscheine Bargeld, und dieser besondere Gewinn habe die Ausfuhr besonders von Roggen ungeheuer gesteigert. Es sei eine Hypertrophie der Roggenproduktion und des Roggenexports eingetreten zuungunsten der Erzeugung anderer Bedarfspflanzen. Im Jahre 1912 seien 1 048 646 Tonnen Roggen ausgeführt, aber nur 317 387 Tonnen eingeführt worden, so daß eine Ueberausfuhr von 731 259 Tonnen festgefunden habe. Bis zum ersten Quartal dieses Jahres betrage die Ueberausfuhr schon wieder 284 078 Tonnen Roggen, so daß wahrscheinlich die Ueberausfuhr vom Jahre 1912 in diesem Jahre noch überstossen wird. Das industriie- und volkreiche Deutschland, traditionell das zweitgrößte Importland der Erde bezüglich Roggen, sei Weltmarktführer geworden. Jede Ueberausfuhr vermindere aber die Reichszolleinnahme und halte oben rein den Preis auf einer außergewöhnlichen Höhe. Wenn die Landwirtschaft der „Roggen-Strotzen“ an ihrer Hochrentabilität etwas einbüße, so könne sie das ertragen. Sie habe den größten Vorteil von dem System. Roggen kostete im Jahresdurchschnitt 1912 in Königsberg 17,78 M. pro Doppelzentner, im Geburtsjahr des Einfuhrscheinsystems 1894 aber nur 10,68 M. Der Weizenpreis betrug 1912 28,90 M. im Jahre 1894 nur 12,69 M. pro Doppelzentner. Die Rentabilität der Landwirtschaft im Osten ist im letzten Jahrzehnt allein bis 100 Proz. gestiegen, der Bodenpreis von 573 M. pro Hektar im Jahre 1894 auf 1388 M. im Jahre 1906 hinaufgegangen.

Zu den allgemeinen volkswirtschaftlichen Nachteilen des Einfuhrscheinsystems komme noch die Ernährungsgefahr im Falle eines Krieges. Wenn der Krieg erst nach Neujahr oder im Sommer ausbräche, dann sei das deutsche Getreide gewohntermaßen schon außer Landes, die Einfuhr aber abgelehnt. Kennenwertige Roggenlager beständen schon lange nicht mehr, seitdem die Ausfuhr so flott sei. Ende 1912 waren auf Zolllagern nur 498 Tonnen Roggenmehl gegen 1201 Tonnen Ende 1910 und nur 18 651 Tonnen Roggen gegen 31 814 Tonnen Ende 1910 vorhanden. Die Getreideausfuhr müsse daher nachdrücklich bekämpft werden. Im Osten dränge sich der deutsche Getreideexport dem Ausland als Lieferant auf, im Westen werde man um so abhängiger vom Ausland. Necca schlägt darum vor, daß eine Stempelsteuer auf die Einfuhrscheine gelegt werde, die schwanken soll von 1 bis 10 Proz. Roggen soll mit 10 Proz. den höchsten Stempel tragen. Diese Stempelsteuer würde eine Reineinnahme von jährlich etwa 3,8 Millionen Mark bringen. Er ist optimistisch genug, zu hoffen, daß die Junter diese Verkürzung ihrer Einfuhrscheinprofite auf sich nehmen würden. Darin wird er sich natürlich täuschen. Gegenüber materiellen Opfern, die das Vaterland den Junkern zumutet, sind sie von unbedingter Rückgriffstetigkeit, und die Schwäche der Regierung und der bürgerlichen Parteien hat ihnen das Festhalten an ihren Privilegien nicht allzu schwer gemacht. Im übrigen bleibt noch wie vor die völlige Beseitigung dieses ganzen Prämienystems das einzig richtige.

Sturm im württembergischen Landtag.

Stuttgart, 29. Mai. (Privattelegramm.) In der württembergischen Zweiten Kammer kam es heute aus Anlaß eines brutalen Ueberzumpfungsvorfalls des Zentrums zu förmlichen Szenen und zu einer künstlich herbeigeführten Beschlusunfähigkeit. Bereits drei Tage dauert die Generaldebatte über den Etat des Juncern, in der von den Rednern der Rechten heftige parteipolitische Angriffe gegen die Linke gerichtet wurden. Von unserer Seite gaben die Genossen Müllert, Lindemann und Feuerstein gebührende Antworten. Nur nebenbei wurde die alte Streitfrage der Aufhebung der vier Kreisregierungen gestreift. Die Mehrheit der früheren Kammer hatte sich in Uebereinstimmung mit einer Regierungskont-

Schrift für Abschaffung der Kreisregierungen erklärt. Das Zentrum suchte diese Vereinfachung der Staatsverwaltung lediglich aus dem Grunde zu vereiteln, weil die katholische Stadt Schwaben der Sitz einer Kreisregierung ist. Gestützt auf die Verschiebung in der Zusammenfassung der neuen Kammer, arbeitet nun das Zentrum auf die Aufhebung des früheren Beschlusses hin, und der Bauernbund leistet ihm willig Beihilfe.

Nachdem alles vorbereitet, auch einige Doppelmandatäre telegraphisch aus dem Reichstag herbeigeholt waren, trat das Zentrum mit einem raffiniert formulierten Antrag hervor. In dem Moment, in dem der Volksparteiler Hauptmann zu diesem Antrage sprach und Ueberweisung an einen Ausschuss beantragen wollte, schied das Zentrum und Bauernbund mit Hilfe einiger Nationalliberaler den Schluss der Debatte durch. Eine heftige Geschäftsordnungsdebatte, in der das gewalttätige Vorgehen der Rechten gekennzeichnet wurde, war die Folge. Genosse Reil verlangte Verschiebung der Abstimmung über den Zentrumsantrag bis Freitag. Auch das wurde von der gesamten Rechten mit einer Stimme Wehrheit abgelehnt, obgleich im neuen Landtag mit Rücksicht auf die unsicheren Wehrverhältnisse die Vereinbarung getroffen und bisher durchgeführt wurde, wichtige Bestimmungen jenseits auf den Beginn der folgenden Sitzung zu verlegen. Als nunmehr über den Zentrumsantrag namentlich abgestimmt werden sollte, verließen die Sozialdemokraten und Volksparteiler bis auf die zur Kontrolle zurückgelassenen Abg. Hauptmann und Reil geschlossen den Saal. Damit war die Beschlussunfähigkeit herbeigeführt. Die Sitzung musste abgebrochen werden. Am Beginn der nach einer Viertelstunde folgenden nächsten Sitzung sah sich der Präsident veranlagt, nun selbst die Verschiebung der Abstimmung bis Freitag vorzuschlagen, und die gesamte Rechte musste nun zustimmen, nachdem noch einmal eine stürmische Geschäftsordnungsdebatte stattgefunden hatte. Jetzt erst erschienen die Mitglieder der sozialdemokratischen und volksparteilichen Fraktionen wieder im Saal. Die Einzelberatung wurde bei den nächsten Titeln fortgesetzt.

Der Verlauf der Sitzung offenbar mit aller Deutlichkeit sowohl die brutale Gewalttätigkeit der schwarz-blauen Parteien als auch die Hilflosigkeit des konservativen Präsidenten von Kraut. Wiederholt wurden von Reil und Hauptmann grobe Verhöhnungen des Präsidenten gegen die Geschäftsordnung festgesetzt. Bei der Freitag nun stattfindenden Abstimmung wird die Rechte die Wehrheit erlangen, da auch einige Nationalliberale aus Gründen der Kirchturnpolitik für die Erhaltung der Kreisregierungen stimmen werden.

Deutschritter Vortel.

Unsere Feststellungen über die Geschichtsfälschungen der „Deutschen Tageszeitung“ in Sachen des Deutschritterordens haben Herrn Vortel und seinem Annapen Dr. Wieber demnach die Sprache verschlagen, daß keiner von beiden, obwohl wir trostreich auf das echt agrarische Hausmittel der drei Roggeln hinwiesen, sich bis heute gerührt hat. Oder ist das Schweigen des Bundesblattes dahin zu deuten, daß es sich zu der Auffassung des Hauptmanns Oehler und des „Vorwärts“ über die negativen Tugenden des Ordens befehrt hat?

Große Arbeitslosendemonstration in Breslau.

Breslau, 29. Mai. (Privattelegramm.) In Breslauer Gewerkschaftshaus fand heute nachmittag eine Arbeitslosenversammlung statt, an der mehr als 2000 Personen teilnahmen. Nach der Versammlung strömten die Arbeitslosen nach dem Ring, wo im Rathaus die Stadtverordnetenversammlung tagte. Die Polizei schritt ein, die verfügbaren Kräfte aus der ganzen Stadt wurden zusammengezogen, Polizisten zu Fuß und zu Pferde drangen in die Arbeitslosen ein und zerstreuten sie. Hierauf wurde der Ring und das Rathaus von einem starken Polizeiaufgebot stundenlang besetzt gehalten. Mehrere Verhaftungen wurden vorgenommen.

Ultramontane Geldmacherei.

Die „Kölnische Volkszeitung“ hat sich vor einiger Zeit gegen den unkontrollierbaren Bettelbrieffbetrieb gewandt. Dieser Bettelbrieffbetrieb floriert ziemlich stark. Er dient der Schnorrerei für Kirchen oder sonstige kirchliche Einrichtungen und geht meist von einzelnen interessierten Geistlichen aus. Das rheinische ultramontane Blatt wendet sich nun nicht gegen die Bettellei an sich, dieser unkontrollierte und dezentralisierte Betrieb ist ihr nur um deswillen verhaßt, weil der Reinertrag in keinem Verhältnis steht zu den Unkosten. In Nr. 452 vom 27. Mai geht die „Kölnische Volksztg.“ einem Pfarrer Weher in Groß-Lichterfeld-Verlin zu Leibe, der sich auf dem Gebiete der Bettelbrieffe besonders betriebsam gezeigt hat und der den Einwand der „Kölnischen Volkszeitung“ noch mit dem Hinweis auf die Sammelarbeit des Bonifaziusvereins und seine Unkosten pariert. Es wird dem Pfarrer Weher vorgehalten, daß bei zwei Bettelbrieffunternehmungen die Unkosten 66,88 und 55,19 Prozent — in Zahlen: von 45 000 : 80 000 und von 148 000 : 90 000 M. — betragen haben. Bei dem Bonifaziusverein oder dergleichen sich die Unkosten nur auf 9,54 Proz.

Der ganze Streit interessiert nichtultramontane Kreise schließlich weiter nicht; von Interesse ist lediglich, welche ungeheuren Summen die ultramontane Bettellei aus dem Volke herauszieht. Der Bonifaziusverein hat im Jahre 1911 eine Einnahme von 1 580 432 M. gehabt, um diese Einnahme zu erzielen, allein für Druckkosten 150 513 M. ausgegeben. Einzelne Diözesen haben Niefensummen aufgebracht, so Breslau 879 000, Münster 175 000, Freiburg 242 000, Köln 154 000, Paderborn 211 000 und Prag 308 000 M. Prag hat allerdings von dieser Einnahme rund 102 000 M. wieder allein für Druckkosten verbraucht. Die Geldmacherei des Bonifaziusvereins steht unter Kontrolle. Darauf tun sich die Kerikalen Wegner der unkontrollierten Bettelbrieffe viel zugute. Daran, daß diese Geldsummen dem Volke entzogen werden, nehmen sie natürlich keinen Anstoß. — Nun kommt aber hierzu noch der Bettelbrieffbetrieb, der nicht weniger einbringt. Daß er nicht unter Kontrolle steht und daß die hohen Unkosten einen großen Teil der Gaben ihren Zweck entziehen, mag für die Geber und für die konsumierenden Kerikalen Sammelstellen unangenehm sein. An der Sache selbst, daß Niefensummen jahraus, jahre in den ultramontanen Organisationen in ihre Kassen geleitet werden, ändert das nichts.

Rekrutenschilderei im hannoverschen Königsulanen-Regiment Nr. 13.

Der im Oktober v. J. bei der 2. Eskadron des hannoverschen Königsulanen-Regiments eingetretene Mann Busse hatte ständig unter den Schikanen und Mißhandlungen der sogenannten „alten Leute“ zu leiden, namentlich war es der Gefreite Däumel, aus Lauringen bei Königs-Lutter gebürtig, der den Busse peinigte, wo er konnte. Einen besonderen „M“ schien dieser Mensch darin zu erblicken, den Rekruten nach dem Stände seines Vaters zu fragen und den Busse, wenn er darauf wahrheitsgetreu antwortete: „Herrschafflicher Kaiser“ so lange mit einem Stock zu verprügeln, bis der arme Teufel antwortete: „Mein Vater ist Mistkutscherei.“ Am 3. März

nun verübte der genannte Gefreite einen besonders gemeinen Streich, indem er den Busse von hinten mit einer Trense über den Kopfschlag, so daß Busse mit lautem Ausschrei Bestimmunglos in die Aris sank. Der Däumel hatte den Rekruten auch mit der Trense in die Augen getroffen.

Nun war guter Rat teuer. Däumel führte sein Opfer zunächst an einen Brunnen, um die Wunde zu kühlen, wobei sich Busse mehrfach erdrechselte. Dann schaffte Däumel den Schwerverletzten auf seine Stube und bettete nun, er möge doch die Sache nicht anzeigen und sagen, er sei mit dem Gefreite auf eine Rulde gefallen. In seiner Angst vor den „Dreijährigen“ und aus persönlicher Gutmütigkeit schweig der Mißhandelte auch zunächst. Als sich indes die Verletzung der Augen als so schwer herausstellte, daß Busse ins Lazarett geschafft werden mußte, kam die Sache zur Meldung und es wurde nun eine Untersuchung gegen den gewalttätigen Gefreiten eingeleitet.

Am 27. d. Mts. kam die Angelegenheit vor dem Kriegsgerichte der 19. Division in Hannover zur Verhandlung. Und nun leugnete Däumel feiger Weise seinen heimtückischen Angriff von hinten und suchte die Sache so hinzustellen, als ob er nur mit einem Gurt nach einem Pferde geschlagen und unbeabsichtigt den Busse, den er nicht gesehen, getroffen habe. Es schien auch fast, als ob er mit dieser Lüge durchkommen sollte, denn die übrigen Soldaten, die als Zeugen vernommen wurden, wollten alle nichts gesehen haben, hielten auch mit ihren Aussagen derauf zurück, daß die Anklage sich lediglich auf die Angaben des Verletzten stützen konnte. Der Mißhandelte, der noch jetzt im Lazarett liegt, war dann aber in der Verhandlung in der Lage, noch einen anderen Rekruten namens Stollenfuß als Zeugen nennen zu können, der den brutalen Angriff des Däumel aus unmittelbarer Nähe gesehen hatte. Und nun beschloß das Gericht, diesen sofort aus der Kaserne herbeischaffen zu lassen, bevor er anderweit „bearbeitet“ werden konnte. Stollenfuß, der sich aus Furcht vor den „alten Leuten“ nicht gemeldet hatte, aber zwei oder drei Tage nach dem Vorfalle dem Rekrutenoffizier Meldung erstattet haben will (!), befandete in sehr bestimmter Weise den hinterlistigen Angriff des Gefreiten mit der Trense. Nunmehr gab's kein Zeugnis mehr und schließlich bekannte sich der Rekrutenschilderer denn auch schuldig. Der Stabsarzt Dr. Osterich befandete, daß bei Busse die Sehkräft des verletzten linken Auges nur noch in sehr geringem Grade vorhanden und für das praktische Leben so gut wie verloren sei! Aber auch das gesamte Sehvermögen sei so angegriffen, daß Busse auf der Straße noch geführt werden müsse. Das Kriegsgericht ahndete diese Brutalität eines gemeinen Soldatenschilders mit sieben Monaten Gefängnis. Der Anklagevertreter hatte ein Jahr und einen Monat beantragt.

Erwähnt werden mag noch, daß der Zeuge Stollenfuß durch seine Aussage eine ganze Anzahl Zeugen vor dem wissenschaftlichen Weindes bewahrte. Denn nachdem nun die Woge der Justiz sehr zu ungunsten des Angeklagten sank, da traten plötzlich die vereideten Zeugen, die sich vorher auf nichts besinnen konnten, einer nach dem anderen mit nachträglichen sehr positiven Berichtigungen ihrer Aussage hervor! Auf einen dieser Zeugen wirkte die plötzliche Veränderung der Sachlage derauf ein, daß er ohnmächtig zu werden drohte und aus dem Saale geführt werden mußte.

In wie vielen Fällen mögen wohl die Rekrutenschilder mit ihren Lügen auf Grund ähnlicher Vorkommnisse durchkommen?

Das Ende des Balkankrieges.

Beworhene Unterzeichnung des Friedensvertrages.

London, 29. Mai. Nach der „Times“ ist es so gut wie sicher, daß der Friedensvertrag morgen von sämtlichen Delegierten unterzeichnet werden wird.

Bulgariens Eile.

London, 29. Mai. Wie das Reutersche Bureau erfährt, ist der im Namen der Verbündeten abgefaßte Protokollentwurf gestern spät abends an sämtliche Kriegführenden geschickt worden. Bulgarien wird den Friedensvertrag morgen im Auswärtigen Amt unterzeichnen, wie es von der englischen Regierung gewünscht wird, doch wird die bulgarische Abordnung nicht an der Versammlung teilnehmen, die von den anderen Verbündeten für heute nachmittag vereinbart wurde, um die Protokolle zu beraten, deren Fassung Bulgarien nicht billigt und die nach dem Wunsche der anderen Verbündeten gleichzeitig mit dem Vertrage unterzeichnet werden sollen. Bulgarien ist der Meinung, daß die Aufhebung der Protokollfrage im gegenwärtigen Zeitpunkt neuen Debatten Tür und Tor öffnen würde. Die serbischen Delegierten haben heute mittag Anweisung erhalten, den Vertrag zu unterzeichnen. Es ist sicher, daß auch Griechenland ihn unterzeichnen wird. Der Protokollentwurf enthält Artikel bezüglich einer Konvention die nach dem Friedensschluß beraten und unterzeichnet werden soll.

Serben und Bulgaren.

In einer ausführlichen Rede, die der serbische Ministerpräsident Pasiß in der Stupschina hielt, forderte er die Revision des Bündnisvertrages mit Bulgarien. Serbien hätte weit größere Opfer gebracht, als im Vertrage vorgesehen wären, und müßte deshalb durch Gebietsentschädigungen schadlos gehalten werden. In Sofia haben diese Erklärungen allgemein einen peinlichen Eindruck hervorgerufen. Die amtlichen Kreise zeigen sich jedoch gefaßt und meinen, daß die Ausführungen Pasiß' noch nicht das letzte Wort in der bulgarisch-serbischen Frage bedeuten.

Die sozialdemokratische Friedensstimme.

Belgrad, 29. Mai. (Stupschina.) In der Debatte erklärte der Sozialdemokrat Rapcevic, die Sozialdemokratie fordere Verschiebung des Abschlusses des Friedens und die Anstrengung einer Konföderation der Balkanstaaten statt der gegenseitigen Verheerung.

Erklärungen der griechischen Regierung.

Paris, 29. Mai. Nach einer Meldung aus Athen ist Griechenland entschlossen, der italienischen Regierung amtlich die Neutralisierung des Kanals von Korfu und die Einsetzung einer internationalen Kommission vorzuschlagen, welche, wie beispielsweise die Donaukommission, über die genaue Aufrechterhaltung der Neutralität zu wachen hätte. Nach einer weiteren Meldung aus Athen hat die griechische Regierung sich amtlich bereit erklärt, in dem Zwist mit Bulgarien den Schiedsspruch der Großmächte anzunehmen.

Ein griechisch-bulgarisches Gefecht.

Athen, 29. Mai. (Meldung der Agence d'Athènes.) Nachdem die Bulgaren auf den Höhen von Pravitich Kanonen aufgestellt hatten, griffen sie am 27. Mai von hier aus ohne jede Veranlassung eine griechische Kompanie an; über den Verlauf dieses neuen Angriffs ist noch nichts bekannt.

Meuterei griechischer Truppen.

Sofia, 29. Mai. (P. C.) Das 1. und 7. Infanterie-Regiment der 2. griechischen Infanteriedivision, die in der Umgebung von Saloniki einquartiert waren, haben heute gemeutert. Sie weigerten sich, einem Marschbefehl, der sie nach Rigita dirigierte, Folge zu leisten. Infolgedessen wurden einige Abteilungen, die sich besonders schwerer Infanterieeinheiten schuldig gemacht hatten, von anderen Truppen entwaffnet und gefangen genommen. Die meuternden Truppen werden streng bewacht.

Frankreich.

Die Heeresvorlage.

Paris, 29. Mai. In parlamentarischen Kreisen verlautet, daß die Regierung fest entschlossen sei, die Heeresvorlage noch vor dem 14. Juli in der Kammer wie im Senate zur Erledigung zu bringen. Ein Mitarbeiter des Echo de Paris teilt mit, mehrere Minister hätten ihm erklärt: Entweder ist das Ministerium gestürzt, oder das Militärgesetz ist vom Parlament bis zum 14. Juli bewilligt. Die Regierung ist namentlich infolge der durch die Freiberen des Allgemeinen Arbeiterverbandes hervorgerufenen Kundgebungen von der Ueberzeugung durchdrungen, daß die Militärparlamente rasch zur Abstimmung gebracht werden müssen. Nach der Aufnahme, welche die vorgezogene Rede des Ministerpräsidenten bei der ungeheuren Wehrheit der Kammer gefunden hat, sind wir fast sicher, daß dieselbe Wehrheit trachten wird, die Debatte rasch durchzuführen zu können.

Die „Bataille Socialiste“ schreibt über die vom Ministerpräsidenten Barthou in der gestrigen Senatsitzung angekündigte strafrechtliche Verfolgung des Allgemeinen Arbeiterverbandes: Wie will die Regierung diese Verfolgung einleiten? Wie will sie den Allgemeinen Arbeiterverband auflösen? Sie müßte zu diesem Zwecke alle Gewerkschaften, alle Verbände und alle Arbeitsbüros unterdrücken. Kurz, das ganze Gebäude zerstören, welches die Arbeiter Frankreichs zur Verteidigung ihrer Rechte und Freiheiten errichtet haben. Die Führer der Arbeitervereinigungen waren mit Ruhe und Neugierde die neuen Heldentaten des Ministeriums ab.

Der sozialistische Deputierte Clausat beabsichtigt, den Justizminister in der heutigen Kammer Sitzung über die in Clermont-Ferrant in der Redaktion des dem früheren Deputierten Varenne gehörigen Blattes L'ami du peuple vorgenommene Haus suchung zu interpellieren. Es heißt, daß der Volkseinkommisсар von Clermont-Ferrant diese Haus suchung auf eigene Faust vorgenommen habe.

Ein Protest des Gewerkschaftsverbandes.

Paris, 29. Mai. In dem Aufruf, den der Allgemeine Arbeiterverband aus Anlaß der letzten Haus suchungen erlassen hat, heißt es: Die Durchsuchungen fanden in Abwesenheit der Leiter der Gewerkschaften und der sonstigen Verbände statt. Wenn unter den von der Polizei beschlagnahmten und mitgenommenen Papieren morgen plötzlich kompromittierende Schriftstücke entdeckt werden sollten, dann fragen wir: Welche gesetzliche Bürgschaft ist uns dafür geboten, daß diese Schriftstücke nicht für die Zwecke der Anklage gefälscht worden sind?

Eine internationale Kanone.

Paris, 29. Mai. Unter der sensationellen Überschrift: „Wie es Deutschland gelingen wird, in den Besitz einer französischen Kanone zu gelangen“, veröffentlicht heute der „Matin“ einen Artikel, in dem er die Behauptung aufstellt, daß sich das Haus Krupp auf Umwegen in den Besitz des französischen Feldgeschützes „Deport“ Modell 1911 gesetzt und nach diesem Muster eine ganze Anzahl Geschütze für Deutschland angefertigt habe. Die Kanone sei zunächst, nachdem sie die französische Heeresverwaltung abgelehnt, an die italienische verkauft worden. Die italienische Industrie sei aber nicht imstande, die Kanone zu fabricieren. Von der französischen Erfindung wird daher nur Krupp profitieren. Hatte sich Krupp direkt an Frankreich gewandt, um das Modell zu erwerben, würde Frankreich sich geweigert haben, es nach Deutschland zu verkaufen. Die italienische Government der Kanone ist also nur eine Fassade des deutschen Hauses. Nicht Italien, sondern Deutschland wird von der genialen Erfindung Depots profitieren.

Italien.

Raf.

Rom, 29. Mai. Die Kammer hat nach langer Beratung die Wahl Rafis für ungültig erklärt.

England.

Anerkennung der Kongoanexion.

London, 29. Mai. Im Unterhaus erklärte Staatssekretär Grey bei der Erörterung der auswärtigen Lage, die Regierung habe versprochen, mit der Anerkennung der Anexion des Kongo zurückzuhalten, bis Konsularberichte gezeigt hätten, daß die wirkliche Lage im Kongo in Uebereinstimmung mit den vertraglichen Verpflichtungen des ursprünglichen Kongostaates sei. Die Berichte zeigten jetzt, daß die Verhältnisse sich gegenüber denen unter der alten Herrschaft geändert hätten, und da die Lage sich so wesentlich gebessert hätte, sei der Zeitpunkt gekommen, wo es weder zu rechtfertigen noch wirklich förderlich wäre, die Anerkennung zu verweigern, welche ausdrücklich oder profisch von fast allen Ländern gewährt worden sei. Ein weiteres Zurückhalten der Anerkennung würde Belgien gerechten Grund zur Klage geben und würde jene heraldischen Beziehungen verschlechtern, die mit der belgischen Regierung aufrechterhalten Großbritannien's ernstester und aufrichtiger Wunsch sei.

Nach kurzer Debatte wurde der Befriedigung über die besseren Zustände am Kongo Ausdruck gegeben und der Anerkennung der Anexion des Kongostaates seitens Belgiens zugestimmt.

Rußland.

Unterdrückung der Redefreiheit.

Petersburg, 29. Mai. In der gestrigen Sitzung der Reichsduma hielt der Sozialdemokrat Tschaidze bei der Beratung des Budgets für die orthodoxe Kirche eine die orthodoxe Kirche beleidigende Rede. Als ihm darauf das Wort entzogen wurde, protestierte der Redner und das Mitglied der Arbeitspartei Kerensky im Namen der Redefreiheit gegen diese Maßregel. Nach weiteren Erörterungen wurden Tschaidze für drei und Kerensky für fünf Sitzungen ausgeschlossen. Infolgedessen verließ die gesamte Opposition zum Zeichen des Protestes den Saal, worauf der Präsident unter dem Beifall der Rechten und der Nationalisten die Sitzung schloß.

Gewerkschaftliches.

Arbeiterferien.

Für die mit Glücksgütern Besegneten ist es längst zur Selbstverständlichkeit geworden, jedes Jahr mindestens einmal dem ewigen Einerlei der Berufstätigkeit zu entfliehen, weitab von den Geschäften Erholung zu suchen. Aber neben diesem immerhin geringen Teil der Bevölkerung gibt es heute auch Hunderttausende von höheren und niederen Beamten und Angestellten, denen in jedem Jahre ein bestimmter längerer oder kürzerer Urlaub als ein Recht zusteht. So erhielten z. B. von 30 000 Handlungsgehilfen, die der Deutschen nationalen Handlungsgehilfenverband 1908 befragte, 66,26 Prozent Urlaub. Der kaufmännische Verband für weibliche Angestellte konnte 1910 für 1324 Betriebe Groß-Berlins das gute Verhältnis von 92 Prozent Urlaub gewährenden Firmen feststellen. Von den Warenhäusern geben 19 Prozent nach einjähriger Betriebszugehörigkeit eine Woche, nach zweijähriger zwei Wochen und nach dreijähriger drei Wochen Urlaub; bei den übrigen sind die Verhältnisse nicht so gut, aber immer noch verhältnismäßig günstig. Die Konsumvereine nehmen eine Ausnahmestellung ein, da genießen 3000 Angestellte tarifvertraglich sichergestellten Urlaub.

Von den Bureaubeamten die Anwaltsangehörigen einigermassen befriedigende Ferienverhältnisse (1910 hatten von 7321 Befragten 6077 Urlaub). Ueber den Urlaub der technischen Angestellten bestehen mehrere Erhebungen der beiden Techniker-Gewerkschaften. Aus dem Antwortungsmaterial ist soviel ersichtlich, daß etwa ein Fünftel der Befragten Ferien nicht erhielten, die übrigen in ihrer großen Mehrheit nicht mehr als 14 Tage bekamen. Erheblich schlechter noch sind in der Urlaubsfrage die Werkmeister gestellt.

Es bleibt also für die oben behandelten Angestellten in bezug auf die Ferien noch viel zu wünschen übrig — und für die unteren Klassen der staatlichen Angestellten und Arbeiter dürfte das gleiche zutreffen —, so sind immerhin zum Teil schon recht gute Anfänge vorhanden.

Wie sieht es damit aber bei den Arbeitern aus? Das große Millionenheer der Proletarier gehört auch hier zu den Entbehrten des Glücks. Haben die „gewöhnlichen Arbeiter“ einen Urlaub nicht nötig? Auf diese Frage gibt eine Forderung von der Hauptverwaltung des Metallarbeiterverbandes herausgegebene Schrift eine umfassende deutsche Antwort.

Die Freude des Lebens, wie sie der sorgenlose Besitz der Güter gestattet, ist dem Arbeiter nicht gegönnt. Wenn die Sonne lacht, wenn das Grün der Natur lockt, dann sind die Arbeiter an die Werkstatt gefesselt, um das färgliche Brot zu schaffen für sich und Weib und Kind. Sind sie ohne Beschäftigung, dann folgen für sie nicht Tage sorgenfreier Ruhe, die unfehlbar die Ferienzeit erhöhen nur ihre Qualen.

Das Zeitalter der Maschine mit seinen nervenzerrüttenden Arbeitsmethoden hat die Lage der Arbeiter in jeder Beziehung verschlechtert. Der Arbeiter ist zum Diener der Maschine geworden. In ewigem Einerlei schafft er nur Teile vom Ganzen. Bei Strafe des Unfalls oder des Todes darf er keinen Blick von seiner Arbeit abwenden.

Dazu die schleichenden Gifte der Berufskrankheiten. Lust und lichtere Arbeitsräume, erfüllt von Staub und Schmutz, überlange Arbeitszeiten, ungenügende Ernährung, schlechte Wohnungen fördern die Tuberkulose, die unter der arbeitenden Bevölkerung unheimlich reiche Ernte findet. Im Jahre 1910 waren rund 14 Millionen Personen gegen Krankheit versichert. Beinahe 7 Millionen Versicherte waren genötigt, die Hilfe der sozialen Versicherungsanstalten in Anspruch zu nehmen. Da drängt sich die Frage auf, ob es denn nicht möglich sei, die große Zahl der Kranken und Invaliden zu vermindern, indem man sich nicht darauf beschränkt, einmal entstandene Krankheiten zu heilen, sondern versucht, diesen Krankheiten vorzubeugen, sie zu verhindern?

Die Erhebungen des Metallarbeiterverbandes lehren uns, daß in Unternehmertreuen soviel soziale Gerechtigkeit noch vorhanden ist. Nur in 389 Betrieben mit 233 927 Arbeitern sind Ferien überhaupt eingeführt. Davon erhielten tatsächlich im Jahre 1911 nur 27 454, im Jahre 1912 34 257 Personen einen Urlaub. Meist wird im ersten Jahre der Beschäftigung Urlaub nicht gewährt, den Lehrlingen und „Ausgelernten“ wird die Ferienvergünstigung ebenfalls entzogen. Ueberhaupt sehen die Unternehmer die Gewährung von Ferien als eine „Wohlfahrts-Einrichtung“ an, deren Ruhmgebung durch gutes Verhalten verdient, durch Lohnforderungen und dergleichen verwirkt wird.

Die Einführung von Ferien liegt noch nicht weit zurück. Bis zum Jahre 1904 waren es 32 Betriebe, in denen Urlaub für die Arbeiter eingeführt war, erst das Jahr 1905 brachte eine erheblichere Steigerung.

Unter den in die Erhebungen einbezogenen Unternehmen befinden sich auch 22 Staatsbetriebe mit 45 825 Arbeitern, die Ferien erhalten können, von denen aber in den Jahren 1911 und 1912 tatsächlich nur 3204 bzw. 3404 Personen solche erhielten.

Wenn von den rund 233 000 Arbeitern, denen sozusagen theoretisch Ferien zustanden, im Jahre 1912 nur 34 257 gleich 14,1 Proz. solche erhielten, so liegt das, wie schon angedeutet, an den nicht leicht zu erfüllenden Vorbedingungen, die die Unternehmer an die Gewährung der Vergünstigung in der Regel knüpfen. In den meisten Betrieben (94,34 Proz.) ist die Ferienvergünstigung von einer mehr oder minder langen ununterbrochenen Beschäftigung im Betriebe abhängig gemacht. Karenzzeiten von ein, zwei, ja drei Jahren sind vorgeschrieben, viele Arbeiter müssen 6, 8, 10, 15 und 20 Jahre Mehrwert für ein und denselben „Herrn“ schaffen, ehe ihnen einige Tage Ferien winken. Dann kommt die „Führungs-Klausel“ als weitere Bedingung mehr.

Betrachtet man nun die Dauer der Ferien, so ergibt sich, daß für 130 544 Arbeiter gleich 56 Proz. dieses Wort zu Unrecht Anwendung findet, sofern man den nachstehenden Satz des Dr. med. Alfons Fischer in der „Industriebeamten-Zeitung“ als richtig anerkennen will. Dr. Fischer sagte dort:

Bemerkenswert ist (jedoch), daß Ferien von nur 2-3 Tagen so gut wie ganz ungenutzt, ja bisweilen sogar schädlich sind. Was soll ein Angestellter oder Arbeiter mit einer so kurzen Zeit beginnen? Ein Erholungsurlaub, der in Wahrheit nur ein stilles Sitzen, nur wenigstens eine Woche lang wahren, nur dann wird der beabsichtigte Zweck, die körperliche und seelische Erfrischung erreicht werden.

*) Vergleiche Dr. L. Heyde, Urlaub für Arbeiter und Angestellte in Deutschland. München und Leipzig 1912. Dunder u. Humblot. 207 Seiten. Preis 4 Mk.

Um nur ein Beispiel von diesen anzuführen: Von einer Eisengießerei in Nienburg a. S. wird berichtet: „Arbeiter, welche 25 Jahre dort beschäftigt sind, erhalten einen Tag a Ferien. An diesem Tage fahren sie per Omnibus nach Kalbe. Dort erhält jeder 4 Glas Bier, Kaffee und Kuchen, 2 Zigarren und 2 Paar Würstchen. Außerdem ist Musik anwesend zu Tanzveranstaltungen. Es erhält jeder seinen vollen Tagesverdienst erst.“ Ob Unternehmer, Betriebsleiter und Angestellte das Fest durch ihre Anwesenheit „verschönen“ und sich auch mit an den gebotenen Leckerbissen delectieren, wurde nicht berichtet.

Aus dem Mitgeteilten wird schon klar, daß die den Arbeitern gebotenen Ferien — soweit wenigstens, als die Metallindustrie in Betracht kommt — von den Unternehmern als ein Geschenk angesehen werden, das sie in Gnaden gewähren können oder auch nicht. Ferner, daß der Urlaub in der Hälfte der Fälle von gänzlich ungenügender Dauer ist. Nicht viel besser dürfte es in den anderen Gewerben, mit Ausnahme etwa im Buchdruckgewerbe, bestellt sein. Die Tatsache, daß insgesamt in nur 74 Betrieben mit 2423 Beschäftigten die Ferien vertraglich festgelegt sind, läßt ebenfalls darauf schließen, daß Ferien in der Hauptsache als ein Recht von den Arbeitern noch nicht erkämpft worden sind. Dies nachzuholen, wird eine der nächsten Aufgaben der Gewerkschaft sein. Neben dem Acht und neunten und der vollen Sonntagruhe die vertraglich festgelegten Ferien von mindestens einer Woche in jedem Jahre bei Weiterzahlung des vollen Lohnes. Aber nicht von der Einsicht der Unternehmer ist dieser Fortschritt zu erwarten, obwohl gerade sie großen Vorteil davon haben würden, sondern lediglich von der steigenden Macht der Arbeiterorganisationen.

Deutsches Reich.

Von den Hinzegegardisten in Arefeld.

Die Arefelder Hinzegardisten zahlen, wie die Lohnzeitung ergeben, den von ihnen herbeigezogenen Streikbrechern pro Woche 21 M. Lohn und 2,10 M. Biergeld extra. Das Alkoholbedürfnis scheint demnach nicht gering zu sein. — Welcher Menschenqualität die Arbeitswilligen teilweise angehören, beweist die Tatsache, daß gegen einen der Arbeitswilligen, namens Hymnal, ein Verfahren wegen Raubes bei der Staatsanwaltschaft schwebt.

Die innige Verbindung zwischen Unternehmertum und gelben Vereinen ist in Chemnitz durch einen besonders drastischen Fall nachgewiesen worden. Ein bei der Firma Gebrüder Häbner beschäftigt gewesener Arbeiter wurde gemahregelt, weil er für den Deutschen Metallarbeiterverband agitiert haben sollte. Das war aber nicht der Fall. Deshalb drang der Arbeiter darauf, den wahren Grund seiner Entlassung zu erfahren. Schließlich erklärte ihm der Betriebsleiter, die Geschäftsleitung habe den Beschluß gefaßt, wenn ein Arbeiter aufgeforders werde, dem gelben Werkverein beizutreten und er komme innerhalb 14 Tagen dieser Aufforderung nicht nach, so müsse er entlassen werden. Ist das nicht schamloser Terrorismus? Sollte solche Handlungsweise nicht den Staatsanwalt interessieren? Die Chemnitzer Justiz ist doch gerade in puncto Koalitionsvergehen sehr schneidig! Man darf freilich nicht vergessen, daß die Unternehmer bisher nicht, immer nur freigeorganisierte Arbeiter unter Anklage gestellt hat.

Sämtliche im Gmdener Oasen beschäftigten Arbeiter streiken seit dem 10. Mai. Der Streik wurde durch die fergelegten Tarifbrüche der Unternehmer und Schutzmänner derselben veranlaßt. Im Oasen betreibt sich die Oasen. Im Jahre 1910 hatte der Transportarbeiterverband mit den Gmdener Expeditionsfirmen einen Tarif abgeschlossen, der am 31. Dezember 1913 abläuft. Im Juli muß nun ein neuer Tarif abgeschlossen werden. Die Unternehmer wußten, daß sie mit Forderungen der Arbeiter zu rechnen hätten, und versuchten daher mit allen Mitteln eine Zerstückelung in der Arbeiterschaft herbeizuführen. Da Gmden bekanntlich als neuer Auswandererhafen auserselbst ist, so fanden sie verständnisvolle Unterstützung bei den großen Reedereien in Hamburg und Bremen. Schnell fanden sie Anstich an den Hamburger Oasenbetriebsvereine. — Als eifrige Bundesgenossen dürfen auch die Hünen des Schlachtfeldes nicht fehlen. Beteiligt waren bisher die Versuche der christlichen Gewerkschaften, in Ostfriesland festen Boden zu gewinnen. An dem gesunden Sinn der ostfriesischen Arbeiter scheiterte alle aufgewandte Liebesmüh. Jetzt aber glaubten sie ihre Zeit gekommen. Befähigt wurden sie durch die Leiter der evangelischen Arbeitervereine, die auch nicht so recht mit ihren Organisationskünsten vorwärtskommen wollen. Die geistlichen Leiter schauten sich nach einem fruchtbringenden Kampf, um dadurch ihre Reihen zu füllen. Einen Helfer fanden sie hierbei in einem ehemaligen Mitglied des Transportarbeiterverbandes, der wegen seiner Intriebe vor einiger Zeit aus dem Verband ausgeschlossen war. Dieser Arbeiter, der nebenbei bemerkt nun von den Christlichen als Märtyrer des roten Terrors gefeiert wird, hatte den Unternehmern und auch den christlichen Führern vorgeschlagen, daß mit ihm sofort einige hundert Mitglieder des Transportarbeiterverbandes das rote Joch abschütteln würden und zum christlichen Verband übertritten, um so durch Verrat der eigenen Mitmenschen zu erreichen, was bisher die eifrige Werbearbeit der Christlichen nicht vermochte. Doch die Probe aufs Exempel fiel jämmerlich aus. Nur etwa 20 Mann, für die schwere Oasensarbeit wenig geeignet, ließen sich zu der Judostraße verleiten. Die Pastoren sehen sich viele Mühe, Arbeiter aus anderen Betrieben zu bewegen, ihre Stellung aufzugeben und Streikbrecherdienste zu verrichten; Diakonissenhochschulen versuchen die Frauen der Streikenden zu bestimmen, daß diese ihre Männer beinhalten. Aber alles ist vergeblich. Inzwischen haben Werbesagenten etwa 250 Arbeitswillige herangelockt, Leute, die ebenfalls fest abgeschlossen und die ganze Gendarmerie aus Ostfriesland weilt zum Schutze der Arbeitswilligen in Gmden; jedoch fand sich bisher noch keine Gelegenheit für sie zum Eingreifen. Durch ruhiges Ausbleiben im Streik werden die Arbeiter den Unternehmern schon den allen Frieckentzug ins Gedächtnis rufen und den Kampf zu einem guten Ende führen.

Beendigung des Kampfes der Fischdampfermaschinen in den Unterweserorten.

Nach fünfmonatiger Dauer konnte dieser Kampf mit einem Teilerfolg beendet werden. Der Unternehmerverband für Hochseefischereibetriebe hat seinen Zweck, die Organisation des Maschinenpersonals zu zertrümmern, nicht erreicht, obgleich von ihm kein Mittel unversucht blieb. Zunächst versuchten die Reeder den nach kurzem Streik mit dem Zentralverband der Maschinenisten und Fischer abgeschlossenen Tarifvertrag wieder los zu werden, indem sie von den Maschinenisten die Benutzung der Heuerbüreau verlangten, trotz entgegengegesetzter tariflicher Bestimmungen. Die berechtigter Weigerung der Maschinenisten wurde mit einer Aussetzung beantwortet. Die Gründung eines gelben Vereins verjagte. Am ein anderes Mittel zu erproben, vereinbarte der Unternehmerverband mit dem Maschinenistenverein Geestemünde (Mitglied des Verbandes technischer Schiffsoffiziere) einen Tarifvertrag, der im wesentlichen dem des Zentralverbandes gleichkam. Daß die Reeder diesen Tarifabschluß nicht ernst nahmen, sondern nur als Mittel zum Zweck betrachteten, beweist die Tatsache, daß zu dieser Zeit der Zentralverband der Maschinenisten und Fischer 320 Fischdampfermaschinen organisiert hatte, während dem Geestemünder nur ein halbes Dutzend angehörte. Den Maschinenisten fiel es aber gar nicht ein, an diesen Abber zu gehen und Vereinsmitglied zu werden, um Anteil an dem „Vereinstarif“ zu haben. An Gegenleistungen hat es der Verein mit seinen Herren technischen Schiffsoffizieren nicht fehlen lassen. Mit Eifer und Fleiß wurde der Streikbruch organisiert und wurden Arbeitswillige geliefert. Die unter großen Kosten und Mühen herangeholten Arbeitswilligen waren jedoch nicht die Leute, um den Betrieb aufrecht erhalten zu können. Verschiedentlich machten die Maschinenisten, durch einzelne Reeder veranlaßt, Einigungsversuche, die aber an dem Starrsinn des Unternehmerverbandes scheiterten. Dieser verlangte kategorisch die Anerkennung des Tarifes des Maschinenistenvereins und den Austritt aus dem Verband. Das lehnten die Maschinenisten natürlich entschieden ab.

Schließlich mußten auch die Unternehmer einsehen, daß allzu schart schärflich macht; sie stellten einen Pflock zurück. Die Maschinenisten einigen sich unter Zustimmung der Organisation schließlich mit den Reedern, indem durch schriftliche Vereinbarungen mit ihnen wiederum die Bestimmungen des alten Vertrages des Zentralverbandes in Kraft traten. Mit dieser Abmachung wurden zwar die Organisationen, Unternehmerverband und Maschinenistenverband, als Tarifkontrahenten ausgeschaltet — beide Teile mußten einen Schritt zurückgehen — aber der Vertrag des Zentralverbandes der Maschinenisten und Fischer wurde damit, wenn nicht in der Form, so doch inhaltlich wieder maßgebend.

Ungeachtet steht die Organisation trotz des langen und harten Kampfes da. Der Tarif des Vereins ist natürlich gegenstandslos geworden, da hinter ihm keine Mitglieder stehen. Dieser erste größere Kampf in der Hochseefischerei hat als Abschwebebewegung das vorher Erreichte halten können und, was mehr wert ist als die materiellen Vorteile, er hat das Klassenbewußtsein der Seemaschinenisten gewekt.

Letzte Nachrichten.

Die Deckungsfrage in der französischen Kammer.

Paris, 20. Mai. (B. Z. V.) Depuierterkammer. Scheuß (Sozialistisch Radikaler) brachte eine Interpellation ein über die Finanzpolitik der Regierung, die er für unheilvoll hielt. Scheuß kritisierte die von der Regierung angekündigte Anleihe, die durch nichts gerechtfertigt werde; man sollte alle Quellen des Reichtums erschöpfen mittels einer allgemeinen progressiven Einkommensteuer. (Beifall auf der Linken.)

Finanzminister Charles Dumont erinnerte an die Schwierigkeiten, auf welche die Budgets für 1913 und 1914 stießen. Dies seien Schwierigkeiten internationaler Art und nicht innere. Die Lage des Schatzes sei weiter normal und gut, während andere Mächte Anleihen aufnehmen, nehme Frankreich so viel als möglich zu Steuern seine Zuflucht.

Das Defizit für das Budget werde 100 Millionen betragen, aber als das Budget aufgestellt wurde, habe die Regierung noch nicht genügend die Ausgaben der Nachbarn Frankreichs für militärische Zwecke gekannt. Finanzminister Dumont fügte hinzu, das Budget für 1914 werde gleichfalls ein Defizit von 100 Millionen haben, ganz abgesehen von den Ausgaben für militärische Zwecke. (Lärm auf der äußersten Linken.) In Erwiderung auf verschiedene Zwischenrufe erklärte Dumont: Jeder wisse, daß Frankreich eine Politik des Friedens verfolge, und daß die Regierung glücklich sein würde, wenn sie die für die nationale Verteidigung bewilligten Millionen für andere Zwecke verwenden könnte, aber die internationale Lage zwänge sie, sie jener zu widmen.

Erklärungen des Staatssekretärs Grey.

London, 20. Mai. (B. Z. V.) Im Unterhaus erjudie heute Carl Bonar Law (Unionist) um Mitteilungen über die Verhandlungen betreffend die Bagdadbahn; der Nationalist Thomas O'Conner warf die Frage der armenischen Reformen auf. O'Conner drang auch darauf, daß die Negischen Inseln Ozeanland übergeben werden sollten. Der Liberale Bonar Law regte an, daß England die Initiative zur Einberufung einer internationalen Konferenz ergreife, welche eine Einschränkung der Rüstungen in Erwägung ziehen solle. Andere Mitglieder warfen Fragen auf, die mit der Lage in Persien und den dortigen Eisenbahnkongressionen in Verbindung stehen.

Staatssekretär Grey gab hierauf eine Erklärung über die Bagdadbahn ab und sagte, die britische Regierung habe einen Vertrag mit der Türkei entworfen, dessen Abschluß sie erhoffe. Der Hauptpunkt des Uebereinkommens sei, daß die Bahn nicht über Basra hinausgehen solle, ohne daß ein dahingehendes Abkommen mit England getroffen worden sei, und eine Fortsetzung der Bahn über Basra werde von ihm nicht ins Auge gefaßt. England könne mit Recht sagen, daß es nicht länger in seinem Interesse liege, sich dem Bau der Bagdadbahn zu widersetzen.

Grey ging dann auf die armenischen Reformen und andere Angelegenheiten ein und erwähnte die Balkanlage. Er dankte für die anerlegenden Bemerkungen, die von verschiedenen Rednern über seine Tätigkeit im Verlauf der Balkankrise gemacht wurden. Er sagte, wenn er nicht näher auf die Dinge eingehe, welche mit diesen Bemerkungen in engem Zusammenhang ständen, so geschähe es deshalb, weil man noch so viele Schwierigkeiten vor sich habe, deren Ende man noch nicht sehe, und es daher für ihn schwer sei, eine Erklärung über diese Dinge abzugeben. Es sei zutreffend, daß die Spannung und die Besorgnis bei den Regierungen Europas nachlassen und die Ausichten auf den Frieden sich gebessert hätten (Beifall), doch wisse ein jeder, daß man noch viele Schwierigkeiten und einige sehr heikle Fragen vor sich habe.

Griechenland wird den Friedensvertrag unterzeichnen.

London, 20. Mai. (B. Z. V.) Wie das Reutersche Bureau erfährt, teilte das Auswärtige Amt heute nachmittag den griechischen Delegierten mit, daß der Friedensvertrag morgen unterzeichnet werden müsse und fragte sie, ob Griechenland zu unterzeichnen wüßte. Die griechische Regierung verständigte gestern den englischen Gesandten in Athen dahin, daß sie zur Unterzeichnung bereit sei. Bezüglich des Protokollentwurfs ist die Lage nicht ganz klar, mehrere Delegierte kamen heute nachmittag zusammen, um den Entwurf zu erörtern. Die Türken sind sich mit den Bulgaren vollständig darüber einig, vor der Unterzeichnung des Vertrages kein Protokoll zu erstern.

Die Kämpfe in Marokko.

Rabat, 20. Mai. (B. Z. V.) Während die Truppen des Reichs sich der Stadt Tarudant bemächtigten, haben die Anhänger des Kaisers El Hassan am 24. Mai Agadir eingenommen. Diese Nachrichten kamen in Marokko überal großes Aufsehen hervor. Kavallerie verlor El Agadir und seine Anhänger. Weiter wird gemeldet, daß General Aïza ein Schirmhittel mit Marokkanern im Norden von Marokko, wo er mit General Girardot zusammengetroffen war, hatte. Die Franzosen zählten nach Beendigung des Kampfes 8 Tote und 28 Verwundete. Die Verluste der Marokkaner sollen bedeutend sein.

Selbstmord des Burischen des Obersten Redl.

Prag, 20. Mai. (B. Z. V.) Der Burische des durch Selbstmord aus dem Leben geschiedenen Obersten Redl hat auch seinem Leben durch Ertränken ein Ende gemacht. Die Notizen sind noch nicht bekannt.

Reichstag.

154. Sitzung, Donnerstag, den 29. Mai 1913, nachmittags 2 Uhr.

Im Bundesrat: Dr. Delbrück.

Zweite Beratung des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes

wird fortgesetzt. Die ersten Paragraphen werden debattelos angenommen. § 5 lautet: Durch die Eheschließung mit einem Deutschen erwirbt die Frau die Staatsangehörigkeit des Mannes.

Abg. Bernstein (Soz.):

Wir wollen durch unsern Antrag vor allem verhindern, daß die Reichs- und Staatsangehörigkeit durch einen automatischen Vorgang reguliert wird. Das Recht der Frau auf ihre Persönlichkeit kommt auf allen Gebieten des staatlichen Lebens immer mehr zum Durchbruch; daher darf damit auf politischem Gebiet nicht halt gemacht werden.

Unter Ablehnung des Antrages Albrecht (Soz.) wird § 5 in der Fassung der Kommission angenommen.

§ 6 gestattet jedem Deutschen, die Staatsangehörigkeit in jedem Bundesstaat durch Antrag zu erwerben.

Ein Antrag Albrecht (Soz.) verlangt, daß diese Erwerbung der Staatsangehörigkeit ohne Antrag, durch bloße Niederlassung erfolgt, eventuell bei Ablehnung dieses Antrages durch Erwerbung des Unterhaltungswohnsitzes.

Die Bestimmung, daß der Antrag einer Ehefrau der Zustimmung des Ehemannes bedarf, will der Antrag Albrecht (Soz.) streichen.

Abg. Dr. Luard (Soz.):

Der Entwurf soll zur Stärkung des Volkswirtschaftens dienen. Herrn Wed hat die nationale Erziehung sogar dazu verleitet, daß er meinte, die Erklärung der Regierung, der Ausländerparagraph solle loyal gehandhabt werden, wenn auch der Gesetzentwurf mangelhaft sei, genüge ihm. Er hat offenbar vergessen, was wir beim Reichsvereinsgesetz erlebt haben.

Kleines feuilleton.

Berleger-Empfehlungen. Man glaubt gar nicht, wie sehr das lekturzaufwendende Publikum vom Buchhändler abhängig ist. Selbst die sogenannten Gebildeten folgen dem Rat ihres Buchhändlers. Die Anzahl der Rezensierungen macht es dem Laien unmöglich, das herauszufinden, was Wert hat oder wenigstens für ihn Wert besitzen könnte.

Der Buchhändler soll empfehlen. Er kann natürlich auch nicht alles lesen, und selbst wenn er es täte, wäre sein Urteil nicht maßgebend. Er empfiehlt nach dem Verdienst, den ihm der Verleger gewährt oder nach den Anfeindungen, die ihm der Verleger in den Läden schickt.

Jede Odoleskane ist dilettantisch die Berlegerphantasie. Da empfiehlt einer zum Beispiel ein Kochbuch. Wie nennt man ein Kochbuch? „Ein Schatz für jedes Haus.“ Die Herausgabe eines Kochbuchs darf nicht unterlassen werden. Berlehungsvoll beginnt deshalb der Verleger: ... ist ein Buch erschienen, das ohne Zweifel eine Rolle in unserer Zeit bis hinein in die nächsten Generationen spielen wird.

Ein anderer Verleger hat das Bedürfnis, den herrlichen Fontane und den platten Bierbaum herauszugeben. Er nennt diese Sammlung „Literarische Lederbände“. Auf seinem Wascheitel erzählt er den Buchhändlern, daß einzelne blickige Firmen infolge dieser einfachen Kellame (nämlich der geschmacklosen Benennung „Literarische Lederbände“) einen Absatz von 100 Exemplaren erzielen. Aber es kommt noch toller. Mit dieser „Idee“ hat sich ein bekannter Literarhistoriker „beschäftigt“! Sein Name sei zur Warnung hier genannt. Der Verleger erzählt nämlich weiter: „Der bekannte Literarhistoriker Doktor Otto Redding schreibt: Je mehr ich mich in die Idee der Literarischen Lederbände vertiefte, desto verlockender und schöner finde ich das Unternehmen.“

Ein dritter Verleger berichtet von einem Roman: ... dieses gleichzeitig amüsante und ermit anregende Buch, das nicht sowohl der Autor, als das Leben selbst geschrieben hat.“ Öffentlich verlangte der Autor kein Honorar. Dann heißt es weiter: vollkommen einzigartiges Buch voll prächtiger Reize und voll schillernder Lebenswahrheit, ein Buch, wie es noch nicht existierte. Kein Wunder, wenn das Leben selbst sich verlegen läßt.

Ein vierter berichtet über einen belanglosen deutsch-nationalen Literaturführer: „Kein Volk darf sich rühmen, ein Werk dieser Art zu besitzen, das ihm an Reizhaftigkeit und Größe der Anlage oder auch nur der Idee nach ähnlich wäre.“ Die „Idee“ besteht darin, daß die einzelnen Autoren alphabetisch geordnet und nicht systematisch untergebracht sind. So etwas hat der deutsch-nationale Verleger noch nie gesehen. Einem Alphabetiker muß natürlich schon das Alphabet imponieren.

Folgeerscheinung des bösen deutschen Partikularismus

zu tun. Dieser Partikularismus gerät auch auf diesem Gebiete mit unserer wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in den schärfsten Widerspruch. Es erwachsen aus dem Partikularismus der deutschen Reichsangehörigen aller 26 Bundesstaaten sehr schwere Hemmnisse zur Geltendmachung politischer Rechte dort, wo sie sich diese durch ordentliche Mitarbeit an der Volkswirtschaft verdient haben. Der § 6 will aber die Tatsache partikularistische Staatszugehörigkeit ausdrücklich aufrecht erhalten. Dem gegenüber verlangen wir die nationale und politische Gleichstellung aller deutschen Stammes- und Staatsangehörigen; eine Forderung, in der die bürgerlichen Parteien, namentlich die National-liberalen, mit uns übereinstimmen müßten, wenn sie getreu ihrem Programm handeln wollten und wenn nicht dabei die soziale Seite der Frage sie hindern würde. Es handelt sich nämlich darum, daß die größere Beweglichkeit innerhalb unserer 26 Bundesstaaten hauptsächlich zugute kommt den nichtangesehenen Klassen, den Arbeitern und den Angestellten, Technikern und Handlungsgelhilfen, dem sogenannten neuen Mittelstand. Der Prozentsatz der Jugugesogenen beträgt bereits 1905 10 Proz. in Landestellen wie Westpreußen, Mecklenburg und Baden und 47 bis 50 Proz. in Berlin, Hamburg und Bremen. Das Bedürfnis nach Befreiung der Saranen für die politische Betätigung wächst natürlich mit dem Grade der politischen Interessiertheit, und befalls sind gerade die Arbeiter und der neue Mittelstand die am meisten politisch interessierten Schichten. Für viele Gegenden sind diese beweglichen Elemente tatsächlich auch Kulturtioniere. Man hätte nicht erwarten sollen, daß noch im Jahre 1913, wo Gelegenheit zur Änderung dieses Zustandes gegeben ist, liberale Parteien auf Aufrechterhaltung des alten Zustandes bestehen. Die Erschwerungen sind viel größer als angenommen wird. Es gehört oft monatelange, ja jahrelange Arbeit dazu, um die Schwierigkeiten zu überwinden. Hätten wir nicht unsere Arbeitersekretariate, so würden Tausende deutscher Arbeiter, die in andere Staaten ziehen, überhaupt nicht zur Geltendmachung ihrer politischen Rechte kommen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Heute verlangt man, wenn ein Deutscher in einem anderen Bundesstaat eingebürgert werden will, alle möglichen Nachweise zu erbringen, wo er gelebt, wo er gebient, ob er gewählt, Ehrenämter bekleidet hat usw. Ja, sogar für den Vater und Großvater sollen derartige unsinnige Fragen beantwortet werden — alles nur, um Arbeiter die Erwerbung politischer Rechte unmöglich zu machen. Die Arbeiter haben doch schließlich keine Familienarchive! Wir müßten in Frankfurt eine ganze Anzahl solcher Prozesse bis zum Oberverwaltungsgericht durchführen. Leider haben die bürgerlichen Parteien keine Lust, den Angestellten und Arbeitern die Erlangung von Staatsbürgerrechten, namentlich in Preußen mit seinem Dreiklassenwahlrecht, zu erleichtern. Es sollen nicht auch noch „Fremde“ mitleiden — ebenso bei den anderen Landtagen, die sich ebenfalls den Schutz des Geldsacks der Besitzenden gegen die Mitbestimmung der Unbemittelten zum Ziel setzen.

Unser Antrag will hier Wandel und Vereinfachung schaffen. Man sagt, das komplizierte formalistische Verfahren sei nötig zur Beurkundung der Staatsbürgerchaft. Die unmittelbare Reichsangehörigkeit würde alle diese Wirkungen und noch mehr angeblichen Schwierigkeiten aufheben. Nehmen Sie doch wenigstens unseren Ewentualantrag an, der die Staatsangehörigkeit mit dem jederzeit klar erkennbaren Unterscheidungszeichen verbindet. Wir haben eine Resolution eingebracht, die wenigstens alsbald nach Verabschiedung dieses Gesetzes die Einführung einer unmittelbaren Reichsangehörigkeit vorbereitet sehen will, damit sie bald Gesetz werden kann, wenn das schon jetzt nicht möglich ist. Schaffen Sie durch Annahme unserer Anträge eine Annäherung an die unmittelbare Reichsangehörigkeit. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Unter Ablehnung der sozialdemokratischen Anträge wird § 6 angenommen.

§ 7 gestattet die Einbürgerung von Ausländern unter bestimmten Bedingungen auf ihren Antrag.

Ein Antrag Albrecht (Soz.) fordert, daß der Antrag eines Ausländers auf Einbürgerung unter den betreffenden Bedingungen nicht abgewiesen werden darf, auch nicht, wenn er zwei Jahre lang

ohne wesentliche Unterbrechung im Inlande niedergelassen war. Ferner soll der Mangel der Unbescholtenheit nicht in Lasten erblidigt werden dürfen, die der politischen Betätigung oder Betätigung oder der Konfession des Antragstellers entnommen sind.

In Falle der Ablehnung dieses Antrages will ein Ewentualantrag Albrecht (Soz.), daß die Einbürgerung nicht verlagert werden darf, wenn der Ausländer aus der Ehe eines Ausländers mit einer Deutschen stammt, oder wenn er in Deutschland geboren und bis zur Volljährigkeit ohne wesentliche Unterbrechung sich in Deutschland aufgehalten hat, und wenn der Antrag innerhalb zweier Jahre nach Eintritt der Volljährigkeit gestellt wird.

Abg. Bernstein (Soz.):

Unser Antrag verlangt für den Ausländer ein Recht auf Einbürgerung und daß er seinen Anspruch auf dem Rechtswege verfolgen kann. Wir verlangen dies aus nationalen Gründen, im Interesse der Annäherung und Durchdringung der Nationen, und ferner wünschen wir die Macht der Verwaltungsbehörden zu beschränken. Der immer mehr sich steigende Verkehr macht die Schaffung internationalen Rechts immer notwendiger, durch das moderne Verkehrsleben wächst dauernd die Zahl der Ausländer in allen Staaten; daß dieser stets wachsende Prozentsatz von Menschen minderen Rechts ist, nur halbe Bürger, ist ein ungesunder Zustand, der zu mancherlei Unzulänglichkeiten führt. Die Schweiz hat daher den Ausländern ein Recht auf Einbürgerung gegeben; bei uns aber will man weiter die Einbürgerung in das Belieben der Behörden legen, ohne dem Ausländer irgend eine Möglichkeit zu geben, einen ablehnenden Bescheid anzugreifen. Wir verlangen in unserem Antrag weiter, daß auch Konfessionslose die Einbürgerung nicht verlagert werden darf; staatsbürgerliche Rechte dürfen nicht irgendwie mit religiösen Anschauungen verbunden werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ungleiches Rechtsschaffen, auch ungleiche Moral, gleiches Recht aber schafft gleiche Moral, das hat sich namentlich in den Vereinigten Staaten gezeigt, wo Angehörige der verschiedensten Nationen zusammengelassen sind. Mit allen schändlichen Bestimmungen schämen Sie sich nicht gegen die unsauberen Elemente, die fern gehalten werden sollen. Warum haben denn Länder wie England und Amerika den Pakzwang abgeschafft? Weil er den anständigen Menschen belästigt und gegen unsaubere Elemente nicht schützt. Als Lohar Bucher noch als Flüchtling im Auslande lebte, traf ihn einst auf einem Schiffe Herr v. Manteuffel und fragte ihn, woher er komme. Aus Preußen, lautete die Antwort. Aus Preußen? fragte Herr v. Manteuffel erstaunt. Haben Sie denn einen Paß? Aber selbstverständlich erwiderte Bucher; Sie sorgen ja dafür, Sie schreiben joviell Pässe aus, daß ich in London für 2 Schilling jeden gewünschten Paß kaufen kann. (Gelächter.)

Die Kulturentwicklung bringt die Völker immer mehr zusammen; wozu also die künstliche Abschließung. Sie zu befestigen ist ein Kulturanspruch der neueren Zeit, ein Anspruch, der sich immer mehr geltend macht. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Direktor im Reichsamt des Innern Geheimrat Lewald: Die Sozialdemokraten übersehen die geographische Situation des Deutschen Reiches. Wir können nicht ohne weiteres alle aus dem Osten zu uns strömenden Ausländer an den Segnungen unserer hochentwickelten Sozialpolitik teilnehmen lassen. (Zustimmung rechts und im Zentrum.) Herr Bernstein verlangt für den abgewiesenen Ausländer den Rechtsweg und verweist auf Amerika. Nun, die Vereinigten Staaten stehen sehr sorgfältig, ehe sie jemanden hineinlassen, und wer in Ellis Island zurückgewiesen wird, hat feineswegs dagegen den Rechtsweg offen. Das Religionsbekenntnis bildet auch heute kein maßgebliches Moment bei der Beurteilung von Naturalisationsgesuchen. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Das glaubt doch kein Mensch!) Von mehr als 600 Einbürgerungsgesuchen von Juden sind über die Hälfte genehmigt worden. Aus nationalen Gründen müßten wir uns vor zu starker Zuwanderung aus dem Osten schützen können. (Beifall bei den bürgerlichen Parteien.)

Abg. Becker-Krassberg (B.): Der Antrag Albrecht würde vielleicht Mißstände beseitigen, aber viel größere Mißstände herbei-

Ein Autor schreibt ein Buch mit dem platten Titel: „Wohin treiben wir?“ Der Verleger empfiehlt den Reaktionen „zum Abend“ folgenden Satz, der diesen Titel erklären soll: ... stellt er unserer Welt die Frage, wohin es mit ihr wolle.“ Wohin es mit ihr will, sagt dieses dünne Buch: ... so klein es ist, es wiegt nicht leicht.“ Die Empfehlung wird aber als zu schwer befunden. Wie alle Empfehlungen der Verleger. Der Literarur verleiht, muß seine Literatur treiben. Selbst dann nicht, wenn die Bücher noch schlimmer sind, als ihre Wascheitel.

Narkotisierte Schlachtfelder. Die Empörung gegen die wachsenden Schrecken des Krieges jagt denen, die ohne den Krieg nicht auskommen mögen, schwere Angst ein. Sie geben sich alle erdenkliche Mühe, den sogenannten Heldentum zu „humanisieren“. So werden die feinstalbrigen Geschosse „human“ genannt, die, wie behauptet wird, beim Durchschlagen von Weichteilen seltener tödlich wirken, auch wenn sich unter diesen edelsten Organen befinden. Ein Amerikaner Alexander Humphrey fügt ihnen jetzt noch eine Neuheit hinzu, die als narkotisches Geschos bezeichnet wird. Er will damit den Opfern des Krieges wenigstens einen großen Teil ihrer Leiden ersparen, indem er der verwundenden Kugel einen Stoff mitgibt, der eine Betäubung der durch sie verursachten Schmerzen bewirkt. Das narkotische Geschos erhält seine Narkotik durch eine kleine Menge von Morphinum, das in den dünnen Wänden des Stahlmantels untergebracht und durch einen feinen Einschnitt in diesen unbedingt zur Wirkung gebracht wird. Trotzdem geschieht dadurch angeblich keine Sprengwirkung, wenn das Geschos auf einen Knochen trifft. Der Soldat, der eine Fleischwunde von dieser neuen Kugel empfängt, wird für denselben Tag außer Gefahr gesetzt. Er fällt glatt auf den Boden und schläft seine Zeit ab. Wer eine tödliche Wunde erhält, bleibt wenigstens vom Todeskampf verschont. Die anderen Verwundeten können damit rechnen, erst im Hospital wieder zu erwachen. Der Name, der diesen Geschossen beigelegt wird, geht gutklingend zur Sache. Man nennt sie — Wohltätigkeitsgeschosse.

Der wirklich unmögliche Tanz. Die Reijerin der Langkunt Anna Pawlowa hat sich in London über den Tango interviuen lassen. Ihr Urteil soll die Damen der Gesellschaft, die dem neuen aus Amerika eingeführten Tanz im Handumdrehen verfallen, vor dem Satan retten. Dies Urteil lautet: „Der Tango sei für junge Damen wirklich unmöglich.“ Anna Pawlowa kennzeichnet ihn so:

„Tango? Grausig! Turlen-Trot? Ob diese Tänze anmutig sind? Ob sie schön sind? Wie sollte das möglich niemals sein, wenn sie ihrem Wesen entsprechend getanzt werden. Nein, alle diese Ragtime-Tänze sind im modernen Volkstanz im Grunde unmöglich. Es sind keine Tänze, die junge Damen tanzen sollten. Warum? Wegen ihrer Motive und ihrer Tendenz. Man soll es offen aussprechen: das alles sind aufreizende, provokatorische Tänze. Sie sind ein Erzeugnis des heutigen Hungers nach aufregenden Sensationen. Das träumerische Gleiten eines schönen Walkers bringt keine Aufregung. Darum überläßt man ihn der älteren gemächlichen Zeit. Heute, mit allen unseren Telephonen, Automobilen, Kinematographen und was weiß ich alle, leben wir in einem Raschmentempo und werden für zottlere, feinere Reize immer unempfänglicher. Und so verlangt man nach den gröbsten Mitteln der Aufregung und Sensation. Man spürt: das ja überall. In unseren Tagen, da man jeden Menschen anflügeln kann, den man sprechen möchte, hat ein Besuch all jene Reize der Ungewohnheit verloren. Und das ist nur ein Beispiel. Heute kündigt man an, trifft jede Verabredung, hängt wieder ab; und in drei Sekunden ist

eine Angelegenheit erledigt, die unseren Geist früher viel länger beschäftigen mußte. Und so ist es mit allem im Leben. Nichts, was nicht irgendwie aufregend und gewaltsam ist, befriedigt. Der Tango gefüllt und befriedigt, weil er aufregend ist.“

Trotzdem will Anna Pawlowa die Gegenwehr versuchen. Mit Hilfe aller Gesellschaftstänze nach dem System von Leispiet und Gegenbeispiel. Aber was wird die Sanfkunst von Sabotte und Renouet ausrichten? Schöne Schemen helfen nicht. Die Tangokunst wurzelt gesellschaftlich: ein Giftgewächs, das seinen Boden und seine natürlichen Bedingungen gefunden hat.

Notizen.

Ludwig Hoffmanns Wahl zum Opernhaus-Architekten ist nunmehr endgültig. Dem Ministerium der öffentlichen Arbeiten fällt mit dieser Wahl eines künstlerisch Vertrauenswürdigen die Verpflichtung zu, sich in seinem Handeln durchaus der Aufsicht unterzuziehen, daß künstlerische Arbeit frei sein muß, wenn sie gedeihen soll.

Kämpfe in der Sezession. Die Antikündigung, Herr Paul Cassirer wolle demnach auf einer außerordentlichen Generalversammlung die Auflösung der Sezession vorschlagen, hat ihre Vorgeschichte, auf die eine Berliner Zuchrift der „Frankfurter Zeitung“ hindeutet. Sie besagt: Dieser Tage fand eine Generalversammlung statt, auf der die Refäzierung bei der letzten Ausstellung zu lebhaften Debatten und erregten Angriffen auf das Präsidium führten. Eine Beschlusfassung wurde aber noch verhindert und bis zu einer weiteren, demnach stattfindenden Versammlung vertagt. Wohl infolge dieser Auseinandersetzung ist jetzt der Maler Philipp Frank aus der Sezession ausgetreten. Ist die Antikündigung des Auflösungsbeschlusses ein präjudiziales Drohmanöver gegen die sezessionistische Opposition?

Kunstchronik. Die Ausstellung der Jurak-gewiesenen der Sezession, künftighin 216, wird Anfang Juni geschlossen werden. — Die diesjährige jurysfreie Kunstschau findet in den Monaten August und September statt.

Klingers Protest gegen die Aufnahme seines in der Dresdener Galerie hängenden Gemäldes Bist in die Berliner Jubiläumsausstellung soll nach einer Erklärung der Generaldirektion genamter Sammlung gar nicht ergangen sein. Jmmerschön scheint die Generaldirektion zu befürchten, daß der Protest noch kommen könne. Sie beugt deshalb mit dem Bemerkte vor, es sei bisher nicht üblich gewesen, Künstler um ihre Erlaubnis zu fragen, wenn Werke der Galerie an Ausstellungen verliehen wurden.

Ob dieser Brauch auf die Dauer beibehalten werden kann, hängt zusammen mit der Entscheidung über die Frage, in welchem Umfange und in welcher Art ein Anrecht des Künstlers an seinem geistigen Eigentum auch nach dem Verkauf seines Werkes anzuerkennen ist. Dem Künstler muß die Möglichkeit gegeben sein, die Schicksale seiner Schöpfungen zu überwinden. Kunstwerke sind nun einmal keine Dofentknope.

Gegen die Münchener Schwarzkultur. Der vor kurzem gegründete Münchener Schuberband deutscher Schriftsteller nahm zu Standeslosen Zentrumsvorgängen Stellung. Er sagte in einer Versammlung die Resolution, daß es nach den letzten Erfahrungen mit der Würde eines deutschen Schriftstellers nicht vereinbar sei, dem Zensurbeirat der Münchener Zensur anzugehören. In kurzen wird eine große öffentliche Volksversammlung über das Thema: „Kunst und Polizei — Münchener Zensurverhältnisse“ verhandelt.

führen. Vor allem würden die deutschen Arbeiter durch diese Erleichterung der Einbürgerung von ausländischen Arbeitern schwer geschädigt. Die Unternehmer könnten dann Kulis geradezu haufenweise einführen und nach zwei Jahren könnten diese billigen, häufig chinesischen Arbeiter, auch wenn sie Streikbrecher schlimmster Sorte wären, nicht mehr ausgewiesen werden. Und verlaufen Sie doch einmal, diese Kulis oder die Feldensöhne vom Balkan für die Gewerkschaften zu gewinnen! Diesen Leuten ist eine Pulle Schnaps lieber als die Betätigung der Solidarität für ihre Arbeitsgenossen. Der Antrag entspricht also nur der theoretischen internationalen Auffassung der Sozialdemokratie und liegt in der Praxis lediglich im Interesse der Großindustrie. Im Interesse des gesunden egoismus der deutschen Arbeiter bitte ich, den Antrag abzulehnen. (Bravo! im Zentrum.)

Abg. Landsberg (Soz.):

Herr Vetter hat es nicht nötig, sich unsern Kopf zu zerbrechen. Der Zustrom der ausländischen Arbeiter richtet sich nach Gesetzen, die mit dem Erwerb der Staatszugehörigkeit nichts zu tun haben. Und gefährlich sind solche ausländischen Arbeiter gerade nur dann, wenn sie rechtlos sind. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ausgewiesen werden sie gerade, wenn sie ihre Solidarität mit den deutschen Arbeitern bekunden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) — Zu den deutschen (Freiwirtschaftlichen) Einrichtungen rednet Herr Vetter wohl auch das Dreiklassenwahlrecht des kaiserlichen Bundesstaates. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Und wo freiwirtschaftliche Gesetze bestehen, werden sie reaktionär durchgeführt.

Die Personen, denen unsere Eventualanträge das Recht auf Einbürgerung geben, werden in anderen Kulturstaaten niemals zurückgewiesen; es liegt auch nicht der geringste Grund dazu vor. Den einen dieser Anträge haben anfangs in der Kommission auch die Nationalliberalen unterstützt. Dann haben sie ihn näher „studiert“ und eine andere Stellung zu ihm eingenommen. Vielleicht hat sich der Stand der nationalliberalen Wissenschaft wieder soweit gewandelt, daß die Herren jetzt dem Antrage wieder zustimmen können. (Weiterkeit bei den Sozialdemokraten.)

Das Gesetz von 1870 brachte die Bestimmung, daß durch zehnjährigen Aufenthalt im Ausland die Staatsangehörigkeit verloren geht, eine Bestimmung, die sofort als sehr verhängnisvoll erkannt wurde. Trotzdem mußten wir 42 Jahre auf eine Gelegenheit warten, diese Bestimmung zu ändern. Nehmen Sie jetzt unsere Anträge nicht an, so werden wieder Jahrzehnte vergehen, ehe wir mit den anderen Kulturstaaten in gleicher Reihe stehen werden. (Weifal bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Brähne (Soz.):

Im Januar d. J. waren es gerade 20 Jahre, daß alle Parteien die Änderung des Staatsangehörigkeitsgesetzes verlangten. Das jetzt endlich nach 20 Jahren geschehene Gesetz bringt aber leider nicht die erwünschten Veränderungen. Im § 7 heißt es nur, daß ein Ausländer die Staatsangehörigkeit erwerben kann. Ein Ausländer, der einer freien Gewerkschaft angehört, wird sicherlich zurückgewiesen, noch schwieriger wird es ihm gemacht, wenn er der sozialdemokratischen Partei angehört. Der Armenverband soll gehört werden. Es wird also dieselben wie bisher, ein Wohlhabender wird sehr schnell naturalisiert, wenn er es wünscht, ein Arbeiter, der sich und seine Familie jahrzehntlang durchgebracht hat, wird der Antrag fast stets abgelehnt und zwar ohne Angabe von Gründen. Herr Vetter hat auf die ausländischen Arbeiter hingewiesen. Bei Lohnkampfen holt man sie sehr gern zu Tausenden herein, damit sie als Streikbrecher dienen. Einem österreichischen Arbeiter, der 19 Jahre in Deutschland lebte und ein gutes Einkommen hatte, wurden seine wiederholten Anträge auf Einbürgerung abgelehnt; als er krank wurde, wurde seine Familie per Schuß über die österreichische Grenze gebracht. Solche Fälle sollte man bei der Schaffung dieses Gesetzes unmöglich machen. Deshalb sollten Sie unseren Anträgen zustimmen, denn es könnte leicht wieder Jahrzehnte dauern, ehe man zu einer Änderung kommt. (Weifal bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Bernstein (Soz.):

Herr Geheimrat Lewald hat auf die Vereinigten Staaten hingewiesen, die Auswanderer zurückweisen. Dort sind aber ganz bestimmte Vorschriften und Regeln gegeben, an die der Kommisarius gebunden ist, keineswegs darf er Einwanderer nach eigenem Ermessen zurückweisen. Hebrigens sind von einer Million Einwanderer im ganzen nur 25000 zurückgewiesen. Es handelt sich hier aber gar nicht um die Frage der Zulassung von Ausländern, sondern um die Einbürgerung derer, die im Lande leben und ihre Existenz haben. (Sehr richtig! bei den Soz.) Herr Lewald sprach von dem Schutz vor dem Zutrom aus dem Osten. Zu London sind diese selben Elemente durch die besseren Lebensbedingungen kulturell gehoben worden. Das würde auch bei uns zutreffen, zumal sie ja nach unserem Antrage vor der Einbürgerung zwei Jahre im Lande sein müssen und dort also auch gearbeitet haben müssen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) — Die Haltung des Zentrums steht im völligen Widerspruch zu dem, was es als seine Kulturpolitik auffassen möchte. Herr Vetter meint, fremde Arbeiter, die zur Landarbeit herangezogen werden, würden, wenn sie staatsbürgerliche Rechte bekommen, schlimmere Lohnrücker werden als vorher. Genau das Gegenteil ist der Fall, gerade derjenige Arbeiter wird Lohnrücker, der kein Recht hat. (Weifal bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Quast (Soz.):

Gerade die christlichen Arbeitervereine tun alles, um die Hebung der eingewanderten ausländischen Arbeiter zu verhindern, indem sie sie vor jeder Verbindung mit der deutschen Arbeiterbewegung zurückhalten. Als in Elberfeld-Leberhausen ein junger Kaplan in der Aufklärung der ausländischen Arbeiter etwas zu weit ging, wurde er gemaltregelt und verlegt, und das Zentrum sieht solchem Vorgang ruhig zu, seine Presse findet keine Worte dazu. Als seinerzeit die Landarbeiter der Feldarbeiterzentrale unterstellt wurden, mußten auch die industriellen Feldarbeiter in Frankfurt a. M. auf die Verwaltungsstelle der Feldarbeiterzentrale, um sich Karten für 2 M. zu lösen. Auf dem Polizeipräsidium wurde dabei einem Arbeiter gesagt, hier ist Ihre Karte, aber wenn Sie sich an irgendeiner Bewegung gegen die Prinzipale beteiligen, so werden Sie sofort ausgewiesen. (Lebhaftes Hört! bei den Sozialdemokraten.) Kollege Vetter möge sich die Konsequenzen eines solchen Vorgehens überlegen, dann wird er wohl gegen uns Sozialdemokraten keine Vorwürfe mehr erheben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Vetter-Arnberg (Z.): Es sind in der Tat Arbeiter ausgewiesen worden, weil sie sich in der Gewerkschaftsbewegung betätigten. Aber in den letzten Jahren ist diese Praxis anders geworden. (Lebhaftes Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Gewiß gibt es noch Mißstände, alle kann man nur beseitigen, wenn man den Ausländern das Recht auf Einbürgerung gibt, wie dies die Sozialdemokraten wollen. Damit würde man aber neue Mißstände herbeiführen und deshalb müssen wir auf das distinktionäre Ermessen der Behörde angewiesen bleiben. Obwohl die Praxis der Ausweisung eine bessere geworden ist, ist die Solidarität der ausländischen Arbeiter, speziell der vom Balkan, nicht gestiegen. Diese Elemente sind die ersten, die zu einem Streik rufen, und auch die ersten, die zu Streuzugriffen. Diese Leute befinden sich eben in einem Kulturzustand, der sie für das deutsche Gesellschaftsleben noch nicht reif macht. (Sehr richtig! im Zentrum.)

Abg. Wallenbaur (Soz.):

Daß die Arbeiter aus Rußland usw. auf niedrigerer Kulturstufe stehen, ist unbestritten — aber warum soll man nicht den Arbeitern, die sich länger hier aufgehalten haben, die Bürgerrechte geben? Wegen Streikbruchs ist noch nie ein Ausländer ausgewiesen worden, wohl aber viele wegen Abmachung von solcher Unkollegialität! Wie soll also unser Antrag die Gewerkschaften, daß Deutschland mit Ausländern überschwemmt wird — und schon gar mit den Montenegroern des Abgeordneten Vetter, die insgesamt, mit Frauen und Kindern, nur 25000 Köpfe zählen.

Was soll der Hinweis auf Ellis Island? Unter den dort Zurückgewiesenen sind viele Verbrecher, Defraudanten und zweifelhafte Elemente, aber auch Kontraktarbeiter, die zum Streikbruch angeworben wurden, während bei uns die Regierung den Streikbrecherimport organisiert. Die Nichtzulassung von Chinesen ist ein kaiserliches Staatsgesetz — wo aber werden in Amerika solche Ausländer, die jahrelang dort leben, vom Bürgerrecht ausgeschlossen? Davon ist keine Rede, Herr Direktor Lewald! — Die Verbürgerungsregeln gelten wohl auch im großen und ganzen für Ausländer, aber wie ist es mit dem Koalitionsrecht? Davon darf der Ausländer keinen Gebrauch machen. Wir fordern nur, daß solche Ausländer, die völlig eingelebt sind, auch das Staatsbürgerrecht erhalten. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. v. Nitzsch (natl.): Die Einwanderungsgesetze von Nordamerika richten sich keineswegs nur gegen unliebsame Elemente, sondern gegen die Einwanderer aus Südeuropa, die man nicht haben wollte trotz des Arbeitermangels. Wir können die Südslawen noch weniger brauchen.

Abg. Sachse (Soz.):

Herr Vetter hat behauptet, daß beim Abbruch des Bergarbeiterstreiks die ausländischen Arbeiter sich besonders aufgeregt und der Kreisleitung die Faust unter die Nase gehalten hätten. Wenn die Aufregung sich von dem Arbeiter abheben sollte, die Siebenerkommission sei von den Unternehmern bestochen worden.

Abg. Becker (Z.): Als eine Schmeichelei für seine Person wird Herr Sachse das damalige Auftreten der ausländischen Arbeiter gegen ihn jedenfalls kaum aufgefaßt haben.

§ 7 wird unter Ablehnung der sozialdemokratischen Anträge in der Kommission abgelehnt.

Der Eventualantrag Albrecht, für den auch die Freisinnigen und Polen stimmen, wird im Himmelsprung mit 148 gegen 115 Stimmen ebenfalls abgelehnt.

Nach § 7a darf gegen die Einbürgerung in einem Bundesstaat jeder der übrigen Bundesstaaten Bedenken erheben, über deren Berechtigung der Bundesrat entscheidet.

Die Sozialdemokraten beantragen, den Paragraphen zu streichen eventuell zu bestimmen, daß nur die Bundesstaaten, in denen der Betreffende eine Niederlassung gehabt hat, Bedenken erheben können.

Abg. Dr. Landsberg (Soz.):

Bisher konnte jeder Bundesstaat ohne weiteres Ausländer einbürgern. Jetzt soll jeder andere Bundesstaat Bedenken erheben können. Ist denn der bisherige Zustand für das Deutsche Reich gefährlich geworden? Auf diese meine geistige Frage hat Herr Vetter vom Zentrum als freiwilliger Regierungskommissar erwidert, einzelne Bundesstaaten hätten allzu leicht Einbürgerungen vorgenommen. Woher kommt ihm diese Wissenschaft? Tatsache ist auf der anderen Seite, daß besonders in Preußen schwere Mißstände bei der Einbürgerung in die Erscheinung getreten sind, und diese preussischen Mißbräuche werden durch diesen Paragraphen zu deutschen Mißbräuchen werden. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Dafür, daß in Zukunft in Preußen Einbürgerungsanträge nicht mehr aus konfessionellen Gründen abgelehnt werden sollen, haben wir gar keine Gewähr. Was wir von feierlichen Erklärungen der Regierung zu halten haben, hat ja die Handhabung des Reichsbürgergesetzes bewiesen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Hier sind alle Verlegungen des Gesetzes von den Oberpräsidenten, diesen gewissenlosen und zukünftigen Ministern gebilligt worden. Erst beim Oberverwaltungsgericht bekommen die Geschädigten recht, wenn es ihnen nichts mehr nützt. Auf jeden Fall bitte ich unsern Eventualantrag zuzustimmen. Was geht es Preußen an, wenn jemand in Sachsen gelebt hat und in Bayern eingebürgert werden soll. Ein solcher Antrag ist ja in der Kommission zugeht auch vom Zentrum gestellt worden. Ich erwarte, daß die Herren wenigstens auf ihren ursprünglichen Antrag zurückkommen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Numan (Wirtsh. Bg.) wirft der Sozialdemokratie vor, daß sie durch ihre vielen Reden die Geschäfte des Reichstages aufhalte (Lachen bei den Sozialdemokraten) und bestürmte einen Antrag, auf Streichung eines Absatzes der Kommissionsbeschlüsse, der die Erhebung von Bedenken ausschließt, wenn es sich um die Einbürgerung von Ausländern handelt, die in Deutschland geboren und sich bis zum 21. Lebensjahr dauernd aufgehalten haben.

Abg. Dr. Neumann-Hofer (Sp.): Der § 7a bedeutet eine scharfe Einschränkung der Selbständigkeit der Bundesstaaten. Liegt denn dazu ein Grund vor? Ich wünsche nicht, daß dieser § 7a so Gesetz wird und Stimme für meine Person dem sozialdemokratischen Antrage zu.

Ministerialdirektor Lewald spricht gegen den sozialdemokratischen Antrag. Dem Vorredner erwidert er, daß die Rechte der Bundesstaaten gerade im Bundesrat zum Ausdruck kommen.

Abg. Bernstein (Soz.):

Das bisherige Recht der Einzelstaaten, Ausländer aufzunehmen, hat nirgends zu Unzulänglichkeiten geführt. Warum also will man ihnen ein Mißtrauensvotum erteilen, indem man den andern Bundesstaaten ein Einspruchsrecht gibt. Dazu liegt gar keine Veranlassung vor. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Unter Ablehnung der sozialdemokratischen Anträge wird § 7a in der Fassung der Kommission angenommen.

Nach § 8 muß die Witwe oder geschiedene Ehefrau eines Ausländers, die zur Zeit ihrer Eheschließung eine Deutsche war, auf ihren Antrag von dem Bundesstaat, in dessen Gebiet sie sich niedergelassen hat, eingebürgert werden, wenn sie den für den Ausländer vorgeschriebenen Erfordernissen entspricht.

Die Abg. Albrecht (Soz.) und Genossen beantragen, daß diese Einbürgerung auf Antrag der Frau auch ihren minderjährigen mit ihr in häuslicher Gemeinschaft lebenden Kindern gewährt werden muß.

Abg. Dr. Landsberg (Soz.):

Das Recht auf Einbürgerung, das einer ehemals Deutschen im § 8 gewährt wird, wird an ihre Unbescholtenheit gebunden, sie soll erst ein Anständigkeitsattest beibringen. Das will unser Antrag beseitigen. Weiter fordert unser Antrag, daß die Frau auch für ihre minderjährigen Kinder den Antrag auf Einbürgerung stellen dürfen und daß ihm Folge gegeben werden muß.

Geheimrat Caspar und Geheimrat Lewald wenden sich gegen den sozialdemokratischen Antrag. Der sozialdemokratische Antrag wird abgelehnt, § 8 wird angenommen.

§ 8b bestimmt: Ein Ausländer, der mindestens ein Jahr wie ein Deutscher im Heere oder in der Marine aktiv gedient hat, muß auf seinen Antrag von dem Bundesstaate, in dessen Gebiet er sich niedergelassen hat, eingebürgert werden, wenn er den für Ausländer vorgeschriebenen Erfordernissen entspricht.

Die Abg. Albrecht (Soz.) und Genossen beantragen, diese Einschränkung zu streichen.

Abg. Dr. Landsberg (Soz.):

Auch hier handelt es sich um eine Reihe einschränkender Bestimmungen, z. B. wird die Unbescholtenheit erforderlich. Hat der Betreffende im deutschen Heere gedient, so muß er auch als Deutscher gelten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Der Antrag Albrecht wird abgelehnt, § 8b wird angenommen.

Abg. Hansen (Däne) beantragt Einfügung eines neuen § 8c, wonach ein Staatenloser, der im Reichsgebiet als Kind eines dafelbst wohnhaften, mit einer Deutschen verheirateten Ausländers geboren ist, von dem Bundesstaate seiner Geburt eingebürgert werden muß, wenn er dies ein Jahr nach Erreichung Volljährigkeit beantragt. In Nordschleswig gibt es etwa 2000 solcher Staatenloser, die alle im Inland geboren sind und deutsche Schulen besucht haben. Die Verfolgungen der Staatenlosen, die früher vielfach ohne jeden Grund ausgewiesen wurden, haben neuerdings etwas nachgelassen, aber wir haben keine Gewähr, daß sie bei Annahme dieses Gesetzes nicht wieder aufgenommen wird. Eine große Anzahl Staatenloser sind in Däne-

mark naturalisiert worden, aber zehntausend weigern sich, nach Dänemark zu gehen. Gerade vom Standpunkt der Einheitslichkeit der Familie gehören diese Staatenlosen nach Deutschland. Wenn diese Leute auch Staatenlose sind, so haben sie doch eine Heimat, die sie nicht verlassen wollen, und das ist Nordschleswig. Sie haben ein Naturrecht darauf, in ihrer Heimat zu bleiben, und dies Recht sollte man ihnen jetzt auch ausdrücklich gewähren. Damit würde dem Germanisierungsbestrebungen mehr gebiet als durch Gewaltmaßnahmen landesfremder Beamten. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Geheimrat Lewald: Es handelt sich nicht, wie es nach den Ausführungen des Abg. Hansen scheinen könnte, um Mißstände in zahlreichen Fällen, sondern es handelt sich um sehr wenige Fälle, die dadurch nicht zahlreicher werden, daß sie immer wiederholt werden. Es ist auch nicht richtig, daß Staatenlose in Preußen nicht naturalisiert werden, seit 1908 sind 101 Staatenlose in Nordschleswig naturalisiert worden. Der Antrag Hansen bezieht sich übrigens nicht nur auf Nordschleswig, sondern auf das ganze Reich, deshalb sind seine Folgen ganz unüberschaubar.

Geheimrat Klose: Die Staatenlosigkeit in Nordschleswig ist eine Folge der früheren dänischen Gesetzgebung, die den im Ausland geborenen Kindern von Dänen die dänische Staatsangehörigkeit nicht gab. Daher muß die Frage mit Dänemark zusammen auf dem Wege internationaler Abmachungen geregelt werden. Solche Verhandlungen zwischen dem Deutschen Reich und Dänemark schweben bereits. Ueber ihren Stand kann ich natürlich nichts mitteilen; jedenfalls besteht bei uns der Wunsch, diesen Zuständen ein Ende zu machen.

Abg. Bernstein (Soz.):

Der Antrag Hansen verlangt nichts als das einfachste Naturrecht. Die dänische Gesetzgebung war die Folge davon, daß nach dänischem Gesetz das in Dänemark geborene Kind ohne weiteres Däne ist, das Dänemark das jus soli hat. Die Regierung sollte nicht erst diplomatische Verhandlungen bedürfen, um diese 2000 Staatenlosen germanischen Blutes ohne weiteres aufzunehmen. Man sollte den Grundsatze der Menschenrechte der französischen Revolution nicht vergessen: Es ist Unterdrückung, wenn es auch nur einem einzelnen gegenüber geschieht. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Es wäre eine Ehrenpflicht Deutschlands, durch einen Akt der Großherzigkeit diese Sache ein für allemal zu beseitigen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Der Antrag Hansen wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Freisinnigen, Polen, Elsässer und des Dänen abgelehnt.

Hierauf verlagert das Haus die Weiterberatung auf Freitag 2 Uhr. (Vorher kurze Anfragen, naher Interpellation Albrecht (Soz.) betr. Elsas-Votfragen.)

Schluß 7 Uhr.

Parlamentarisches.

Jugendgerichte.

Die 13. Kommission des Reichstags begann am Donnerstag die zweite Lesung des Gesetzesentwurfs über das Verfahren gegen Jugendliche. Zu § 1 des Entwurfs beantragten die Sozialdemokraten die Herabsetzung des Strafmündigkeitsalters auf 16 Jahre; die Konservativen wollten es bei 12 Jahren belassen wissen, während die Rechtzeit sich bei der ersten Lesung für das 14. Lebensjahr entschieden hat. Die Abstimmung ergab die Aufrechterhaltung des Beschlusses erster Lesung. — Zu § 2 beantragte der Abg. Müller-Weinigen (Fortf.) im Gegensatz zu einem von den Abg. v. Callier, Fehrenbach, Dr. Wieje und v. Nitzsch gestellten Antrage, die Regierungsvorlage wieder herzustellen und die Frauen als Schöffen zuzulassen. — Die Sozialdemokraten verlangten Jugendstrafkammern in der Besetzung mit einem Richter und vier Schöffen, Zulassung der Lehrer und Frauen zum Schöffennam und Mitwirkung mindestens einer Frau an jeder Schöffensitzung. Bei der Abstimmung entstand ein großes Durcheinander, so daß die Abstimmung vorläufig ausgesetzt werden mußte. Die weiteren Verhandlungen führten zu keinem Ergebnis.

II. Bundestag der Arbeiterturner.

Mannheim, den 28. Mai.

Das dritte Referat über das Thema „Sport und Spiel“ hielt Redakteur Bildung-Leipzig, der besonders das Gebiet Arbeiterport und Presse behandelte. Seine Ausführungen bilden eine Ergänzung der vorhergehenden Referate. Auch er begründete die Notwendigkeit, mehr Sport und Spiel zu treiben, und verlangte den Zusammenschluß aller Arbeiterorganisationen, deren Programm Pflicht der Leibesübungen ist. Der Arbeiterport müsse mehr öffentlich propagiert, es müsse gefördert werden, daß die Arbeiterpresse dieser Bewegung gerecht wird. Der Redner begründete im weiteren einen Antrag der Bundesverwaltung, vom 1. Juli 1913 ab eine besondere Zeitung „Jugend und Sport“ mit wöchentlichem Erscheinen herauszugeben. Bei Annahme dieses Antrags solle eine Hilfskraft für den Redakteur angestellt werden. Ueber die drei Referate wird zusammen diskutiert. Zunächst nahmen die Vertreter der befreundeten Organisationen und der Zentralkommission das Wort.

Kassa-Berlin, der Vertreter der Zentralstelle für Sport und Körperpflege, erklärte, die erste Aufgabe der Kommission sei gewesen, die Arbeiterpresse mehr für die Bewegung zu gewinnen. Dieser Versuch sei zum Teil gelungen. Zur Zentralisierung der einzelnen Verbände hätte die Zentralkommission Stellung genommen. Vertreter einzelner Verbände hätten aber die Bejahung ausgesprochen, daß durch den Anschluß an den Turnerbund ihre Bewegung beinträchtigt würde. In den paar Monaten des Bestehens der Zentralkommission hätte natürlich noch nicht allzuviel geleistet werden können. Man dürfe aber versichert sein, daß die Kommission alles tue, was in ihren Kräften stehe. Der Jugendbewegung schenke die Kommission besondere Aufmerksamkeit. Sie wolle vor allem bei den Arbeitern Aufklärung schaffen, daß diese sich bewußt werden, einem bürgerlichen Sportverein nicht angehören zu dürfen. Redner präzisierter gleichzeitig den Standpunkt der Schwimmer. Wenn der Turnerbund Schwimmriegen einführe, so läme der Anschluß ganz von selbst.

Strumpf-Wagdeburg erklärte für die Arbeiterathleten, daß sie eine Verschmelzung mit dem Arbeiterturnerbund mit Freuden begrüßen würden. Die Entwidlung zwinge sie, von der Schwermathletik abzugehen und die Leichtathletik mehr zu pflegen. Redner wünscht, die Turngenossen möchten die Athleten mehr unterstützen.

Die Debatte wurde hier abgebrochen und zunächst das Referat des Reichstagsabgeordneten Heine-Berlin über „Die Rechtslage im Bund und das Reichsbürgergesetz“ entgegengenommen. In großzügiger Weise gab Heine ein Bild, wie die Arbeiterturner vom Minister bis zum Nachwächter herab unterdrückt werden. Das zeige auf der einen Seite eine kindische Angst, auf der andern eine offenerartige Bosheit. Wie man gegen die Turner in den Jahren 1820—1840 allgemein eine Hege geführt habe, so werde jetzt diese gegen die Arbeiterturner verübt. Was ist der Grund dieses unwürdigen Treibens? Die Arbeiterturner haben aus eigener Kraft etwas geleistet, und das ist ihnen ein Dorn im Auge, die überhaupt eine selbständige Kulturarbeit des Volkes nicht wollen. Die Selbständigkeit der Arbeiter soll unterdrückt werden. Aus dieser Seelenverfassung heraus, die bei uns vorhanden ist, ist der ganze Kampf zu erklären. Die Gegner behaupten, die Arbeiterturner betrieben das Turnen nur zum Schein, die politische Betätigung sei die Hauptsache. Dabei ist gerade bei diesen Vereinen, die den Turnerbund als politischen Verein denanzieren, die Leibesübung nur ein Feld zur politischen Betätigung. Die deutsche Turnerschaft und der Jungdeutschlandbund treiben Politik im reinsten Sinne des Wortes. Aber noch nie hat jemand versucht, ihnen Schwierigkeiten zu machen, die werden allein den Arbeiterturnern bei ihrer unpolitischen Tätigkeit gemacht. In

Stadtverordneten-Versammlung.

19. Sitzung vom Donnerstag, den 29. Mai, nachmittags 5 Uhr.
Vorsitzer-Stellvertreter Cassel eröffnet die Sitzung nach 5 1/2 Uhr mit einem anerkennenden Nachruf für den am 28. Mai verstorbenen, am 1. April d. J. wegen Krankheit aus dem städtischen Dienst geschiedenen Stadtrat Dr. Ledermann.

An die Versammlung ist ein Schreiben der Charité-Direktion gelangt, worin ein Teil der Gründe, die der Magistrat für seinen Antrag, den mit der Charité wegen des Irrendepots 1879 abgeschlossenen Vertrag zu kündigen, geltend gemacht hat, einen Widerlegungsbefehl erfährt. Das Schreiben wird zur Kenntnisnahme ausgelegt.

Der spezielle Entwurf zum Neubau einer Turnhalle mit Schulfläche und Speiseneinrichtung auf dem Grundstück Duxhofsstraße 11a wird entsprechend dem einstimmigen Votum des betreffenden Ausschusses genehmigt und der anschlagsmäßige Betrag von 21000 M. zur Verfügung gestellt.

Ueber den Magistratsantrag, die Mehrkosten für die Mittagsspeisung bedürftiger Gemeindefachkinder im ersten Halbjahr 1913 mit 57000 M. aus dem Dispositionsfonds für unvorhergesehene Ausgaben zu decken, ist in einer Sonderausschüsse beraten worden. Nach lebhafter Debatte hat der Ausschuss dem Magistratsantrag zugestimmt, aber gleichzeitig beschlossen, dem Magistrat um die Einsetzung einer Deputation von zwei Stadträten und vier Stadtverordneten zu ersuchen, die sich mit der unentgeltlichen, Speisung bedürftiger Schulkinder zu beschäftigen hat. Ein weitergehender Antrag auf Errichtung eines Jugendfürsorgeamtes ist mit 9 gegen 5 Stimmen abgelehnt worden. Die Geschäftsführung des Abrahamschen Vereins für Kinderwohlthätigkeit ist in der Ausschussbehandlung von verschiedenen Seiten hinsichtlich der Schulspeisung beanstandet worden. — Referent ist Stadtrat Reimann (N. L.)

Stadtrat Dr. Rosenfeld (Soz.): Der Ausschuss hat sich erfreulicherweise nicht nur mit der Deckung der Mehrkosten beschäftigt, sondern auch mit der Schulspeisung überhaupt. In der Art, wie diese heute bei uns eingerichtet ist, hatten wir schon im Memento-Kritik geäußert, die Ausschussberatung hat unsere Kritik als nur zu berechtigt erscheinen lassen. Es ist dargelegt worden, daß die städtische Inspektorin der Speisen wiederholt die Speisen als zu dünn und zu wenig schmackhaft befunden hat; auch wurde mitgeteilt, daß häufig, wenn die vorgegebenen Portionen nicht ausreichen, das Essen „verlängert“ worden ist. Auch die Klage über die zu geringe Zahl der Schulküchen ist als berechtigt anerkannt worden; in ganz Roßitz z. B. gibt es nur eine einzige solche Küche. Andererseits ist erwiesen worden, daß eine noch härtere „Siebung“ der der Speisung bedürftigen Kinder gar nicht stattfinden kann, da sie schon heute mit der größten Schärfe durchgeführt wird. Uns scheint erwiesen, daß nicht zu viel, sondern immer noch zu wenig Kinder gespeist werden. Die Schulküchen sind zum Teil auch in ganz unzulänglichen Räumen untergebracht. Die Küchen gehören in die Schulen hinein; diese Ansicht schien auch im Ausschuss vorzuherrschen. Mit Recht stellte der Ausschuss ferner fest, daß der Stellenbericht des Vereins ganz unzureichend ist; der Verein bezieht nicht nur Schulküchen, sondern auch Kinderheime, die Nachsorgeführung darüber erfolgt aber nicht getrennt. Ein Antrag, die Kostenverhältnisse des Vereins zu prüfen, ist nur abgelehnt worden, weil man meinte, diese Prüfung würde besser durch die Deputation vorgenommen, die ja durch uns eingesetzt werden müsse. Welche Zustände müssen in dem Verein herrschen, wenn der Stadtschulrat Michaelis erklären konnte, er besähe die Verordnungen nicht mehr, weil dort zwar gewisse Personen beweihräuchert würden, aber für die Schulspeisung keine sachgemäße Verwaltung stattfindet! Solche Zustände drängen mit Recht auf die Verstadtdichtung der Schulspeisung. Wer das Interesse der hungernden Schulkinder im Auge hat, muß dafür eintreten. Namentlich soll eine besondere Deputation eingesetzt werden. Wir hätten lieber gesehen, wenn ganze Arbeit getan, wenn eine Jugendfürsorge-Deputation geschaffen worden wäre. Unter der heutigen Verantwortlichkeit dieser Fürsorge leidet die Tätigkeit auf diesem wichtigen Gebiete außerordentlich. Die Einsetzung der Deputation gilt uns nur als erster Schritt auf dem Wege zum städtischen Jugendfürsorgeamt. Der Magistrat scheint die Bedeutung einer solchen Institution doch zu verkennen, denn ein entsprechender Beschluß einer gemischten Deputation liegt schon seit Monaten vor, ohne daß sich der Magistrat bisher damit beschäftigt hätte. Es ist wahrlich an der Zeit, auf diesem Wege vorwärts zu kommen. Paris gibt für die Schulspeisung 1 Million Francs, Wien 400 000 Kronen aus; da bleiben wir selbst mit 190 000 Mark noch sehr weit zurück. Kein Kind darf durch schlechte Ernährung in der Teilnahme am Unterricht beeinträchtigt werden. Wir werden nicht nachlassen, immer von neuem auf das in Berlin noch vorhandene Minderelend hinzuweisen. Wenn Sie nur einen kleinen Teil der Sorgfalt, die heute die Kinder der Bourgeoisie erfahren, den Proletariatskindern zuwenden, dann wird bald das letzte hungernde Gemeindefachkind aus Berlin verschwunden sein. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Stadtschulrat Dr. Fischer: Das ungünstige Urteil des Vorredners kann ich durchaus nicht unterschreiben. Man darf vereinzelte Vorkommnisse nicht verallgemeinern. Die Berichte unserer Inspektorin bestätigen, daß die Speisen im Durchschnitt gut waren; allerdings hat sich da und dort gezeigt — (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten und Anse:) ja, das sind aber eben Ausnahmen. Der Verein ist auch wegen der Küchenräume insofern schuldig daran, als er keine langfristigen Mietverträge abschließen kann. Daß zu wenig Kinder gespeist werden, muß ich durchaus bestritten; im Gegenteil werden diejenigen recht haben, welche behaupten, daß immer noch eine ganze Anzahl Kinder da ist, die an Speisung beteiligt zu werden, nicht nötig hätten. Der Verein hat als Wohlthätigkeitsverein das gute Recht, mit seinem Gelde zu machen, was er will. Mit den 12 St. kann er auf keinen Fall die Selbstkosten decken. Der Magistrat ist der Frage des Jugendfürsorgeamtes noch nicht näher getreten, weil das eine sehr schwierige Frage ist, an der zahlreiche Verwaltungen unserer großen Kommune beteiligt sind.

Stadtrat Möller (N. L.): Wir sind überzeugt, daß hinsichtlich der Schulspeisung noch manches geschehen kann, aber die Ansicht des Kollegen Rosenfeld müssen wir doch durchaus zurückweisen. Es gibt in Berlin kein wirklich hungerndes Schulkind (Widerspruch), sämtliche hungernden Schulkinder können satt gemacht werden und werden auch satt gemacht. Der Antrag auf Einsetzung einer Deputation ist von unserer Seite, nicht von den Sozialdemokraten gestellt worden. Hier und da ist es ja einmal vorgekommen, daß das Essen nicht ganz gut war; das kommt aber auch in unseren Familien vor, und auch unsereu Schülern passiert es manchmal, daß sie etwas verderben. (Heiterkeit.)

Stadtrat Dr. Rosenfeld: Das Recht auf die Vaterpflicht dieses Antrages lassen wir uns in diesem Falle denn doch nicht abspornen. Sehr ermutigt bin ich über den Ausspruch, es gebe in Berlin kein hungerndes Schulkind. „Du sprichst ein großes Wort gelassen aus.“ Es gibt davon Dutzende und Tausende. Daraus machen wir ja gerade dem Magistrat den Vorwurf, daß er bisher nicht genügend Vorkehrungen getroffen hat, zu erfahren, wo Schulkinder hungern. Damit ist dem hungernden Kinde nicht geboten, daß der Magistrat ihm gehn helfen würde, wenn er nur möchte, daß es hungert. Die Ehrenämter des Vereins teilen meine Auffassung. Der Stadtschulrat Fischer heute und der im Ausschuss sind gar nicht miteinander zu vergleichen; „Mensch, wie hast Du Dich verhalten!“ (Große Heiterkeit.) Ich habe schon die Bemerkung des Stadtschulrats Michaelis erwähnt. Die Inspektorin hat festgestellt: Zweimal

waren die Würstchen nicht gut (Heiterkeit). — Ich finde dabei nichts zu lachen; die Herren Väter haben aber wohl dafür kein Verständnis. (Wortführer Cassel rügt diesen Ausdruck.) Das Essen sei oft verdorben worden, wenn mehr Kinder kamen, als erwartet wurde; an Verbesserungen wolle Herr Abraham nicht so leicht heranziehen.

Stadtschulrat Dr. Fischer: Daß es Dutzende, ja Tausende hungernder Gemeindefachkinder gäbe, dem muß ich ganz entschieden widersprechen. Bei Kindern, deren Eltern keine Armenunterstützung beziehen, wird allerdings auch die Armenkommission gehört. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Fälle der Ablehnung sind außerordentlich selten. Es geschieht alles, um kein bedürftiges Kind von der Schulspeisung auszuschließen. Gegenüber dem Vergleiche meines Verhaltens hier und im Ausschuss verwelte ich auf das Protokoll. Ich habe nicht verschwiegen, was zu tabeln war, aber mein Gerechtigkeitsgefühl veranlaßt mich, auch das Gute hervorzuheben, was ich an dem Verein anerkennen kann. Es liegt eine gewisse Gefahr darin, wenn dieser Verein hier öffentlich so angegriffen wird; es könnte sehr leicht kommen, daß sich infolge davon eine große Anzahl Mitglieder löst und wir dann aus dem städtischen Säckel zahlen müssen, was diese bisher ausgebracht haben.

Stadtrat Rosenow (N. L.): Der Streit um die Priorität des Antrages ist müßig. Die Sozialdemokraten haben den Antrag auf Errichtung eines Jugendfürsorgeamtes eingebracht; daraus ist dann der Antrag auf Einsetzung einer gemischten Deputation hervorgegangen. Die Speisung armer Schulkinder betrachten wir als eine gemeinsame Sache, es ist das nicht bloß eine Sache der Sozialdemokraten.

Stadtrat Prof. Dr. Lazarus (Fr. Fr.): Wenn hier in Berlin noch hungernde Schulkinder herumlaufen, ist das nicht unsere Schuld. Es ist aber das Gegenteil nachgewiesen worden; es sind Buns ausgegeben worden, die nicht verwendet wurden, sondern die die Kinder in den Schulen hatten herumliegen lassen.

Die Ausschussanträge gelangen zur Annahme. Um 6 1/2 Uhr werden die Verhandlungen zur Vornahme der Wahl zweier beiderseitiger Stadträte unterbrochen. Ausgeschieden ist am 1. April Stadtrat Dr. Ledermann, zum 1. April scheidet aus Stadtrat Düring. Seitens des Ausschusses, der die Neuwahl vorbereiten gehbt hat, sind vorgeschlagen: Magistratsrat Dr. Simonsohn-Berlin und Stadtrat Löhnig-Poten.

Für Ledermann wird Magistratsrat Dr. Georg Simonsohn mit 81 von 86 gültigen Stimmen gewählt; 5 Stimmen gesplittelt, 18 Zettel sind unbeschrieben. Für Düring wählt die Versammlung den Stadtrat Löhnig-Poten mit 93 von 95 gültigen Stimmen; 2 Stimmen entfallen auf einen anderen Kandidaten, 8 Zettel sind weiß.

In die gemischte Deputation zur Beratung über Mittel und Wege, den städtischen Grundbesitz in Treptow der Bebauung zu erschließen, ohne daß der Stadtgemeinde der Wertzuwachs entgeht, wird an Stelle des verstorbenen Stadtr. Brade (N. L.) Stadtrat Imberg (N. L.) durch Zuzug gewählt.

Die Unfallfürsorge für städtische Ehrenbeamte, die zu den städtischen Rechtspflichten bisher nicht gehört, beabsichtigt der Magistrat gleichwohl aus Willkürgründen wie folgt zu regeln: Wenn ein solcher (auch ein Stadtverordneter) bei Ausübung seines Amtes einen Unfall erleidet, soll der Magistrat ermächtigt sein, ihm auf Antrag nach billigen Ermessen einen entsprechenden Schaden bis zur Höhe von 2000 M. zu ersetzen; bei weitergehenden Erschleßungen soll ein Gemeindefachbeschuß erforderlich sein.

Stadtrat Galland (N. L.) bemängelt einige unklare Ausdrücke in dem Wortlaut des Vorschlages und beantragt eine anderweitige Fassung.

Oberbürgermeister Wermuth hält die Bemängelungen für mehr stilistischer Natur. Es bestehe nicht sowohl ein Rechtsanspruch als eine moralische Verpflichtung der Stadt ihren Ehrenbeamten gegenüber; etwas anderes habe auch der Magistrat nicht sagen wollen.

Stadtrat Goldschmidt (N. L.) stellt sich auf den Standpunkt des Oberbürgermeisters. Bedenklich erscheine seiner Kraktion, daß dem Magistrat in der Regel die Erledigung im Verfügungsvorverfahren überlassen werden solle; man tue besser, die Grenze von 2000 M. zu befestigen, damit in jedem dieser doch sehr seltenen Fälle die Versammlung mitreden könne.

Oberbürgermeister Wermuth: Dann müßten Sie die Vorlage ablehnen. Es empfiehlt sich aber doch, den Ehrenbeamten diese Zusage zu geben, ohne daß in jedem Falle der ganze schwerfällige Apparat in Tätigkeit zu treten braucht (Zustimmung).

Die Vorlage wird in der von Galland beantragten Fassung angenommen.

Bei der Ausführung der Aufstufungsarbeiten an den Tiefbrunnen des Wasserwerkes Tegeler See sind die zur Verfügung stehenden Mittel von 175 000 M. um 27 640 M. überschritten worden. Die Versammlung willigt darin, diesen Betrag auf den nicht zur Verausgabung gelangten Etatposten von 36 000 M. für Änderungen an den Reinwasserbehältern des Werkes Tegeler See anzuweisen.

Den Wünschen der Versammlung betr. Gewährung des Ruhegeldes von 700 M. auch an die Lehrerinnen der nicht anerkannten hiesigen Privatmädchenschulen, betr. die Vorkehrungen dieser Schulen und betr. Vergünstigung eines Ruhegeldes von 700 M. auch an die technischen Lehrerinnen ist der Magistrat beigetreten, doch soll bei den letzteren Kategorien die Mindeststundenzahl auf 14 (nicht 12) Wochenstunden festgesetzt werden. Bezüglich der männlichen Lehrkräfte der Privatlyzeen und höheren Privatmädchenschulen soll dagegen die etwaige Gewährung eines Ruhegeldes Gegenstand genauer Prüfung im Einzelfalle sein.

Die Vorlage wird nach einigen das Entgegenkommen des Magistrats anerkennenden Worten des Stadtr. Dr. Knauer (N. L.) zur Kenntnis genommen.

Die Erweiterung des Obdachs und die Erbauung eines zweiten Stieghauses gedachte der Magistrat durch Kaffierung des Danziger Platzes bewerkstelligen zu können. Auf Betreiben des hausagratischen Ausschusses zur Lösung der „Hofstraße“ ist diese Kaffierung vom Minister der öffentlichen Arbeiten nicht genehmigt worden; die geplante Änderung des Bedarfsplanes muß demnach unterbleiben.

Die Versammlung nimmt ohne Diskussion von der bez. Mitteilung des Magistrats Kenntnis.

Unter Mitteilung des Wortlauts des Erkenntnisses des Oberverwaltungsgerichts in Sachen Stadtverordnete gegen Oberbürgermeister in Rülheim (Ruh.) beantragt der Magistrat die Aufhebung des Gemeindefachbeschlusses von 1907 betr. die Gewährung von Freikarten an die Stadtverordneten.

Ohne Debatte tritt die Versammlung dem Magistratsantrage bei.

Die neuen Vorschläge des Magistrats betr. die Verbreiterung der Neuen Promenade, der Straße An der Spandauer Brücke und der Straße An der Zwingtore haben in der Ausschussberatung nur sehr teilweise Billigung gefunden. Der Erwerb einer dem Eisenbahnstrecke gebührenden Fläche von 632 Quadratmeter zum Preise von 5 M. pro Quadratmeter wird einstimmig empfohlen, dagegen hält der Ausschuss die Verbreiterung der Straße An der Spandauer Brücke auf 20 (Vorlage 10) Meter für erforderlich, während er für die Neue Promenade 22 (Vorlage 23) Meter als genügend erachtet. Auch den dreieckigen Parzelle wird der Ausschuss durch Zurückziehung der Südwandfront am Zwingtore besser ausbaubar gehalten. Der Magistrat soll um eine entsprechende anderweitige Vorlage ersucht werden.

Die Versammlung beschließt ohne Diskussion nach den Ausschussanträgen.

Zur Beratung gelangt sodann die in ihren Einzelheiten schon ausführlich besprochene Vorlage wegen Kündigung des mit der Charité 1879 geschlossenen Vertrages betr. Errichtung eines Irrendepots.

Stadtrat Dr. Jabel (Soz.): Auch wir wünschen eine endgültige Lösung der Frage. Die Charité behauptet zwar in ihrer uns heute zugestellten Eingabe, daß der Magistrat schon in den letzten sechs Jahren sich an dem betreffenden Vertragspaßus nicht mehr gebunden habe; um so leichter aber wird sie dann die Aufhebung dieses Vertragsrechtes verwenden. Die Charité entbehrt der Einrichtungen, welche in unserer modernen Zeit zur Heilung von Irren gehören; darum begrüßen wir den Magistratsantrag ganz besonders. Die Verhältnisse haben sich eben verschoben. In dem Menschenalter seit Bestehen des Vertrages haben wir unsere Pflicht erfüllen gelernt, wenn auch nur in bescheidenem Umfang. 1879 hatten wir keine städtische Irrenanstalt und mußten der Charité dafür dankbar sein, daß sie unsere Kranken aufnahm; aber seit 1880 haben wir eine ausgezeichnete Heilanstalt in Dalldorf bekommen, dann weitere Anstalten, und verfügen jetzt über vier, in einigen Jahren über deren fünf, und können das Bedürfnis, das uns pflichtmäßig zukommt, selbst decken. Schon in den letzten Monaten konnten wir den Anfang machen, aus den Privatankommen Kranke in unsere Anstalten zu verlegen. Begreiflich ist es ja, daß die Charité jetzt in Bezug auf die Auslegung der Vertragsbestimmung Schwierigkeiten macht. Die Charité mühte in dem Maße, in dem wir ihr weniger Kranke zuwiefen, die Defekte von anderenorts auszugleichen suchen, und das tat sie, indem sie an auswärtige Verbände ging; aber nach einer Reihe von Wochen hatte sie das Bedürfnis, diese Kranken wieder loszuwerden, und da sie anderwärts keine Abnehmer fand, wies sie sie unrechtmäßig uns zu. Das ging, solange es ging; allmählich hat sich der Anstalten und des Magistrats eine berechtigter Erregung darüber bemächtigt; die Stadt hat protestiert, und die Frage, ob die Polizei berechtigt ist, uns solche Kranke zwangsweise aufzunehmen, wie sie es bisher versucht hat, wird jetzt im Rechtswege ausgetragen. Wir stehen in allen diesen Fragen auf der Seite des Magistrats und stellen uns auch jetzt auf seine Seite. Bedenken bestehen insoweit, als wir den Kranken aus den Vororten auch eine gute Anstalt gönnen, als wir auch den Charakter der Charité als Heilanstalt nicht unterschätzen können. Jedenfalls aber ist es ein Kampf ums Recht, den wir hier führen, gegen die Willkür der Charitedirektion. Die Sprache des Magistrats gegen diese Willkür hat meine völlige Billigung. Bedenken müssen wir uns aber wieder, daß die Sachdeputation über die Frage nicht gehört worden ist. Ich verziehe nicht, warum der Magistrat in solchen Fragen die Sachdeputation umgeht. Es liegt darin eine Verletzung unserer Sachverständigen.

Stadtrat Kalisch: Der Vorredner hat die Sache erschöpfend behandelt. Ein Dissens besteht zwischen ihm und uns bloß in seinem Verlangen, daß wir auch die Leute aus den Vororten oder aus der Mark aufnehmen sollten. Das ist durchaus nicht unangenehm. So ungeheuer wichtig ist die ganze Vertragsfrage nicht, wie die Zeitungen sie aufgebauscht haben. Der Vertrag ist selbsterfüllt und ein Teil ausdrücklich zugunsten der Charité aufrecht erhalten worden. Dieses Stück Vertrag ist aber von der Charité nicht in der richtigen Weise ausgeführt worden. Für die Kranken, die nach Berlin kommen, um in der Charité Aufnahme zu finden, sind unsere städtischen Krankenhäuser nicht da. Dem Kollektenden wird nicht zurückgewiesen, wohl aber solche, die uns auf dem Umwege über die Charité brandtschauen. Wir müssen klare Verhältnisse haben, und dazu gehört die Kündigung des Vertrages.

Stadtrat Dr. Jabel: Jetzt, wo wir die Charité nicht mehr brauchen, haben wir auch die Pflicht, für plötzliche Erkrankungsfälle dieser Art besser als bisher zu sorgen, und zwar in allen unseren Krankenhäusern; dazu gehören Isolierräume und ein geeignetes Wartepersonal.

Oberbürgermeister Wermuth: Wir werden diesem Wunsch nachgeben. Daß die Irren-Deputation nicht gehört ist, beruht darauf, daß die Angelegenheit durchaus eine Armensache ist. Auch die Charité braucht Klarheit der Verhältnisse. Jetzt kann eine geordnete Prüfung, ob wir die Aufnahmepflichtigen sind, gar nicht stattfinden. Damit muß aufgeräumt werden.

Die Versammlung beschließt im Sinne des Magistratsantrages. Die Unterführung des Tunnels der Nord-Südbahn unter der Weidendammer Brücke war befristet geplant und auch von den Aufsichtsbehörden gebilligt worden, daß die Brücke selbst bestehen bleiben konnte. Der Bruch des Untergrundbahntunnels an der Spreerückung hat die Auffassung bei diesen Behörden geändert, und es soll nunmehr auf ihr Verlangen während des Baues der Brücke durch je eine Holzbrücke im Zuge der Albrechtstraße und unmittelbar neben der alten Brücke vermittelt werden; letztere wird völlig abgebrochen und später wieder aufgebaut. Die auf etwa 1 Million Mark berechneten Kosten werden nach Ansicht der städtischen Tiefbauverwaltung zum größten Teil durch die vereinfachte Bauausführung des Tunnels unter der Spree wieder eingebracht werden.

Die Versammlung erklärt sich mit der Vorlage einverstanden. Schluß 9 1/2 Uhr.

Aus der Partei.

Aus den Organisationen.

Der achte sächsische Reichstagswahlkreis (Pirna-Schandau-Sebnitz) umfaßt 15 Städte und 203 Dörfer. In 146 Ortsteilen hat der sozialdemokratische Kreisverein Mitglieder, während in 72 Orten, in denen bei der Reichstagswahl ebenfalls Stimmen für die Partei abgegeben wurden, noch keine Mitglieder vorhanden sind. Die Fluktuation ist im Vereine ungemein stark, weil sich das Dresdener Industriegebiet weit in den Kreis erstreckt. Trotzdem hat sich die Zahl der Mitglieder von 5398 auf 5883, also um 485 erhöht, darunter die der weiblichen Mitglieder von 485 auf 537. Die Einnahmen und Ausgaben bilanzieren bei einem Kassensolde von 807 M. mit 20 518 M. Den Hauptwert in der Agitation legte der Verein auf die wissenschaftliche Durchbildung größerer Kreise der Arbeiterschaft mit den Theorien des Sozialismus. Dies wurde zu erreichen gesucht durch zwei sechs Vorträge umfassende Wandertourne des Abgeordneten des Kreises, Genossen Kühle, an denen 191 Genossen teilnahmen. In 58 Volksversammlungen wurde zu allen bedeutenderen politischen Tagesfragen Stellung genommen, außerdem wurden in den 16 Gruppen des Vereins 199 Versammlungen abgehalten. Flugblätter wurden 136 500, Broschüren 3300 und Agitationskalender 20 000 verbreitet. In 79 Gemeinde- und 5 Stadtparlamenten sitzen 171 Vertreter der Partei. 152 Mitglieder wurden zur Erwerbung der Staatsangehörigkeit veranlaßt. Trotz der vielen zu überwindenden Schwierigkeiten hat die Jugendbewegung, für die in den einzelnen Bezirken besondere Ausschüsse eingerichtet wurden, gute Fortschritte gemacht. Ueberall ist eine Zunahme der Leser der „Arbeiter-Jugend“, deren Zahl zirka 500 beträgt, zu verzeichnen. Auf dem Gebiete des Kinderbeschutes hat der Verein wesentliches geleistet. Für alle Bezirke wurden besondere Kommissionen gebildet, die befreit waren, der Jugend den gesetzlich gewährleisteten Schutz zu sichern.

Der Wahlkreis Rottendorf — Hohenberg — Hohenberg hielt in Weiskauer seine Generalversammlung ab. Aus dem für neun Monate gegebenen Geschäftsbericht geht hervor, daß unsere Bewegung in diesem in der Hauptsache ländlichen Kreise langsam, aber feste Fortschritte gemacht hat. Der Hauptort des Kreises ist das Dorf Weiskauer, der Hauptort der deutschen Glasindustrie. Durch das Zusammenlegen sämtlicher Glashütten unter der Firma „Vereinigte Lausitzer Glaswerke“ wird auf die Arbeiter gerade

fort ein ungeheurer Druck ausgeübt, um sie in die gelbe Zwangs-
bewegung hineinzubringen und von der Partei fernzuhalten.
Trotzdem stieg die Mitgliederzahl im ganzen Kreise in dem Zeit-
raum von neun Monaten von 2543 auf 2582. Gewerkschaftlich organi-
siert sind im Kreise 3642. Es sind 13 Ortsgruppen vorhanden.
Die Einnahme betrug 2060 M. Die Zahl der Gemeindevorsteher
ist auf 46 gestiegen. Im vorigen Jahre ist zum ersten Male der
Rechnungsmothenbeitrag eingeführt worden, womit gute Er-
gebnisse gemacht worden sind. Zum ersten Male wurde in den
Kreisvorstand eine Gewerksin gewählt. Die Parteitagdelegatur
wurde dem Bezirkssekretär Eberle-Görlich übertragen.

Dem Bericht des Zentralvorstandes des sozialdemokra-
tischen Wahlvereins für den 17. hannoverschen
Wahlkreis entnehmen wir, daß eine lebhafteste Agitation ent-
faltet worden ist. Am 7. Juli 1912 fand der erste von der Polizei
genehmigte Festzug zum Parteitag statt. Der Zug wies 5000 Teil-
nehmer auf. — Bei der Landtagung wurden 2000 Landboten,
8000 Volkstafeln und 6000 Volksblätter verbreitet. Gemeindevor-
steher in Ländchen haben wir 13, in Harburg und Wilhelmsh-
burg, dank der herrlichen hannoverschen Städte- und Landgemein-
deordnung keinen! Ortsvereine im Wahlkreise gibt es 10, neu-
gegründet wurden 3. Die Mitgliederzahl nähert sich dem achten
Tausend. Die Massenverhältnisse sind sehr gut. Das Harburger
„Volksblatt“ steht, trotz der hohen Ausgaben für Neubau, Neuein-
richtung, Vermehrung des Personals auf gesunder finanzieller
Grundlage. Die Abonentenzahl ist 12000. In Straßen und Ge-
richtshöfen wurden im verfloffenen Jahre 1143 M. bezahlt. Die
am Sonntag in Harburg stattgefundene Kreisgeneralversammlung
gab ihrer Zufriedenheit über die Geschäftsführung Ausdruck. Be-
schlossen wurde, den Parteitag mit drei Delegierten zu beschicken.
Angenommen wurde folgender Antrag:

„Die heutige Generalversammlung beschließt, den Partei-
vorstand zu ersuchen, auf die Tagesordnung des diesjährigen
Parteitages die Agrarfrage zu setzen. Es soll eine Studienkom-
mission eingesetzt werden, die sich mit dieser Frage zu beschäftigen
hat. Die Ergebnisse sind dem nächsten Parteitage zu unter-
breiten.“

Der Sozialdemokratische Verein für Schwarz-
burg-Rudolstadt hielt am 25. Mai seine diesjährige General-
versammlung ab. Das Ländchen hatte bei der letzten Volkszählung
100 889 Einwohner in 7 Städten, 153 Dörfern und 14 Gutsbezirken.
Die Zahl der eingetragenen Reichstagswähler betrug bei der letzten
Wahl 2026. Abgegeben wurden 19511 Stimmen, wovon Genosse
Hofmann-Saalfeld 10164 und der bürgerliche Kandidat 9264 er-
hielt. Der Verein zählte am 31. März 46 Ortsgruppen mit 2226
männlichen und 520 weiblichen Mitgliedern, die in 60 Orten wohnen,
ein Mehr gegen das letzte Jahr von 415. In 6 Städten gibt es
14 sozialdemokratische Stadtverbände und in 24 Gemeinden 50 Ge-
meinderatsmitglieder. Der Bericht über die Tätigkeit des Land-
tages beschrieb die Generalversammlung nicht völlig, immerhin
wurde von allen Seiten anerkannt, daß unter den gegebenen Ver-
hältnissen nicht mehr für die werktätige Bevölkerung herausgeholt
werden konnte. Die Presse hat sich in letzter Zeit recht günstig ent-
wickelt, so daß an eine Erweiterung des Umfangs herangetreten
werden konnte. Der Abonentenstand beträgt im Fürstentum
3410 in 60 Bücheln.

Im Reichstagswahlkreis Schwarzburg-Sonders-
hausen hat sich die Mitgliederzahl unserer Parteiorganisation um 148 vermehrt, sie beträgt jetzt 1596 (116 weibliche Mitglieder).
Am Sonntag wurde in Arnstadt eine Kreisgeneralversammlung
abgehalten. Aus dem Bericht des Kreisvorstandes ist noch zu ent-
nehmen, daß die Partei im Landtag durch einen Abgeordneten, in
4 Städten durch 18 und in 12 Landgemeinden durch 24 kommunale
Abgeordnete vertreten ist. — Anschließend an den Bericht über die
Tätigkeit des Genossen Bärwinkel im Landtage wurde eine
Resolution angenommen, in der dem einzigen sozialdemokratischen
Vertreter der Dank ausgesprochen und gleichzeitig dagegen
protestiert wird, daß seine Tätigkeit von gegnerischer Seite als
gegen die „Würde des Hauses“ verstoßend bezeichnet wurde. — Für
die seit Newjahr erscheinende „Volkszeitung“ (Kopfbild der Er-
furter „Tribüne“) wurde durch einstimmigen Beschluß der
Abonentenpreis pro Monat von 60 auf 70 Pf. erhöht. Kreis-
vorort bleibt Arnstadt.

Pollzelliges, Berichtliches usw. Presseprozeß.

Wegen angeblicher Verleibung des Stadtrats in Eisenburg
(Sachsen-Altenburg), begangen durch eine Notiz in der „Altenburger
Volkszeitung“, wurde Genosse Dilreiter, der Verantwortliche
unseres Altenburger Parteiblattes, zu einer Geldstrafe von
150 Mark verurteilt. In der unter Anklage gestellten Notiz war
die Kussreibung einer unterstützungsbedürftigen alten Frau, die
nach einem Orte in Schlefien zuständig war, besprochen und kritisiert
worden.

Aus Industrie und Handel.

Balkankrieg und Textilindustrie.

Das blutige Ringen der Völker im Orient hat auch der Textil-
industrie recht schmerzende Wunden geschlagen. Nicht nur in
Deutschland, sondern in allen entwickelten Industrielandern waren
die Wirkungen des Krieges zu spüren. Einen geradezu katastrophalen
Charakter, wie bisher noch nie, nahm die Krisis in Oesterreich
und in der jungen Textilindustrie Rumaniens an. Selbst das be-
deutendste Land der Textilindustrie der Welt, Groß-
britannien, spürte die Folgen der gestörten Warenzirkulation.
Die britische Baumwollindustrie leidet in den Balkanstaaten sehr
gute Kunden. Der Bezirk Mandelstet liefert allein für 13½ Mil-
lionen Pfund Sterling Textilwaren dorthin. Rumänien und die
Türkei stehen unter den Warenkunden Englands an vierter Stelle;
in der Gewebefabrik steht Rumänien und die Türkei an dritter
Stelle. Beide Länder importieren mehr als zweimal soviel an
Baumwollwaren aus England, als alle übrigen Staaten Europas
zusammengenommen. Die Varnaexporteure aus England nach der
Türkei, Rumänien und Bulgarien gingen im letzten Quartal 1912
auf 4,6 Millionen Pfund zurück, im gleichen Zeitraum des Vor-
jahres betrug diese 7,9 Millionen Pfund. Die Ausfuhr von Ge-
weben sank von 120 auf 80 Millionen Pfund.

In Deutschland machen sich ähnliche Wirkungen je länger
je mehr bemerkbar. Sofort nach Beginn des Krieges zeigten sich
erhebliche Erschütterungen. Eine Anzahl Betriebe der Bekleidungs-
branche und kleinere Branchen hatten allerdings durch die dringen-
den und erhöhten Anforderungen der kämpfenden Armeen einen
intensiven Beschäftigungsgrad zu verzeichnen. In allen übrigen
Zweigen aber gab es Unsicherheit und Zeichen beginnender Krise.
Das Moratorium (gesetzlich geordneter Zahlungsausschub) Ser-
biens, Griechenlands und Bulgariens, die fast vollständige Ein-
stellung der Bankentätigkeit, die plötzliche Einstellung des Trans-
ports der Warenstoffe durch die Rotverwaltung, die Stilllegung
der Güteraufnahmen durch die Eisenbahnverwaltungen, die zahl-
reichen Bankrotte aller und großer Handelshäuser, ganz besonders
in Rumänien und Oesterreich — 90 Proz. aller rumänischen
Gewinnlöhne kamen nach österreichischen Feststellungen in Zahlungs-
schwierigkeiten — die fortgesetzt drohende Gefahr weiterer politischer
Verwicklungen und die Unsicherheit, ob die ausstehenden Forder-
ungen jemals realisiert werden können und wann dieses der Fall
sein wird, alles das störte die nach langer Stagnation im Aufstiege
begriffene Konjunktur der deutschen Textilindustrie und brachte
bedeutende Verluste. Große Firmen, wie die Wolleweberei
A. Münch in Gera, kamen in Zahlungsschwierigkeiten. Es wurde
gemeldet, daß die Firma mit 850 000 M. in den Balkanstaaten
engagiert sei. Nach einer Meldung der „Frankfurter Zeitung“ sind
die Mitglieder des „Verbandes sächsisch-thüringischer Webereien“
mit 3 Millionen Mark am Balkan interessiert. Nicht unerheblicher

Schaden entstand auch dadurch, daß bei Beginn des Krieges alle
unternorms befindlichen Waren einfach ausgeladen wurden, lange
Zeit ungeachtet den Unbilden der Witterung aufgesteckt waren und
zwei Monate auf Ablieferung warten oder den Rückweg antreten
mußten.

Die Ausfuhr von Textilwaren nach dem Balkan ging bei Be-
ginn des Krieges sofort zurück. Das vierte Quartal 1912 zeigt er-
hebliche Ausfälle. Das bedeutete verminderte Beschäftigung. Der
Rückgang hat bis heute angehalten. In einigen Positionen unserer
Ausfuhrstatistik sei das nachgewiesen. Die Ausfuhr seidener
Kostentierwaren nach Bulgarien, Griechenland, Serbien und der
Türkei sank im ersten Quartal 1913 gegen erstes Quartal 1912 von
163 auf 39 Doppelzentner. Die Ausfuhr von Wäschchen sank in den
vier genannten Staaten von 111 Doppelzentner auf 30 Doppel-
zentner, die Ausfuhr wollener Kleiderstoffe von 3686 auf 1678
Doppelzentner, die Ausfuhr baumwollener Stoffe von 6175 auf
2357 Doppelzentner. Neben dem Rückgang der Ausfuhr nach den
kriegführenden Staaten steht eine durch den Krieg verursachte
Senkung der Ziffern unseres Textilwareneports nach Rumänien
und Oesterreich-Ungarn.

Neben diesen direkten Ausfällen geht eine indirekte Beein-
trächtigung des Beschäftigungsgrades der deutschen
Textilindustrie einher. Wie bereits bemerkt, wurde die vom Krieg
verursachte Verschlechterung des Geschäfts für die österreichische
Textilindustrie zur Katastrophe. Der infolge der Militärtransporte
herbeigerufene Wagenmangel auf den Eisenbahnen verschärfte die
Störung des Warenabflusses. Die Erzeugung wurde eingeschränkt,
Arbeiter wurden zu Tausenden entlassen. Trotz alledem aber
häufte sich die Warenlager. Vom Juli bis einschließlich Dezember
1911 haben die österreichischen Baumwollwebereien 2,3 Millionen
Stück Ware verkauft, in der gleichen Zeit des Jahres 1912 nur
0,6 Millionen Stück. Momentan wird die Situation verschärft
durch den am 10. April dieses Jahres von den serbischen Handels-
kammern über österreichische Waren verhängten Boykott. Durch
den unterbundenen Abzug der Baumwollwebereien wurden die Baum-
wollspinnereien in Mitleidenhaft gezogen. Vom Garnverkauf
konnte keine Rede mehr sein. Die Unternehmer bestürmten die
Regierung mit Eingaben um Abhilfe. Schließlich wurde eine große
Exportaktion eingeleitet. Exportvergütungen wurden gewährt. Das
führte zu einem forcierten Garnabfluß nach den deutschen und
holländischen Märkten. Selbst bis nach England sollen österreichische
Garne gegangen sein. Auch die Baumwollwebereien traten mit den
deutschen Unternehmungen auf vielen Plätzen in scharfe Konkurrenz.
Die Ausfuhrziffern beleuchten den geschilderten Vorgang. In den
ersten drei Monaten 1913 wurden aus Oesterreich Baumwollgarn
bis zu Nr. 47 in Deutschland eingeführt 23 608 Doppelzentner
gegen nur 1049 Doppelzentner im ersten Quartal 1912.

Nach Holland führte Oesterreich im Januar und Februar
dieses Jahres 5075 Doppelzentner aus gegen 46 Doppelzentner
im ganzen Jahre 1912. Die scharfe Konkurrenz der österreichischen
Spinner auf dem holländischen Markt führte zu einer Reduktion
der deutschen Varnaexporte nach den Niederlanden. Die Garn-
ausfuhr Deutschlands nach den Niederlanden sank in den ersten
drei Monaten dieses Jahres um 4000 Doppelzentner. Die Folge
der forcierten Ausfuhr von Garnen nach Deutschland durch die
österreichische Baumwollspinnerei ist der Schrei der deutschen
Unternehmer nach vorübergehender Erhöhung der Zölle gegen
Oesterreich. Einige deutsche Baumwollspinnvereinigungen haben
entsprechende Bünsche geäußert. Eine Bindung der Zölle durch
Handelsverträge ist nicht vorzusehen. Der Verband der deutschen
Baumwollgarn-Verbraucher ist dem Verlangen der Spinner in
einer Eingabe an das Reichsamt des Innern entgegengetreten.

Alles in allem: die Schädigungen der deutschen Textilindustrie
durch den Balkankrieg sind viel größer als anfänglich angenommen
wurde. Wie fürchtbar aber mögen erst die Wunden sein, die ein
Krieg der großen Kulturnationen schlagen würde. Deshalb: Kampf
gegen die Kriegs- und Rüstungspatrioten!

Die chinesische Revolution hat nicht nur die Staatsverfassung
verändert, sondern auch in außerordentlich hartem Maße die Lebens-
gewohnheiten der Chinesen. Symptomatisch ist dafür die radikale
Beseitigung des Jopfes. Aber auch die Kleidung ist zum Teil
„reformiert“, d. h. europäisiert worden. Jünglinge händeln, besonders
Japaner, haben sich das zu Nutzen gemacht und europäische
Kleidungsstücke fertig eingeführt. So wird jetzt aus Hankau be-
richtet, daß dort eingeführt wurden

	1912	1911
Güte	254 829	16 802 M.
Ärmel	176 848	21 043
Schuhe	74 103	8 776
Handschuhe	65 121	9 578

Ein Rückschlag ist allerdings schon eingetreten. Es hat sich ge-
zeigt, daß die Chinesenkleidung für die Bevölkerung bequemer,
billiger und praktischer ist, und ein großer Teil der jungen modernen
Chinesen lehrt deshalb zur alten Tracht zurück. Die Folge war,
daß die auf Spekulation eingeführten Kleider zum Teil mit Verlust
abgestoßen werden mußten. Für das Landvolk und überhaupt für
die Allgemeinheit der Bevölkerung wird in absehbarer Zeit der
europäische Anzug nicht in Frage kommen. Anders ist es mit Hüten.
Das Jopfabnehmen im mittleren und südlichen China war allgemein
und der Chinese bedarf jetzt einer Kopfbedeckung.

Die Lage des Eisenmarktes ist noch immer hart abgeschwächt.
Das geht auch aus dem Bericht des Stahlwerksverbandes hervor:
Der Halbzeugmarkt zeigt infolge der Ungewißheit der
weiteren Gestaltung des internationalen Eisenmarktes auch im In-
lande nicht mehr ganz die bisherige Stärke und Anspannung. Die
Verbraucher halten unter dem Druck der auf dem Weltmarkt ge-
fallenen Preise zurück, und der Absatz ist weniger dringend als
jeher. Das gleiche gilt vom Auslandsmarkt, wo seitens der belgi-
schen und der französischen Werke Preisreduktionen erfolgten. In
Großbritannien besonders trägt die unnatürliche Lage des Waren-
marktes sowie die Möglichkeit eines Ausfalls in der zurzeit sehr
gut beschäftigten Schiffbauindustrie zur Unsicherheit des Marktes
bei und veranlaßt eine abwartende Haltung der Verbraucher. Mit
Rücksicht auf diese Umstände wurde der Verkauf im Inlande für das
dritte Vierteljahr zwar zu den bisherigen Preisen, aber mit einer
erhöhten Unterstützung der Ausfuhr der Halbzeug weiterver-
arbeitenden reinen Werke freigegeben.

In schwerem Oberbaumaterial liegt das Geschäft nach
wie vor günstig, und der Anfang Mai vorliegende Auftragsbestand
übertrifft den der Vergleichszeit des Vorjahres um nahezu 400 000
Tonnen. Auch die Ausichten für die nächste Zukunft können als
günstig angesehen werden. In Grubenländern war der Ab-
satz für die getätigten Abfälle befriedigend. Am Auslandsmarkt
herrschte infolge des Rückganges auf dem belgischen Eisenmarkt
ein scharfer Wettbewerb der belgischen Werke. In Wille-
schien ist die Lage im Inlande sowohl wie im Auslande nach
wie vor sehr günstig. Die Lieferwerke können für dieses Jahr kaum
noch etwas übernehmen und sind zum Teil bis zum Sommer des
nächsten Jahres schon bestellt. In Norwegen hat sich das Früh-
jahrgeschäft infolge der ungünstigen Lage des, abgesehen vom hohen
Goldstande, auch neuerlich überlasteten Baumarktes bis jetzt in be-
scheidenden Grenzen bewegt. Der Spezifikationseingang ist noch be-
friedigend, und die eingehenden Renouveau werden fast ausnahms-
los mit kurzen Fristen gegeben, beruhen also auf einem wirklich
dringenden Bedarf, während für langfristige Abfälle weiter
Zurückhaltung geübt wird.

Eine wichtige Änderung der Zolltarifvorsorge in Amerika wird
zugunsten der einführenden Staaten vorgenommen werden. Die
Vorlage sieht einen fünfprozentigen Vorzugszoll für Waren vor,
die auf amerikanischen Schiffen eingeführt werden. Der Staats-
sekretär hat nun dieser Tage dem Vorsitzenden der Finanzkom-
mission des Senats erklärt, daß diese Bestimmung der Tarifvorlage
unzweifelhaft eine Verletzung von Vertragspflichten darstellt. Die

Senatskommission des Senats wird daher beantragen, diesen Para-
graphen zu streichen.

Der Rautenkampf beendet. Zwischen der Canadianischen Eisen-
bahngesellschaft und der Nordatlantischen Dampferkonvention war
ein Rautenkampf ausgebrochen, weil die Canada Gesellschaft wider
den Willen der Konvention eine Linie Kanada—Trief einrichtete.
Jetzt scheint der Kampf beendet, denn ein Telegramm meldet aus
Hamburg: Nachdem die Canada Pacific Eisenbahngesellschaft ihren
Zwischenbedarfspreis nach Kanada von 60 auf 120 M. erhöht hat,
sind die nordatlantischen Dampfschiffslinien diesem Vorgehen ge-
folgt. — Die Auswanderer zahlen also die Kosten des Kampfes
und Friedensschlusses.

Soziales.

Die Krupp'sche Fabrik von einer anderen Seite.

Ein Gegenstand zu den vielen Aufmerksamkeiten, welche die
Firma Friedr. Krupp den in den Werken mit der Abnahme von
Kriegsmaterial usw. beschäftigten Offizieren und Beamten erweist,
denen sie nicht nur eine opulente Verpflegung mit Wein, sondern
auch Dienstmädchen, Toilettenseife, Servietten, Ruchmittel, Puder
usw. zu einem lächerlichen Preise besorgen läßt, sichten die zahl-
reichen, zum Teil barm Geldstrafen, mit denen die Arbeiter (schon
bei der kleinsten Unpünktlichkeit und bei dem geringsten Verstoß
gegen die Anordnungen bestraft werden. Schon in der am Krupp-
schen Jubiläumstage, dem 7. August 1912 in der Essener „Arbeiter-
zeitung“ mitgeteilten Strafliste wurde auf diese zum Teil harten
Strafzettel hingewiesen. Die Firma hat für diese Geldstrafen
schon vor ziemlich 50 Jahren eine mehrfach abgestufte Strafliste
ausarbeiten lassen, die zum Teil erhöht, auch heute noch besteht.
Die vielfach so angewendet wird, kann man auch an einer andern,
zum Andenken aufbewahren, für die Arbeiter des Bondagenmal-
werkes vom 5. bis zum 28. Februar 1868 erlassenen Strafliste er-
sehen. Diese Liste lautet:

Art des Vergehens	Zahl der bestrafte Arbeiter	Höhe der Strafe		
		Taler	Sgr.	Pf.
Betrug	1	—	15	—
Unehrlichkeit	1	—	5	—
Nachlässigkeit in der Arbeit	1	1	—	—
do.	1	—	15	—
do.	15	—	10	—
do.	3	—	7	6
do.	7	—	5	—
Fehlerhafte Arbeit	—	—	—	—
Schlafen in der Arbeitszeit	1	—	15	—
do.	5	—	10	—
Streit	2	—	15	—
do.	1	—	5	—
Ungehorsam	2	1	—	—
do.	2	—	15	—
do.	3	—	10	—
do.	1	—	7	6
Bummeln	—	—	—	—
Unverlaubtes Ausbleiben	1	1	—	—
do.	3	—	15	—
do.	14	—	10	—
do.	1	—	7	6
do.	9	—	5	—
do.	4	—	2	6
Schnapsholen	—	—	—	—
Unterlassenes Abgeben d. Nummer oder Nichtabmelden in der Wenage	—	—	—	—
Nummer nicht abgenommen	1	—	10	—
Nummer nicht abgegeben oder hängen gelassen	11	—	5	—
do.	2	—	2	6
Zu spät gekommen	1	—	15	—
do.	3	—	10	—
do.	26	—	7	6
do.	114	—	5	—
do.	180	—	2	6
Erunkenseit	1	1	—	—
do.	2	—	15	—
do.	1	—	5	—
Unverlaubtes Verkaufen von Brotmarken	1	—	5	—

per Friedrich Krupp
G

Man ersieht aus dieser Liste, daß in 24 Tagen, einschließlich
3 Sonntagen, auf der Betriebsabteilung Bandagenmalwerk, einer
einigen, aber noch lange nicht der größten Betriebsabteilung, allein
432 Strafen in Höhe von 2½ Silbergrößen bis 1 Taler und im
Gesamtbetrage von rund 217 M. erkannt wurde, davon allein
333 = 77,08 Prozent, also über drei Viertel wegen Zufälligkeiten.
Wer nicht zur Minute da war, wurde eben notiert. Herr Alfred
Krupp pflegte zu sagen: „Die Strafe soll den Bestraften ihre Fehler
abgewöhnen.“ Ob er mit diesen Strafen seinen Arbeitern „ihre
Fehler abgewöhnt“ hat, wissen wir nicht; aber er selbst ist mit
ihnen der reichste Mann in Deutschland geworden. Wie viele Ar-
beiter dadurch zu früh ins Grab gehet worden sind, wird freilich
nie festgestellt werden können.

Ueber ins Gefängnis als in die preussische Fürsorgeerziehung.

Wie schlimm es um die preussische Fürsorgeerziehung bestellt
ist, zeigt wieder einmal deutlich folgender Fall: Aus der ost-
preussischen Erziehungsanstalt Eichhof war kürzlich der Fürsorge-
zögling Albert Kirchner aus Litzist entlaufen. Er wurde schließ-
lich von der Polizei gefaßt und machte das Geständnis, er hätte mit
einem Kollegen zusammen eine Anzahl schwerer Einbruchdiebstähle
verübt. Es wurde eine Untersuchung eingeleitet, doch die ergab,
daß der Fürsorgezögling sich falsch beschuldigt hatte, und zwar nur
deshalb, damit er statt in die Erziehungsanstalt in das Gefängnis
kam. Er sollte aus der Unterbringung nach der Erziehungs-
anstalt gebracht werden. Um aber den Transport nach dort unter
allen Umständen zu verhindern, überfiel er den Beamten, der ihn
abholen wollte, in der Zelle und schlug ihm mit der Ofentür derart
über den Kopf, daß der Mann besinnungslos zusammenbrach. Der
Fürsorgezögling wurde darauf gefesselt, worauf sein Weiter-
transport erfolgte. Die preussische Fürsorgeerziehung scheidet also
Verbrecher, anstatt die jungen Leute zu ordentlichen Menschen zu
machen.

Kindarbeit.

Die Rittergutsverwaltung in Wandersleben (Gothische Ze-
mäne auf preussischem Gebiet) beschäftigt jetzt jeden Tag ungefähr
30 Schulkiner aus dem Dorfe beim Rubenziehen auf dem Felde.
Die Kinderchen, es sind fast alle Jahresklassen beteiligt, erhalten
für den Nachmittag je 10 und 15 Pfennige Arbeitslohn! Sie müssen
immer fleißig arbeiten und in der bekannten gebühten Haltung auf
den Dämmen entlang; sie sind stets unter Aufsicht des Inspektors,
damit für den horrenden Lohnsch auch „genügend“ Arbeit geleistet
wird. Abends sind die Kleinen natürlich vollständig kaputt und nicht
mehr imstande, ihre Schularbeiten zu machen.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein I. d. 8. Berl. Reichstagswahlkreis.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Restaurateur **Gustav Henning** Alexandrinenstr. 44 gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet morgen Sonnabend, den 31. Mai, nachmittags 6 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Luisenstädtischen Kirchhofes in Reußstr., Hermannstr. 186/190, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
208/14 **Der Vorstand.**

Sozialdemokratischer Wahlverein I. d. 5. Berl. Reichstagswahlkreis.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Gastwirt **Wilhelm Köhler** Zoltzinger Str. 67 (IV. Abteilung) verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 31. Mai, nachmittags 5 Uhr, auf dem Kirchhofe der Sophien-Gemeinde, Freienswalder Straße, statt.
222/4 **Der Vorstand.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Filiale Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler **Rudolf Kuhn** (Schöneberg, Belgier Str. 21) im Alter von 51 Jahren gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 31. Mai, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Sophien-Kirchhofes in der Freienswalder Straße aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
88/17 **Die Ortsverwaltung.**

Sozialdemokratischer Wahlverein I. d. 6. Berl. Reichstagswahlkreis.
Am 28. Mai verstarb unser Genosse, der Formner **Walter Luppke.**
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonnabend, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Halle des Philippus-Äpistel-Kirchhofes aus auf dem Nördlichen Friedhof in der Müllerstraße, 62a, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Verband d. Brauerei- u. Mühlenarbeiter u. verw. Berufsgenossen. Ortsverwaltung Berlin.
Nachruf.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Führer **Richard Balk** (Brauerei Wachenhofer NO) am 22. Mai im Alter von 29 Jahren plötzlich gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung fand am 26. Mai auf dem Auerlehungs-Kirchhofe in Weihenfelden statt.
48/14 **Die Ortsverwaltung.**

Sozialdemokratischer Wahlverein Neukölln.
Am Montag, den 26. Mai, verstarb unsere Parteigenossin **Emma Pestel** Reuterstr. 58 (2o Bezirk).
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung fand gestern Donnerstag, den 29. Mai, in Lindenwalde statt.
237/7 **Der Vorstand.**

Sozialdemokratischer Wahlverein Britz-Buckow.
Nachruf.
Am Sonntag, den 26. Mai, verstarb nach schwerem Leiden unser Mitglied **Paul Schröder** im 61. Lebensjahre.
Ehre seinem Andenken!
902/1 **Der Vorstand.**

Am Sonntag, den 25. Mai 1913, verschied infolge eines Herzschlages beim Baden unser Kollege **Walter Kurze** Riehlstr. 18a.
Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.
Die Beerdigung, für die um zahlreiche Beteiligung ersucht wird, findet heute Freitag, den 30. d. M., nachmittags 1/2 3 Uhr, auf dem Treptower Gemeindefriedhof statt. Jugenblige, die dertelben Wohnen wollen, treffen sich mittags um 1 Uhr am Laufischer Platz.
Die arbeitende Jugend Berlins.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Verwaltungsstelle Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Klempnerlehrling **Walter Kurze** an Herzschlag gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Freitag, den 30. Mai, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeindefriedhofes in Treptow, Riehlstraße aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
118/20 **Die Ortsverwaltung.**

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands. Zahlstelle Groß-Berlin.
Am Montag, den 26. Mai, verstarb unser Mitglied **Gottlieb Glier.**
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 30. Mai, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Halle des Georgen-Kirchhofes, Weissensee, aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
56/17 **Die Ortsverwaltung.**

Zentral-Verband der Töpfer u. Berufsgenossen Deutschlands. Filiale Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege **Traugott Buder** (Bezirk Charlottenburg) am 27. Mai im Alter von 40 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Freitag, den 30. Mai, nachmittags 2 1/2 Uhr, auf dem Süd-West-Kirchhof in Stahnsdorf statt.
Um rege Beteiligung ersucht
192/11 **Der Vorstand.**

Deutscher Banarbeiterverband. Zweigverein Berlin.
Am 29. Mai starb unser Mitglied, der Maurer **Rudolf Netzband** (Bezirk Norden II).
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Montag, den 2. Juni, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Halle des Nördlichen Friedhofes in Buch aus statt.
143/2 **Der Vorstand.**

Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands. Zahlstelle Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege **Gustav Henning** Alexandrinenstraße 44, Bezirk 6, verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute am Sonnabend, den 31. Mai, nachmittags 6 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Luisenstädtischen Kirchhofes, Reußstr., Hermannstr. 186/190, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
78/3 **Die Ortsverwaltung.**

Am Mittwoch, den 28. d. Mts., verschied nach kurzem schweren Leiden meine liebe Frau und treue Gefährtin **Martha Wegener** im 62. Lebensjahre.
Dies teilge beirät an **Adolf Wegener, Charlotte Wegener.**
Die Beerdigung findet am Sonnabend, 31. Mai, nachm. 4 Uhr, von der Leichenhalle des Selbstmänner-Kirchhofes (Norden) aus statt.

Am 28. Mai verstarb nach kurzem, schwerem Leiden meine liebe Frau und Mutter **Marie Rausch** geb. **Schröder.**
Um stille Teilnahme bitten **Albert Rausch** und Sohn.
Beerdigung: Sonnabend, nachmittags 6 Uhr von der Halle des Gemeindefriedhofes, Weissensee, Riehlstraße, aus.
10255

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berliner Reichstagswahlkreis

Am Sonntag, den 1. Juni 1913 findet
per Urabstimmung die Wahl des Vorstandes und der Kommissionen
in folgenden Lokalen statt:

- Göhberg, Raumnstr. 67.
- Wählich, Staliger Str. 22.
- Daus, Laufiger Str. 46.
- Dietrich, Reichenberger Str. 91.
- Schulze, Forster Str. 17.
- Kram, Liegnitzer Str. 18.
- Pier, Raumnstr. 9.
- Grundmann, Pückerstr. 29.
- Engel, Doppelner Str. 47.

- Mix, Staliger Str. 59c.
- Schöbit, Brangelstr. 58.
- Otto, Markstr. 47.
- Boeler, Weberstr. 17.
- Peter, Palisadenstr. 52.
- Kluge, Langestr. 53.
- Grundwald, Memeler Str. 67.
- Bentling, Kochowstr. 12.
- Schulz, Schreinerstr. 18.

- Gohle, Liebigstr. 17.
- Dauschte, Weidenweg 65.
- Meier, Petersburger Str. 70.
- Jäger, Tilsiter Str. 41.
- Rott, Strahmannstr. 29.
- Drubbel, Weidenfeldstr. 20.
- Zwarg, Friedberger Str. 1.
- Wiegel, Ebinger Str. 8.

Wahlberechtigt ist nur das Mitglied, welches seine Beiträge bis Februar dieses Jahres entrichtet hat.
Die Wahl beginnt um 8 Uhr früh und endet mittags 12 Uhr.
Das Zentral-Wahlbureau ist bei **P. Hoffmann, Königsberger Straße 28.**
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein für d. 2. Berl. Reichstagswahlkreis

Sonntag, den 1. Juni 1913, vormittags von 9 Uhr ab:
Urwahl des Vorstandes und der Kommissionsmitglieder für Groß-Berlin

- in folgenden Lokalen:
- Ricker, Steinmühlstr. 36.
 - Orlowski, Lützowstr. 108.
 - Witwe Augustin, Oranienstr. 103.
 - Schröder, Markgrafenstr. 102.
 - Kreuzer, Rüdernstr. 93.
 - Bergfeld, Kottbuserstr. 29.
 - Nowak, Gitschiner Straße 66.
 - Nieble, Plamser 75.
 - Neubert, Röllchenstr. 11.
 - Kreutz, Lohmannstr. 5.
 - Jenke, Thomsen, Griesenaustr. 30.
- Wahlberechtigt ist jedes Mitglied, das den Beitrag für Februar 1913 bezahlt hat. Das Wahlrecht kann in irgendeinem der vorgenannten Lokale angefordert werden.
Die Wahl beginnt um 9 Uhr vormittags und wird um 12 Uhr mittags geschlossen.
206/1*

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin. N 54, Liniestr. 83-85.
Verwaltung: Kaffier: Arbeitsnachweis:
Telephon: Amt Norden 1987. Amt Norden 185. Amt Norden 1230, 9714.
Sonntag, den 1. Juni, vorm. 10 Uhr, im Saale des Voigt-Theaters, Bahnhofsstr. 66:

Branchen-Versammlung aller Wickelei- und Isolations-Arbeiter und Arbeiterinnen.

Tagesordnung:
1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten und Verschiedenes.
Es ist Pflicht aller Kollegen und Kolleginnen, in dieser Versammlung pünktlich zu erscheinen.
119/1 **Die Ortsverwaltung.**

Karl Pietack

für die rege Beteiligung bei der Beerdigung meines geliebten Mannes
sage hiermit allen Verwandten, Freunden und Bekannten meinen herzlichsten Dank.
16829
Die trauernden Hinterbliebenen
Wm. Th. Pietack.

Karl Butry

für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Vaters, unseres guten Schwieger- und Großvaters
sagen allen Beteiligten meinen herzlichsten Dank.
Die Hinterbliebenen.

Hans Dorsch

für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes, Vaters, Bruders, Schwagers, Schwiegerohnes und Onkels, des Brauers
sagen allen Beteiligten meinen herzlichsten Dank.
10248
Johanna Dorsch nebst Sohn

Max Schade

für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes, des Gastwirts
sprechen wir allen Teilnehmenden, insbesondere Herrn Baldoz Wanasse für die tröstlichen Worte am Sarge des Unfröhlichen, ferner dem Vorstand des 6. Berl. Reichst.-Bezirks, den Funktionären der 17. Wkt., den Genossen des Bezirks 796a, den Frauen des Lebensbds., den Mitgliedern des Arb.-Sparvereins Nord, den Sparbrüdern des Sparvereins Nord, den Mitgliedern der 207a und 207b Armenkommission und dem freien Gastwirtsverband meinen herzlichsten Dank aus.
Witwe **Franziska Schade** und Tochter, Ködliner Str. 9.

5. Landtagswahlbezirk

Heute Freitag, den 30. Mai, abends 8 1/2 Uhr, in „Graumanns Festsaal“, Raumnstraße 27:

Parteimitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:
Bericht des Wahlkomitees.
Mitgliedsbuch legitimiert!
Zahlreichen Besuch erwartet
196/15 **Das Wahlkomitee.**
J. A.: J. Berl., Reichenberger Str. 166.

Würzburger Hühneraugenmittel
von **Dr. H. Unger.** - Wegen 30 Pfennig aus 10 St. Anweisung frei. Dünne Zettel die bequemste u. wirksamste Hilfe. Der Schmerz ist in 5 Minuten fort. Das Hühnerauge selbst in 3 Tagen. (Enthält Salicylsäure u. indischen Coniferextrakt.)
Dr. H. Unger in Würzburg.
Berlin (20 Pf.): Salomon-Apothek, Charlottenstraße 54. - Groß-Apothek, Barnimstr. 33. - Wo nicht, zu haben: Rosen-Apothek, Würzburg.

Zur Wahl des Ersten Bürgermeisters

an Stelle des verstorbenen Oberbürgermeisters Schustehrus waren die Charlottenburger Stadtratsmitglieder zu Mitt- woch zusammenberufen. Aber wider Erwarten wurde die Wahl noch nicht vollzogen. Nach den gesetzlichen Bestimmungen bedarf es nämlich vorher eines Gemeindefestbeschlusses über das Gehalt. Während nun der Normalbesoldungssatz ein Gehalt von 19500 bis 24000 M. vorsteht, wozu noch für den Oberbürgermeister Schustehrus eine persönliche Rubrikzulage von 3000 M. kam, war sich die Mehrheit des Ausschusses dahin schließ- lich geworden, als Gehalt für den neu zu wählenden Ersten Bürger- meister sofort 24 000 M. und außerdem noch eine Re- präsentationszulage von 3000 M. zu beantragen. Wie der Bericht- erstatter, Stadtratsmitglied Dr. Meyer (lib.), ausführte, hat sich der Ausschuss bei diesem Antrage lediglich von sachlichen Er- wägungen leiten lassen, da feststeht, daß andere gleich große Städte ähnliche oder höhere Gehälter zahlen. Demgegenüber stellte Herr Hirsch fest, daß das Gehalt nur mit Rücksicht auf den Kandidaten der Mehrheit so bemessen werden solle. Der Aus- schuss habe bei der Umschau nach Kandidaten zunächst alle die- jenigen Oberbürgermeister von der Liste gestrichen, die heute be- reits mehr als 24 000 M. beziehen. Erst nachdem der in Aussicht genommene Kandidat erklärt hatte, daß er 27 000 M. beanspruche, habe sich der Ausschuss zu diesem Schritt entschlossen. Grundsätz- lich ständen die Sozialdemokraten auf dem Standpunkt, daß der Normalbesoldungssatz nicht durchbrochen werden dürfe. Allerdings sei der Etat in Anbetracht der Feuerungsverhältnisse revisions- bedürftig, aber man dürfe mit der Revision nicht bei dem am besten bezahlten Beamten, sondern bei den Unterbeamten und Arbeitern anfangen. Einen besonders unangenehmen Beigeschmack gewinne diese Durchbrechung des Normalersatzes dadurch, daß sie nicht aus sachlichen, sondern aus persönlichen Gründen erfolgen solle.

Nachdem sich Stadtratsmitglied Dr. Stadthagen im Gegen- satz zur ersten Lesung, wo er sich gegen eine Durchbrechung des Besoldungssatzes ausgesprochen hat, mit dem Antrag des Aus- schusses einverstanden erklärt hatte, befümpfte Genosse Dr. For- chardt heftig die Repräsentationszulage. Er warf die Frage auf, welche repräsentativen Verpflichtungen ein Oberbürgermeister von Charlottenburg eigentlich habe und verlangte Auskunft dar- über, ob die 24 000 M. als Anfangsgehalt oder als Endgehalt ge- dacht seien.

Der frühere langjährige Stadtratsvorsitzende Kauf- mann, der infolge des Fraktionszwanges, den die liberale Fra- tion ihren Mitgliedern in der Frage der Oberbürgermeisterwahl auferlegt hatte, aus dieser Fraktion ausgeschieden ist, bestritt vollinhaltlich unter lebhafter Bewegung der Versammlung die von unserem Genossen Hirsch gemachten Feststellungen. Trotzdem be- kam es der Berichterstatter Dr. Meyer fertig, in seinem Schluß- wort seine Behauptung, daß die Gehaltsfrage nicht auf die Person angekomme, sondern durch die teuren Lebensverhältnisse bedingt sei, aufrechtzuerhalten. Ja, er fügte sogar, als ihm durch Zwischenrufe zu verstehen gegeben wurde, daß seine Darstellung nicht richtig sei, hinzu, er beantrage als Berichterstatter mehr Glauben als andere Mitglieder des Ausschusses. Dieser Miß- brauch mit dem Schlußwort führte zu einer erregten Geschäfts- ordnungsdebatte. Genosse Hirsch beantragte eine zweite Lesung. Die Mehrheit widersprach, man einigte sich aber schließlich, um die Geschäftsordnungsdebatte nicht ins Unendliche zu ziehen, dahin, die eben geschlossene Debatte nicht aufzunehmen. Nun ergänzte Genosse Hirsch seine Ausführungen durch die Mitteilung, daß sogar noch am Tage der letzten Ausschüttung ein Mitglied der liberalen Fraktion — es war das der Berichterstatter Dr. Meyer — telephonisch den Kandidaten angefragt habe, ob er statt mit einem Gehalt von 27 000 M. auch mit einem solchen von 24 000 M. und einer Zulage von 3000 M. zufrieden sei, und daß der Kandidat sich in zustimmendem Sinne geäußert habe. Diese Tatsache steht unanfechtbar fest und konnte von keiner Seite bestritten werden.

Das Ergebnis der Abstimmung war die Annahme des An- trages des Ausschusses. Nach der Stadtratsordnung mußte nun der Magistrat zu dem Beschluß der Versammlung Stellung nehmen. Er zog sich auch sofort zu einer Sitzung zurück, trat aber zum all- gemeinen Erstaunen dem Beschlusse nicht bei. Der Magistrat er- klärte sich mit einem Stellengehalt von 27 000 M. für den Ersten Bürgermeister einverstanden, lehnte aber die Gewährung von Re- präsentationsgeldern mit der Begründung ab, daß die Gewährung von besonderen Repräsentationsgeldern in anderen Städten keinen Vorgang habe, auch dem Stelleninhaber statemäßig in Ansehung bestimmter Summen Pflichten zuweilen, deren Auslieferung der Magistrat nicht für zweckmäßig erachte.

Somit war ein Gemeindefestbeschlusse nicht zustande gekommen; auf Antrag des Genossen Hirsch, dem sich Stadtratsmitglied Otto namens der Liberalen angeschlossen, wurde die ganze Vorlage an den Ausschuss zurückverwiesen. Die Wahl selbst konnte unter diesen Umständen noch nicht erfolgen.

Von den sonstigen Vorlagen, mit denen sich die Versammlung zu beschäftigen hatte, erwähnen wir die über die zinsbrin- gende Anlage städtischer Gelder. Hierzu soll die städtische Finanzdeputation ermächtigt werden, verfügbare städtische Gelder an öffentliche Anstalten und deutsche Ver- kehrsbanken, an letztere jedoch in der Regel nur gegen Sicherheit, bis zur Dauer von sechs Monaten zu vergeben. Die Vorlage wurde nach kurzer Debatte einem besonderen Ausschuss überwiesen. An- genommen wurde die Magistratsvorlage betreffend Bewilligung von 15 000 M. zur Straßenausbauung zum Regierungsjubiläum des Kaisers. Die sozialdemokratischen Redner Lehmann und Piesch befümpften die Vorlage und gaben die Anregung, die Gelder lieber für soziale Zwecke zu verwenden.

Nach Erledigung einer Reihe weiterer Vorlagen bewilligte die Versammlung entsprechend einer Vorlage des Magistrats für die Hinterbliebenen der vier verunglückten Kanalisations- arbeiter Witwengeld und Waisengeld nach den bestehenden Grundsätzen. Außerdem sind den Hinterbliebenen je 200 M. Zu- schuß zu den Kosten der Beerdigung aus dem Despositionsfonds gezahlt worden.

Den Schluß der Versammlung bildete die Besprechung einer Reihe von Interpellationen, darunter eine vom Genossen Will begründete Anfrage, ob die Absicht besteht, die Haupt- stadtlinien der Straße 45 abzuändern, wodurch die dringende notwendige Regulierung dieser Straße verzögert würde. Wie Stadtrat Sembriß erwiderte, besteht die Absicht, daß trotz der allerdings beschlossenen Abänderung der Bauaufsichtlinie die Arbeiten noch in dieser Bauzeit ausgeführt werden können. Öffent- lich gehen die Erwägungen des Magistratsverwalters in Erfüllung, damit endlich einmal die jeder Verhinderung spottenden Zustände am Konnenstamm beseitigt werden.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste.

In Prenzlauer (L. W.) findet am Sonntag, den 1. Juni, im Lokal Sommer Waldrestaurant die Jahreshauptversammlung der Partei statt. Wir machen darauf aufmerksam, daß das Lokal der organisierten Arbeiterschaft nicht zur Verfügung steht. Das Lokal ist daher streng zu meiden.

In Rauchfangswerder hat das Lokal zur Linde den Besitzer ge- wechselt, der jetzige Inhaber Herr Sudars stellt sein Lokal nach wie vor zur Verfügung.

In Köpenick hat das Lokal zum Lindengarten den Besitzer ge- wechselt; der neue Inhaber W. Kumbrecht stellt dasselbe ebenfalls zur Verfügung.

In Neu-Hittow heißt der Inhaber des Gasthofes zum Deutschen Hause, Berliner Str. 94/95 nicht mehr Stein, sondern Ab. Ritter. Außerdem weisen wir darauf hin, daß in Wollsdorf die Lokale von M. Schulze und W. Wirth nach wie vor gesperrt sind. Die Lokalkommission.

Reutal. Am Sonntag, den 1. Juni, findet eine Familien- partie nach dem Brunenwald statt. Abfahrt morgens 7 Uhr vom Bahnhof Reutal nach Zehlendorf. Frühstück im Walde. Für Nach- gänger: mittags 1 Uhr im Restaurant Gundeleshofe.

Fahrt ins Kaffeehaus 60 Pf., Kinder unter 10 Jahren 35 Pf. Um zahlreiche Beteiligung, hauptsächlich mit Kindern, wird ersucht.

Zehlendorf. Sonnabend, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale von J. Anort: Mitgliederversammlung des Wahlvereins.

Spanan. Heute Freitag, abends 8 1/2 Uhr, findet bei Köpnick, Nischelsdorfer Str. 89, die Generalversammlung des Wahlvereins statt. Es ist eine äußerst wichtige Tagesordnung zu erledigen.

Berliner Nachrichten.

Aus der Stadtratsversammlung.

Der Antrag des Magistrats auf Kündigung des Ver- trages, der in den Jahren 1879 und 1892 zwischen Stadt- gemeinde und Charitéverwaltung über das bei der Charité zu unterhaltende „Irrrendepot“ geschlossen worden war, wurde gestern ohne weiteres angenommen. Ge- nosse Bader begrüßte es mit Freude, daß endlich dieses Ver- hältnis, das im Laufe der Jahre zu einem Hindernis für die Entwicklung des Irrenwesens der Stadt geworden sei, gelöst werden solle. Bedauern müsse man nur, daß die Vororte für ihre Geisteskranken auf die Charité angewiesen bleiben, die diese Kranken als Ver- material benutze, aber für sie keine Heilanstalt nach modernen Prinzipien sei. Für den Magistrat sprachen Stadtrat Ka- lisch und Oberbürgermeister Bermuth. Herr Kalisch führte gegen die Charitéverwaltung eine ganz ungewöhnlich scharfe Sprache, wie man sie bei dem Stadtfreiwort leider höchstens dann gewöhnt ist, wenn es — und das trifft auch für die vorliegende Sache zu — an den Geldbeutel geht. Der Vertragskündigung wurde ohne Ausdehnungsberatung zugestimmt.

Im ersten Teil der Sitzung kam es zu einer nochmaligen Aussprache über die Speisung bedürftiger Ge- meindschulkinder. Der Ausschuss empfahl, der not- wendig gewordenen Nachbewilligung von Mitteln selbstver- ständlich zuzustimmen, außerdem aber den Magistrat um Ein- setzung einer gemischten Deputation zur weiteren Bearbeitung der ganzen Frage zu ersuchen. Genosse Rosenfeld stellte fest, daß die Ausdehnungsberatung die Ungünstigkeit der bisherigen Schulspeisungseinrichtungen, der Verbindung mit dem Kinder-Volkshilfsverein, ergeben habe, so daß nur von einer endlichen Übernahme auf die Stadt eine Besserung zu erwarten sei. Stadtschulrat Fischer trat diesen An- griffen entgegen, und die weitere Debatte brachte dann einen scharfen Zusammenhang zwischen ihm und unserem Redner. Vorsteher-Stellvertreter Cassel griff mit einer Rüge ein, weil er den Freisinnigen das Verständnis für die Notlage hungernder Kinder nicht absprechen lassen wollte. Den Ausführungen der freisinnigen Redner war allerdings nicht viel von solchem Verständnis anzumerken. Die Ver- sammlung beschloß, was der Ausschuss vorschlug.

Jubiläumdrausch und Blumentage.

Es scheint, als ob die gegenwärtige mit allen Mitteln künstlich erzeugte Fests- und Jubiläumstimmung von den bürgerlichen Jugend- vereinen, Wohltätigkeitskomitees usw. benutzt werden soll, durch Ver- anstaltung von Blumentagen wieder einmal einen Vettel ein groß auf die Groß-Berliner Bevölkerung zu injizieren.

Den Anfang macht am kommenden Sonntag, den 1. Juni, der Vorort Nieder-Schönhausen. Wie uns von dort berichtet wird, sind maßgebende Personen schon in fieberhafter Tätigkeit, junge Mädchen und Schulkinder als Helfer in den Dienst dieser Vettelei zu stellen. Da Nieder-Schönhausen ein beliebter Ausflugsort der Groß-Berliner Bevölkerung ist, rechnen die Arrangure dieser Vettelei natürlich mit einer erheblichen Einnahme. Die Ausfühler wollen daher behaupten, daß die Erträge für den Verkauf von Blumen für Zwecke ver- wendet werden, die mit den Bestrebungen der werktätigen Be- völkerung nicht gemein haben. Halte daher jeder seine Taschen zu.

Mord und Totschlag in Berlin.

Die agrarische Presse behauptet immer mit Vorliebe, daß die Großstadt der Herd von Verbrechen sei, und sie kann nicht laut genug die Verhältnisse auf dem Lande rühmen. Auf dem Gebiete der Sittlichkeit liegt es aber auf dem Lande recht schlimm, wie das bereits statistisch erwiesen ist. Auch bezüglich der schweren Verbrechen schneiden die von den Agrariern beherrschten Landesblätter schlecht ab. Ein Mord in Berlin wird nach ganz Deutschland berichtet und fast überall besprochen. Es entsteht so leicht der Eindruck, als ob Mord und Totschlag in der Reichshauptstadt besonders häufig wären. Es beruht dies auf der Gliederung des Nachrichtendienstes der deutschen Presse. Die Statistik beweist aber gerade das Gegenteil. Mit Ausnahme von Schleswig-Holstein kommen Mord und Tot- schlag im Verhältnis zur Bevölkerung fast nirgends so selten vor als gerade im Landespolizeibezirk Berlin. Von 100 000 Lebenden der Bevölkerung fielen 1911 in Schleswig-Holstein 1,10 Mord und Totschlag zum Opfer. Im Landespolizeibezirk Berlin betrug diese Zahl 1,53, fast ebenso viel in Hessen- Nassau mit 1,52. In allen übrigen Landesanteilen sind die Zahlen höher, so in Sachsen 1,61, in Hannover 1,69, in Posen und Schlesien je 1,75, in Brandenburg 1,80, Ostpreußen 1,93, Rheinprovinz 2,00, Pommern 2,03, Westpreußen 2,05, West- sachsen 2,20. Berlin steht auch unter dem Durchschnitt des Staates, der 1,81 beträgt, also ungefähr dem von Brandenburg entspricht.

Jagd auf Fürsorgezöglinge.

In der bürgerlichen Presse erscheinen von Zeit zu Zeit Nach- richten über entwichene Fürsorgezöglinge, die einem Stechbrief ganz ähnlich seien. Es wird dadurch der Anschein erweckt, als ob es sich um wer weiß welche Verbrecher handele. Man lese nur folgende Notiz, die jetzt wieder verbreitet wird:

Auf zwei Fürsorgezöglinge sahen die Polizeibehörden Groß- Berlins. Es handelt sich um die 15-jährigen Mädchen Emma P. und Luise G., die vor einigen Tagen aus dem Fürsorgeheim in Prenzlau entwichen sind. Es wird angenommen, daß die beiden

Flüchtigen sich nach Berlin gewendet haben, wo sie Bekannte be- sitzen. Emma P. ist 1,38 Meter groß, hat blaue Augen, blondes Haar und an der rechten Stirnseite eine Narbe. Luise G. ist 1,52 Meter groß, hat dunkelblondes Haar und über dem rechten Auge eine kleine Narbe. Beide Mädchen trugen bei ihrer Flucht Anstaltskleidung.

Ein schwerer Verbrecher kann nicht schlimmer verfolgt werden als das hier bei entwichenen Fürsorgezöglingen geschieht. Gerade durch eine solche Hezerei werden die Fürsorgezöglinge erst gebrand- markt. Dabei befinden sich zahlreiche Kinder in Fürsorgeerziehung die sich nicht das Geringste haben zuschulden kommen lassen, und wiederum viele andere nur wegen leichter Verfehlungen. Es ist un- verantwortlich, diese jungen Menschenkinder in der oben gemen- zeichneten Weise noch zu hegen, zumal sich nahezu der zehnte Teil der Berliner Fürsorgekinder ständig auf der Flucht befindet. Auch ein Zeichen für die Güte der so viel gerühmten Fürsorgeerziehung!

Von „Züchtigungsschnüfflern“

weil wieder einmal die „Pädagogische Zeitung“ zu erzählen. Sie berichtet, daß in Berlin — ähnlich, wie schon vor zwei Jahren — Eltern geprägelter Schulkinder anonyme Schreiben erhalten haben, die zu einem Vorgehen gegen die prägelenden Lehrer auffordern. Ein Brief, den das Lehrerblatt wört- lich mitteilt, macht Eltern darauf aufmerksam, daß ihr Kind in der Schule schwer gequält worden sei. Er empfiehlt ihnen, den Jungen durch einen Arzt untersuchen zu lassen, und dann bei der „städtischen Schul- ratskommission“ (diese sinnlose Bezeichnung gebraucht der Brief) Anzeige einzureichen. Schließlich rät der anonyme Verfasser, daß alle Eltern geprägelter Kinder sich an den „Vorwärts“ wenden möchten, damit „einmal durch einen gewaltigen Artikel alle Anabenquälereien an die Öffentlichkeit kommen“. Unterzeichnet ist eine angebliche „Kinder-Ausschüttung“. Ein anderer Brief, den die „Päd. Ztg.“ gleichfalls im Wortlaut wiedergibt, ist an einen Rektor gerichtet. Er macht diesen auf übertriebene Züchtigungen aufmerksam, die an seiner Schule vorgekommen seien, und enthält folgenden Wunsch: „Gott der Herr aber gebe Ihnen eine rechte Liebe ins Herz, damit auch Sie sich der armen, wegen jeder Kleinigkeit verprügelten Wesen annehmen“. Hier ist eine angebliche „Privat-Kinder- schutz-Vereinigung“ unterzeichnet, und beigefügt ist ein un- deutlich geschriebener Name, den die „Päd. Ztg.“ als „Kaiserhof“ deutet. Nach der Darstellungsweise der beiden Briefe muß man ver- muten, daß beide denselben Verfasser haben. Daß dieser in dem einen Brief unter Hinweis auf den „Vorwärts“ einen „gewaltigen Artikel“ veröffentlicht sehen möchte, in dem anderen Brief aber unter An- rufung Gottes (die bei dem durchaus ernstem Ton des ganzen Briefes nicht als Spott angesehen werden kann) dem Rektor „die rechte Liebe ins Herz“ wünscht, das gibt zu denken. Vor zwei Jahren, wo der Anonymus sich gleichfalls hinter einer angeblichen „Privat-Kinder-Ausschüttung-Vereinigung“ und in einem anderen Brief hinter einer angeblichen „Geheimen Privat-Vereinigung Kinder- freunde“ versteckte, sprachen wir die Vermutung aus, daß man es mit einem nicht ganz Zurechnungsfähigen zu tun habe. Die „Päd. Ztg.“ machte sich damals lächerlich durch die Wichtig- tuerei, mit der sie die von ihr mitgeteilten Briefe behandelte. Sie meinte, daß in Berlin von einer „Zentralstelle“ aus systematisch gearbeitet werde. Diesmal wiederholt sie diesen Unsinn nicht, sondern begnügt sich mit der Veröffentlichung der Briefe.

Anstehende Krankheiten — so schreibt man uns — werden bei der zunehmenden Wärme in den dicht bevölkerten Mietelagern unserer Arbeiterviertel leichter verbreitet als in den mit wenigen Mietern be- setzten Häusern, die nur große Wohnungen enthalten.

Eine viel zu wenig beachtete Ursache leichter Verbreitung über- ziehender Dünste und Krankheitsstoffe sind unsere schlecht und dürftig gelüfteten Treppentürme.

Die meisten Treppentürme sind fest verschlossen. Der Haus- wirt hat den Vierkant Schlüssel und in den Fenstern sind nur die kleinsten Scheiben zu öffnen (ohne daß das ganze Fenster aufgemacht zu werden braucht.) Diese kleinen Scheiben, die als Treppentür- läster dienen sollen, sind aber wegen ihrer viel zu geringen Quer- schnitte durchaus ungeeignet, die oft so mannigfaltigen, widerlichen Dünste aus den vier- und fünfstöckigen Treppentürmen abzuführen. Geht man mittags hoch eine Treppe hinauf, da kann man in jedem Stockwerk etwas anderes riechen und wer hoch oben wohnt, der hat es am schlechtesten, denn gerade dort oben haben die üblen Gerüche einen sehr unvollkommenen Abzug. Die Treppentürme sind eben Luftschächte, die dringend der Lüftung bedürfen. Deshalb sollten besonders die Fenster im obersten Stockwerk eine große Luftöffnung haben, deren Offenhaltung und Schließung mit zu den Aufgaben des Hauswirts gehörte. — Ein Hindernis für geeignete Luftreinigung ist die bekannte Jurcht: „Es zieht!“ — Es braucht aber nicht zu ziehen, die Fensteröffnung braucht nicht übertrieben groß zu sein, dann entsteht eben keine wahrnehmbar nachteilige Zugluft und der Treppenturm kann hoch von üblen Gerüchen schnell zu befreien sein. Eine Quadratfläche von 90 bis 40 Zentimeter Seite wäre in vielen dünnsten, fest verriegelten Treppentürmen für das oberste Fenster schon eine merzliche Wohlthat. Oft ist aber das oberste Fenster für die Hände nicht zugänglich, da muß eben der Hauswirt mit Hilfs- mitteln versehen sein, um für ausgiebige Lüftung zu sorgen. Wie oft sind bei Feuergefahr die unglücklichen Treppentürme so schnell verqualmt und unpassierbar, daß die Feuerwehr erst durch Einschlagen der Scheiben Abzug schaffen muß. Es ist ein erschreckender Mangel unserer Hauspolizei- ordnungen, daß sie eine Lüftung der Treppentürme nicht aus- drücklich vorschreiben, denn in vielen Häusern hat man mit der un- beherrschbaren Furcht abergläubischer Mieter zu kämpfen: „es zieht“, so daß selbst ein ordnungsliebender Hauswart an luftfeindlichen Mietern heftige Gegner findet, die jeder Befehlung, jedem Widerspruch gegen ihre Einbildung unzugänglich sind, worunter gesundheitliche Nachbarn oft zu leiden haben!

Eine Familientragödie.

In der Kaiserstraße 48 hat die 42 Jahre alte Frau Krüger sich mit ihren drei Kindern im Alter von 17, 10 und 6 Jahren mit Gas vergiftet. Als der Gasgeruch bemerkt und die Wohnung geöffnet wurde, fand man Frau und Kinder bestimmungslos daliegen. Die sofort herbeigerufenen Samariter der Feuerwehr und ein Arzt stellten mit Sauerstoffapparaten bei allen Personen Wiederbelebungsbemühungen an, die jedoch bei der Mutter und der 10 Jahre alten Tochter Martha ohne Erfolg blieben. Der 6 Jahre alte Knabe hatte fast garnicht gekostet, während die älteste 17-jährige Tochter schon so schwer erkrankt war, daß sie nach dem Krankenhaus Am Friedrichs- hain gebracht werden mußte. Eine Lebensgefahr für sie besteht je- doch nicht mehr. Der Knabe wurde Verwandten in Pflege gegeben und die Beschlagnahmen Leichen nach dem Schauhaus übergeführt. Ursache zu dem Vergiftungsfall soll in getrübbten Familien- verhältnissen zu suchen sein.

Franz Dülbergs Drama „Korallenketteln“ vor dem preussischen Oberverwaltungsgericht.

Der Polizeipräsident von Schöneberg hatte durch Verfügung vom 12. Oktober 1911 dem damaligen Direktor des Reuen Schau-

Spielhaus (Roßendorferplatz), Herrn Alfred Palm, die öffentliche Aufführung von Franz Dübbergs Drama „Korallenketten“ verboten, weil die öffentliche Ordnung in sittlicher Beziehung gefährdet erscheine.

Herr Palm klagte und im Laufe des Verfahrens wurde diesem der Dichter beigegeben. Der Verhandlung lag nicht das Buch zugrunde, sondern eine zur Aufführung bestimmte Bearbeitung, die einen anderen Ausgang des Stückes enthält, als die Buchausgabe. Mit dem Buch stimmt sie bis Seite 60 überein. — Herr Dübbergs hatte das verbotene Stück u. a. Herrn Professor von Wilamowitz-Roßendorf zur gutachtlichen Beurteilung übergeben. Dieser ließ sich über das im Mittelalter spielende Stück in der Hauptfrage dahin aus: Ein naive sinnliches, ganz junges Mädchen steht in der Gefahr, von ihrem Vater dem Kloster zugeführt zu werden, was ihr so entsetzlich sei, daß sie lieber der Schande (als Bordellmädchen) in die Arme laufen wolle. Aber im äußersten Moment empöre sich die Unschuld in ihrer Seele und sie schütze sich gegen den Mann (einen älteren Kätzling), indem sie ihn mit seinem Dolche töte. Sie sei bereit, den Nord durch den Tod zu sühnen. Dann kommt die härtere Versuchung. Ein Fürst mache sie, wenigstens für ihr eigenes Gefühl, zu seiner Gattin. Dann nahe ihr wieder die Askese (in Gestalt der Einnickungen eines Priesters). Die Askese werde als eine Art unreiner Sittlichkeit geschildert. Sie wolle sie wieder von sich. Als ihr aber doch die Unfähigkeit der Erlösung aufgehe, wolle sie den Tod. Die Tendenz sei eine sittliche. Die Durchführung zwingt den Dichter, das Leben der Schande und auch den Liebesbrauch zu schildern. Das mittelalterliche Mittel gebe ihm Gelegenheit, die Askese und die Prostitution vorzuführen, die sich geradezu als das Götze, was sie seien. In der Bühnenbearbeitung werde die Heldin zum Schluss (sic ist aus dem Schloß geflohen) äußerlich in die Spähre zurückgeführt, welche sie zuerst aufgesucht hatte, was zur Folge haben mußte, daß die Insassen der Frauenhäuser eine breite Rolle spielen, aber nur als Folie der Heldin. — Die Darstellung des Unreinen sei nicht Selbstzweck des Stückes, — Schmutz habe der Dichter genug angefaßt. Das sei aber sein Recht, da er vom Leben geboten werde. Die Seele habe er aber nicht beschmutzt. Als unsittlich könne das Stück nicht beanstandet werden.

Der Bezirksausschuß kam unabhängig vom Gutachten zu der Auffassung, daß das Stück nicht geeignet sei, die öffentliche Ordnung durch Verwirrung der Sittlichkeit zu stören. Er hob das Verbot auf.

Das Oberverwaltungsgericht als Berufungsinstanz beschloß sich am 20. Mai mit der Sache. Der Vertreter des Klägers und des Beigeladenen Dübbergs, Justizrat Jonas, konnte sich zugunsten der Zulässigkeit der öffentlichen Aufführung des Dramas noch auf Gutachten des Barons v. Puttlitz, Intendanten der königlich-württembergischen Hoftheater, und des Hofrats Feil, artistischen Leiters der königlich-sächsischen Schauspiele, berufen.

Das Oberverwaltungsgericht, vor dem das Stück vorgelesen wurde, änderte aber die Vorentscheidung ab und erklärte das Verbot für gerechtfertigt. Gründe: Das Stück biete im ersten längeren Akt eine Darstellung des Dürrenweins und des Geschäfts der Dirnen, die breit angelegt sei, und ebenso Neugierungen der Heldin, die sie in einer merkwürdigen sittlichen Verfassung zeigten. Diese Darstellung müsse auf die Zuschauer unbedingt schmerzhaft wirken und die sittlichen Begriffe verwirren. Nun würde ja eine Schilderung solcher Dinge noch nicht ein Verbot rechtfertigen, wenn die Schilderung durch die spätere Entwicklung bedeutend abgeschwächt würde. Die entsprechenden Regungen im Stück träten aber nicht so hervor, daß der Zuschauer das Gefühl haben könne, daß eine Darstellung statfinde, um dann erst den wirklich ersten sittlichen Gegenstand zu bringen, und daß letzterer als das Steigende sich darstelle. Wenn auch manches in dem Stück vom Standpunkt der Kunst als schon angeprochen werden möge, so bleibe doch der Gesamteindruck einer schmerzhaften, die sittlichen Begriffe verwirrenden Darstellung, der das Verbot rechtfertige.

Wegen Wattenmordverfuchs wurde gestern Abend der 30 Jahre alte Revolverdrücker Gustav Matthes aus der Liebenwalder Straße in das Polizeipräsidium eingeliefert. Der Mann hatte bis zum 1. Mai mit seiner um ein Jahr jüngeren Frau und seinen drei Kindern im Alter von 8, 12 und 15 Jahren in der Liebenwalder Straße eine kleine Wohnung inne. Für den Lebensunterhalt sorgte die Frau durch Reinemachen. Matthes selbst hatte wenig Lust zum Arbeiten und war auch jetzt wieder eine ganze Zeit lang ohne Beschäftigung. Um sich Geld für Alkohol zu verschaffen, dem er stark zutrauf, verkaufte er fast die ganze Wohnungseinrichtung. Wenn er dann abends betrunken nach Hause kam, mißhandelte er Frau und Kinder. Diese verließen ihn deshalb vor vier Wochen und zogen nach der Ulrechtstr. 4, wo eine Schwester der Frau wohnt. Der Mann versuchte nun im Laufe der Zeit wiederholt seine Frau zu bewegen, wieder mit ihm zusammenzuziehen. Er drohte ihr auch, daß er sie andernfalls erschießen werde. Diese Drohungen teilte er auch den Kindern mit, wenn er sie auf der Straße traf. Nachdem er gestern den ganzen Tag über vergeblich versucht hatte, seine Frau in der Ulrechtstr. 4 zu sprechen, sah er sie gegen 5 Uhr, als er in dem Schanklokal von Päsler im Hause Müllerstr. 33/34 war, mit dem 12 Jahre alten Sohne vorübergehen. Er stellte sie auf der Straße zur Rede und forderte sie auf, mit in die Wirtschaft zu kommen. Als sie sich aber weigerte, packte er sie einfach am Arm und zog sie hinein. Hier sprach er eine Weile ganz ruhig mit ihr, zog dann aber plötzlich einen Revolver und feuerte einen Schuß auf sie ab, der aber fehlging. Die Bedrohte eilte in die Küche des Wirtes, gefolgt von ihrem Manne, der auch dort mehrere Schüsse abgab, die aber ebenfalls alle fehlgingen. Jetzt versuchte der Revolverheld die Flucht zu ergreifen. Auf der Straße wurde er aber bald gefasst und der Polizei übergeben, die ihn noch gestern Abend nach dem Polizeipräsidium überführte.

Wem Spielen den Tod gefunden hat gestern Abend der 9 Jahre alte Schüler Konrad Ruffe, der bei seiner Mutter, einer Aufwärtlerin, am Grünen Weg 8 wohnte. Der Knabe spielte gegen 7 Uhr in der Holzmarktstraße an dem Ufergeländer der Spree in der Nähe der Badeanstalt. Pflösch verlor er das Gleichgewicht und fiel ins Wasser hinab. Es gelang zwar, ihn bald wieder herauszuholen, doch blieben alle Wiederbelebungsversuche ohne Erfolg. Wie auf der Hülswache in der Holzmarktstraße festgestellt wurde, war sein Tod bereits eingetreten. Die Leiche wurde von der Polizei beschlagnahmt und nach dem Schauhaufe gebracht.

Gefasste Fledderer.

Zwei Stadtbahnräuber raubten in der Nacht zum vergangenen Sonntag einem Kaufmann aus Charlottenburg, der in dem Zug eingeschlossen war, für 3000 M. lose Brillanten, einen silbernen mit Saphir und Brillanten besetzten Bleistift und ungefähr 1000 M. bares Geld. Der Gefasste erwachte auf dem Bahnhof Putzstr. als ihm die Täter die Hosen aufschnitten und die Geldbörsen entwendeten. Bei der Verfolgung warfen die beiden die goldene Uhr nebst Kette, die sie ihm ebenfalls abgenommen hatten, über das Geländer der Brücke hinweg auf die Eisenbahnschienen, wo sie später aufgefunden wurden. Die Täter entkamen jedoch mit den übrigen Beutegegenständen. Vorgestern gelang es nun der Kriminalpolizei, die Räuber in den Personen zweier schon wiederholt vorbestrafter Stadtbahnfledderer Albert Lauenburg und Emil Verke in ihrer Verhaftung festzunehmen. Auf die Spur der Verbrecher war sie durch einen Händler gekommen, dem sie die Steine zum Kauf angeboten hatten. Dieser teilte seinen Verdacht der Kriminalpolizei mit, die dann beide festnahm. Sie befristeten trotzdem, die Täter zu sein, auch förderte eine Hausdurchsuchung nichts zutage, was dem Manne ge-

stohlen worden war. Dennoch gelang es der Polizei, fast die gesamte Beute und auch einen großen Teil des Geldes wieder herbeizufahren. In der Wohnung des einen Verhafteten fanden Beamte eine Karte von einem Mädchen mit deren Adresse. In der Annahme, daß dieses die Geliebte des Fledderers sei und sie jedenfalls mit ihm unter einer Decke stecke, wurde auch deren Wohnung durchsucht. Hier fand man denn auch die Brillanten und das Geld.

Erzählung eines Gardeunteroffiziers. Wegen eines schweren Erregtes wurde Mittwochabend der Sergeant Lemberger von den Gardefürstieren verhaftet und gefesselt nach der Kaserne ins Gefängnis gebracht. In einem Restaurant in der Seestraße 22 war es zwischen Lemberger und einem Studenten zu Differenzen gekommen, die schließlich dazu führten, daß Lemberger tätlich gegen den Studenten vorging und ihn mit einem Revolver bedrohte. Als man einen Schutzmännchen herbeirief, griff der Sergeant auch diesen an. Da er sich nicht festnehmen ließ, mußten noch einige Polizeibeamte geholt werden, ehe es gelang, den Sergeanten zu übermächtigen. Er wurde gefesselt zur Wache der Gardefürstierkaserne transportiert.

Mit der Hundesperre beschäftigte sich am Mittwochabend eine überfüllte Versammlung in der „Neuen Philharmonie“ in der Köpenicker Straße. Von den verschiedensten Rednern, unter denen kleinere Sachverständige sich befanden, wurde dargelegt, daß ihrer Meinung nach von einer Tollmuth der Hunde ernstlich nicht geredet werden könne. Es wurde schließlich beschlossen: Die Versammlung bittet das königl. Polizeipräsidium, bei dem leichtsten Zeugnisantrage der zurzeit festgestellten Tollmuth, die mildesten gesetzlichen Maßregeln anzuordnen, die gestatten, daß die Hunde entweder ohne Maulkorb oder ohne Leine geführt werden oder mit Maulkorb, unter gewissenhafter Ueberwachung, frei laufen dürfen.

Ein Unfall ereignete sich am Mittwochabend an der Viktoria-Brücke, Ecke Schöneberger Ufer. Dort war ein Arbeiter damit beschäftigt, ein Gerüst, das zur Reinigung der dort aufgestellten Figur benutzt worden war, abzunehmen. Als der Arbeiter die Leiter losgelöst hatte und im Begriff war, sie zu entfernen, schlug dieselbe über; unglücklicherweise wurde die gerade vorübergehende, Kurfürstendamm 7 wohnhafte Blumenhändlerin Käglcr von der fallenden Leiter so schwer an den Kopf getroffen, daß dieselbe betäubungslos zusammenbrach. Auf der Unfallstation wurde ihr ein Verband angelegt, alsdann wurde die Frau nach ihrer Wohnung gebracht.

Vorort-Nachrichten.

Wilmerdorfer-Paläste.

Aus der Stadtverordnetenversammlung. Der Bund der Haus- und Grundbesitzervereine Groß-Berlin verlangt Berücksichtigung der Interessen des Mittelstandes, insbesondere des städtischen Haus- und Grundbesitzes bei Neuregelung des Taxwesens. Die Petition wurde dem Magistrat als Material überwiesen.

Seit Jahren besteht am Orte ein Gesundheitsverein, der sich seinen Mitgliedern u. a. dadurch nützlich macht, daß er ihnen Laubland, das zum guten Teil von der Stadt gepachtet ist, zu einem billigen Preise überläßt. Die Kolonisten haben vor kurzem die Weisung erhalten, das Gelände zum 1. Juni zu räumen da es für städtische Zwecke benutzt werde; und nun petitionierten sie darum, ihnen die gepachteten Grundstücke wenigstens so lange, bis sie abgeerntet haben, zu lassen. Der Petitionsausschuß hatte beschlossen, der Stadtverordnetenversammlung Uebergang zur Tagesordnung vorzuschlagen, dabei aber gleichzeitig den Magistrat zu ersuchen, „so lange als irgend angängig von der Inanspruchnahme des Terrains abzusehen“. Wen. A. e. l empfahl dem Magistrat dringend, sowohl auf die Petenten als auch auf die Pächter des unbepflanzten Friedhofsgeländes, das gleichfalls zum Juni geräumt werden soll, Rücksicht zu nehmen. Wenn der Magistrat nach dem Wortlaut des Vertrages auch das Recht habe, zu jeder Zeit die Räumung des Geländes zu verlangen, so sei es doch nicht mehr als billig, die Pächter schädlos zu halten, zumal die Stadt nicht selten den großen Grundbesitzern, mit denen sie in Verkehr treten müsse, beträchtliche Summen zu opfern habe. Es wurde dem Antrage des Petitionsausschusses gemäß beschlossen, nachdem der Magistratsvertreter zugestimmt hatte, daß er auf die Laubbesitzer nach Möglichkeit Rücksicht nehmen wolle.

Eine längere Auseinandersetzung gab es bei der zweiten Beratung der mehrfach von uns erwähnten Vorlage betreffend die Zustimmung zu den Verträgen über die Verpackung von Kellern, den Verkauf von Zeitungen und die Aufstellung von Automaten auf den Bahnhöfen der Untergrundbahn.

Der Finanzausschuß hatte in den Gesetzentwurf mit dem Hofbuchhändler Stille die Bestimmung gestrichen, wonach der Buchhändler bestimmte buchhändlerische Ergebnisse nicht betreiben darf, sobald dies von der betriebsführenden Gesellschaft, der Polizei oder den Aufsichtsbehörden verlangt werde; nur der Stadteigende sollte ein solches Recht reserviert bleiben. Der Satz im Vertragentwurf, der das freiholten ansehnlicher Schriften und Bilder unbedingt verbietet, wurde durch die Bestimmung eingeeignet, daß nur städtisch ansehnliche Schriften und Bilder vom Verkauf ausgeschlossen sein sollen. Während der Stadtverordnete Gottschalk, ein Rechtsanwalt, hinsichtlich der Regreßpflicht verschiedene Bestimmungen des Vertrages beanstandete, wies Genosse Schröder darauf hin, daß trotz der vom Finanzausschuß beantragten Änderungen den bekannten Neuverlegern des Buchhändlers Stille freier Spielraum bleibe. Sicher werde er als Pächter des Eisenbahnbuchhandels auch auf den städtischen Untergrundbahnhöfen den „Vorwärts“, den „Simplicissimus“ und andere von den preussischen Behörden konfiskierte Zeitungen und Zeitschriften vom Verkauf ausschließen, wenn ihm solche skandalöse Bevormundung des Publikums nicht klipp und klar im Vertrage unterlegt werde. Die Stadtverordnetenversammlung sei es daher ihrer Selbstachtung schuldig, daß sie in den in Betracht kommenden § 4 des Vertrages einen Satz einfüge, wonach aus politischen oder religiösen Gründen Druckverbot nicht vom Verkauf ausgeschlossen werden dürften. Stadtverordneter Leidig meinte, daß der von Schröder beschriebene Antrag überflüssig sei, doch wandte er sich mit Schärfe gegen den Magistrat, weil er die Bestimmungen über die Regreßpflicht in den Verträgen nicht klar genug bei den Verhandlungen im Finanzausschuß berücksichtigt habe und nun erst auf die Anregungen des Herrn Gottschalk hin unbedingte Zusagen mache. Nach längerer Erörterung endeten die Auseinandersetzungen damit, daß die Vorlagen mitsamt dem Antrag Schröder und Riedel zur nochmaligen Beratung an den Finanzausschuß zurückverwiesen wurden.

Von den sozialdemokratischen und von fortschrittlichen Stadtverordneten war folgender Antrag gestellt worden:

„Die Stadtverordnetenversammlung ersucht den Magistrat, zu veranlassen, daß den hierfür dem Alter nach in Betracht kommenden Schülern und Schülerinnen der Gemeindeschulen in nächsten Winterhalbjahr der gemeinsame Besuch klassischer Vorträge in einem geeigneten Theater, sowie gleichfalls der gemeinsame Besuch der Berliner Urania auf Kosten der Stadt ermöglicht werde.“

In der Begründung des Antrages bedauerte Schröder, daß die ablehnende Haltung des Magistrats in der Theaterfrage auf lange Zeit hinaus für die Schulkinder den Besuch des geplanten Wilmerdorfer Stadttheaters unmöglich mache. Bürgermeister Peters erklärte, daß der Magistrat dem Teil des Antrages, der vom Besuch klassischer Theateraufführungen handle, beipflichten werde; den Besuch der Urania halte er aber nicht für erforderlich, da für die städtischen Schulen Projektionsapparate angeschafft seien. Nachdem die Stadtverordneten Dr. Edel, Dr. Helmke und Schröder auseinandergesetzt hatten, daß der Magistrat im Irrtum sei, wenn er glaube, daß Projektionsapparate die Urania ersetzen könnten, überwies die Versammlung den Antrag dem Finanzausschuß. — Es folgte eine geheime Sitzung, in der die Versammlung den am Dienstag von uns bei der Erörterung der Separatangelegenheit erwähnten Verträgen zustimmte.

Schöneberg.

Ueber den Ausfall der Landtagswahlen berichtete in der letzten Mitgliederversammlung des Wahlvereins Genosse Küter. Der Redner bemerkte u. a., daß, obwohl die Genossen etwas spät in den Besitz des Wahlmaterials gelangt seien, die für die Sozialdemokratie abgegebenen Stimmenzahl als eine ganz ansehnliche zu bezeichnen sei. Und gerade diese Stimmenzahl habe die Schändlichkeit des Landtagswahlrechts wiederum in heller Beleuchtung gestellt. Obwohl die Sozialdemokratie am Tage der Urwahl 8005 Anhänger müßten konnte, habe sie nur 142 Wahlmänner durchbringen können. Die Freisinnigen jedoch teilten mit nur 6538 Wählern 442 Wahlmänner erhalten. Küter heilte noch mit, daß die am 3. Juni, früh 9 Uhr, stattfindende Abgeordnetenwahl als Terminwahl angelegt sei. Die Urwahlbezirke 1—54 wählten in der Schloßbrauerei, von 55—107 im Gesellschaftshaus des Westens.

Den Bericht von der Verbanderversammlung erstattete Genossin Böhm. An der sich daran anschließenden Debatte beteiligten sich die Genossen Thielke, Urban, Cheminsky, Lippert und Dams, die sich gegen das Vorgehen des Zentralvorstandes Groß-Berlins in Sachen Vorkardt wandten. Ein Antrag Lippert, der das Vorgehen der Funktionäre des fünften Kreises gegen Vorkardt nicht gutheißt und letzteren ersucht an seiner Landtagskandidatur festzuhalten, wurde abgelehnt. Dagegen gelangte ein Antrag Thielke-Urban zur Annahme, worin der Ueberzeugung Ausdruck gegeben wird, Genosse Frey sei durch andere Personen zu seinem Vorgehen veranlaßt worden.

Jum Schluss wurden noch geschäftliche Angelegenheiten erledigt.

Die regelmäßigen Spielabende der Freien Elternvereingung finden von heute ab wieder an folgenden Tagen statt: Anaben: Montag und Freitag, abends 8¹/₂—9¹/₂ Uhr. Mädchen: Jeden Mittwoch in den Neuen Mathausäulen, Reiminger Str. 8. Sonnabends von 6—7¹/₂ Uhr auf dem städtischen Spielplatz, Kubensstraße. Die Arbeiterkinder werden ersucht, ihre Kinder zu den Spielabenden zu senden.

Lichterfelde.

In der Mitgliederversammlung des Wahlvereins berichtete der Vorsitzende Genosse Wienke über den Ausfall der Landtagswahl. Redner teilte mit, daß 24 sozialdemokratische Wahlmänner, davon zwei in der II. Abteilung gewählt worden seien. Da bei der im März stattgefundenen Erziehung bereits 21 sozialdemokratische Wahlmänner gewählt worden seien, könne das diesmalige Resultat nicht befriedigen. Auch müsse konstatiert werden, daß die Genossen nicht in der gewünschten Weise tätig gewesen seien. Unter Vereinsangelegenheiten wurde der Bildungsausschuß aufgehoben. Den Bericht von der Verbanderversammlung erstattete Genosse Weigel. Nach der Wahl der Delegierten zur Kreisgeneralsversammlung sowie zur Verbanderversammlung ersucht Genosse Wienke die Versammelten, bei der am 10. Juni stattfindenden Gemeindevorstandswahl sich wahl fleißig mitzuarbeiten. Aufgenommen wurden vierzehn männliche und drei weibliche Mitglieder.

Lichtenberg.

Eine heftige Explosion, bei der leider mehrere Personen schwer zu Schaden gekommen sind, ereignete sich gestern Abend nach 9 Uhr in der Rittergutsstraße 121/123. In der dort befindlichen Fabrik zur Herstellung von Rohmaterial für die Kunststofffabrikation, die der Firma Julius Leibholz gehört, hatten sich auf bisher unauffällige Weise Benzindämpfe entzündet, die dann die Explosion herbeiführten. Dabei wurden fünf Personen schwer und drei leicht verletzt. Sie wurden mittels Krankenwagen ins Krankenhaus befördert. Auch in dieser Fabrik war kein ausreichendes Verbandsmaterial vorhanden. Der Arzt, der die erste Hilfe leistete, mußte sich erst solches aus der in der Nähe befindlichen Zentrale der Konsumgenossenschaft besorgen, die vor einiger Zeit bei einem anderen Unglück ebenfalls aus der Verlegenheit helfen mußte. Es gehörte sich doch, daß in einem Betriebe, der mit gefährlichen Betriebsmitteln arbeitet, ausreichende Rettungsmittel vorhanden sind.

Spiel und Sport.

Der 8. Juni.

Eine fleißige Tätigkeit ist augenblicklich in den bürgerlichen Sportvereinen zu beobachten. Es gilt, am 8. Juni im Grunewald-Stadion als echter deutscher Sportsmann dem als mächtigsten Förderer des Sports gepriesenen Wilhelm II. seine nationale reichsdeutsche Bemühung durch kräftiges Zurabrücken zu bezeugen.

Alle Sportgebiete werden vertreten sein und der noch junge Hans Dampf-in-allem-Gassen (Jungdeutschlandband) wird mit 10 000 Jugendlichen vertreten sein.

Leider finden wir in allen diesen Sportvereinen einen großen Prozentsatz von organisierten Arbeitern und häufiger noch deren Söhne und Töchter. Bei vielen Arbeitern, die diesen Vereinen angehören, ist es nur die allzu große Denkschwäche, mit welcher man sich über den recht eigentümlichen Zwiespalt leicht hinwegsetzt.

Nachdem die gesamten bürgerlichen Sportvereine ohne Unterschied die Mitgliedschaft innerhalb des Jungdeutschlandbundes erworben haben, müßte man eigentlich annehmen, daß jeder einer modernen Arbeiterbewegung angehörige Arbeiter diesen Vereinen den Rücken kehrt. Es ist jedem sportliebenden und sporttreibenden Arbeiter möglich, auf allen Gebieten des Sports seine Betätigung mit seinen Klassengenossen zu finden.

Es ist deshalb zu begrüßen, daß die Arbeiter-Sportverbände am gleichen Tage im Schloß Weihensee ein großes Arbeiter-Sportfest veranstalten, um der organisierten Arbeiterschaft zu zeigen, daß man ohne Hurragefahre einen gesunden volkstümlichen Sport betreiben kann. Ohne jeden Zirkelzug, ohne Pumpen und Eichenkranz wird bei diesen Vereinen nur als Mittel zur Gesunderhaltung der geistigen und körperlichen Kräfte ein wahrer Volkssport betrieben. Es liegt im Interesse der sporttreibenden Arbeiter, diese Veranstaltung in Weihensee zu besuchen. Ganz besonders möchten wir an dieser Stelle darauf hinweisen, daß organisierte Arbeiter und noch viel mehr deren Kinder der hurrapatriotischen Veranstaltung im Grunewald fernbleiben. Sie werden dort auch gar nicht gewünscht, da ja nur nationalgesinnte Sportleute gebraucht werden.

Alles Nähere über das Sportfest in Weihensee bringt das Inserat am Sonntag.

Die Nordabteilungen des Turnvereins „Nichte“ begannen am letzten Sonntag die Feler des 20jährigen Bestehens des Arbeiter-Turnerbundes auf dem schön gelegenen Turnplatz in Reinickendorf. Zu den abteilweisen Wettkämpfen der Männer traten 38 an. Erster waren beim Ringelziehen: Schmale 12. Abt. rechts 9,50 Meter, links 7,40 Meter. Ganz 17. Abt. rechts 9,05 Meter, links 7,50 Meter. Beim Bierwerfen: Söll 17. Abt. 31,5 Meter. Deimle 9. Abt. 27,92 Meter. Beim Diskuswerfen: Ehrenberg 9. Abt. 36 Meter. Etene 16. Abt. 23,60 Meter. Beim Weilspringen: Jodel 17. Abt. 5,32 Meter. Anton 5. Abt. 5,10 Meter. Beim Stabhochspringen: Schmale 12. Abt. 2,80 Meter. Wolf 17. Abt. 2,60 Meter. — Die nun folgenden Kräftigungen wurden von circa 50 Frauen und 300 Männern und Lehrlingen nach kurzem Wettkampf ausgeführt und beschloß ihre Wirkung nicht. Beim Zugsziehen der Lehrlinge siegte die 5. Abteilung. Es folgte nun ein Turnen der geübteren Männer und Frauen am Red und Barren, dem sich die Staffettenkette anschloß: a) Lehrlinge: 1000 Meter. 9. Abt. 2 Min. 31. Sec. 15. Abt. 2 Min. 31¹/₂ Sec. b) Männer: 1000 Meter. 9. Abt. 2,22¹/₂ Min. 17. Abt. 2,20¹/₂ Min. c) Turnerkinder: 2 Min. 2¹/₂ Min. (wegen falschen Startens zurückgestellt). d) Turnerkinder: 600 Meter. 6. Abt. 2 Min. 5 Sec. 2. Abt. 2,5¹/₂ Min. Es folgten darauf einige Weitsprünge, von denen namentlich die Jungballeule gute Resultate zeigten. Barlauf. 9.—16. Männer-Abteilung 49—34 Punkte. 5.—12. Abteilung 28—38 Punkte. — Faustball 5. (1. R.) — 17. 2 Mannsch. 65—61 Punkte. 12.—16. Abteilung 104—86 Punkte. 9.—17. 1. Mannsch. (40 Min.) 166

170 Punkte. Die Bedeutung des Tages Wäre Es. Viele in einer kräftigen Sprache den etwa 1000 Zuhörern zu Gemüte. Wüchte jeder einzelne befragt sein, dahin zu wirken, daß auch der letzte Arbeiter der Deutschen Turnerschaft und dem „Jungdeutschlandbunde“ den Rücken lehrt. — Gemeinsame Spiele; mit jung und alt bildeten den Schluß der Veranstaltung.

Arbeiter-Madefahrer-Bund „Solidarität“ (Ortsgruppe Berlin). Touren zum Sonntag, den 1. Juni: 1. Abt.: 6 Uhr: Kernsdorf 1 Uhr: Eichwalde (Witte). Start: Bismarckstr. 58. — 2. Abt.: 5 Uhr: Kienowalder. 1 Uhr: Großbeeren (Heinze). Start: Schönleinstr. 6. — 3. Abt.: 5 Uhr: Wandlitz (Kassan). 12 Uhr: Bernau (Salzmann). Start: Kaulsdorferplatz 12. — 4. Abt.: 5 Uhr: Rudow (Märkische Schweiz). 1 Uhr: Strausberg (Kotzsch). Start: Eichenstr. 6. Abt.: 6 Uhr: Köpenick (Habelstr.). 9 und 1 Uhr: Köpenick (Höllstein). Start: Oberberger Str. 28. — 7. Abt.: 7 Uhr: Wandlitz (Seefrag). 12½ Uhr: Schönwalde (Scholz). Start: Schulstr. 29. — 8. Abt.: 4 Uhr: Freimalde (Radday). 12 Uhr: Eichwalde (Witte). Start: Kropfenstr. 9. Abt.: 8 Uhr: Wandlitz (Seefrag). 12½ Uhr: Schönwalde (Scholz). Start: Schillingstr. 22. — 11. Abt. am 4. Juni: 9 Uhr: Spitzmühle. Start: Große Hamburger Str. 18/19. — Ortsgruppe Neukölln: 1 Uhr: Eichwalde (Witte). Start: Hohenzollernplatz. — Ortsgruppe Charlottenburg: 3 Uhr: Brandenburg. — Ortsgruppe Oberkönigsberg: 12 Uhr: Woltersdorf (Alter Kreuz). — Gäste an sämtlichen Touren willkommen.

Arbeiter-Madefahrer-Berein „Groß-Berlin“. Touren am Sonntag, den 1. Juni: Früh 4 Uhr: Jüterbog (Käfer). Nachm. 1 Uhr: Eichwalde (Witte). Start: Mariannenplatz. — Mittwoch, den 4. Juni, abends 9 Uhr: Vortrag.

Arbeiter-Touristenverein „Die Naturfreunde“. Ortsgruppe Berlin. Wanderungen am Sonntag, den 1. Juni: I. Reuhof, Joch, Kornsee, Gr.-Körs. Ab. nach Reuhof Bahnhof Bahns. 6 Uhr. — II. (Photour) Ruppiner Schweiz. Ab. nach Gneiffen Sonnabend ist 12 Uhr Steitiner Bahnhof (Zehn). — III. Hartenwalde, Nauensche Sorge, Scharmützsee. Ab. nach Hartenwalde Bahnhof Bahnhof 4.16 Uhr. Gäste stets willkommen.

Arbeiter-Wanderbund „Die Naturfreunde“. Sie Berlin. Sonntag, den 1. Juni: I. Rathenow-Bahnhof-Warlagenerberg-Rathenow (Nachtour). Ab. letzter Bahnhof Sonnabend abends 11.46 Uhr. II. Erlener-See-See-See (Baderstr.) Fredericksdorf (Nachtour). Ab. Schleißer Bahnhof Sonnabend abends 11.53 Uhr. III. Wandlitz-Forsthaus Renau-Bogensee-Wandlitz. Ab. Steitiner Bahnhof 5.15 Uhr früh nach Reinsdorf-Kothenhof, von dort mit der Kleinbahn nach Wandlitz.

IV. Köpenick-Liepnitz-Seepernd. Ab. Steitiner Fernbahnhof 5.59 Uhr früh. V. Frohnau-Hohenschöpping-Bergsdorf. Ab. Steitiner Sorortbahnhof 7.30 Uhr früh. VI. Schönwalde-Rühlendörfer-Schönwalde. Ab. Steitiner Sorortbahnhof 12.30 Uhr mittags nach Reinsdorf-Kothenhof, von dort mit der Kleinbahn nach Schönwalde.

Arbeiter-Wanderverein „Berlin“. Sonntag, den 1. Juni: Wanderfahrten nach: I. Dahmsdorf-Wänseberg-Hoppegarten-Marlee-Heidekrug-Kesselsee-Liebenberger Wähe-Kapel-Waldsee-Alt-Buchhorst-Waldmühl bis Erlener. Ab. 5.25 Uhr. Schleißer Bahnhof. II. Besuch der Räderdörfer Kallberge. Ab. 7.29 Uhr Schleißer Bahnhof bis Strausberg-Stienitz-Käfersdorf. Tafelst. Befähigung der Kallberge. Für Führung durch Beamte des Bergwerks haben die Teilnehmer 50 Pf. zu zahlen. Gäste willkommen.

Zu der am 8. Juni stattfindenden Oberpreussischen Fahrt sind noch Teilnehmerkarten à 5,75 M. in unseren Zahlstellen: Ritz Wählig, Stalter Str. 22, und Georg Wehnacht, Grünstr. 21, bis Mittwoch, den 4. Juni, zu haben.

Arbeiter-Zamariterbund, Kreis Brandenburg. Letzabend haben in dieser Woche (Beginn 8½ Uhr):

Berlin, 4. Abt. Lichtberg. Donnerstag, den 5. Juni, Schamwederstr. 60, bei Bienenhagen.

Berlin, 5. Abt. Neukölln. Freitag, den 6. Juni, Weichstr. 9, Idealjuno.

Schöneweide. Am Montag, 2. 6., bei Schulz, Siemensstr. 12.

Romawes. Am Dienstag, 3. 6., in der Fortbildungsschule.

Rantendorf. Am Montag, 2. 6., bei Löwenhagen, Chausseest. 27.

Spanbau. Am Mittwoch, 3. 6., bei Bezgies, Bismarckstr. 5.

Berlin. Am Freitag, den 30. Mai: Monatsversammlung der diensttuenden Mitglieder im Restaurant Augustin, Dantestr. 103, abends 8½ Uhr.

Arbeiter-Schwimmerbund.

Adlershof. Zur Gründung einer Schwimmabteilung beruft der Arbeiter-Schwimmerbund eine Versammlung nach dem Lokal von Kauf, Bismarckstr. 16, abends 8 Uhr, ein. Bundessekretär Jepsenweil spricht

über „Die Bedeutung des Schwimmens für die Arbeiterklasse“. Interessenten wollen sich recht zahlreich einfinden.

Frauen-Leseabende.

Mit-Glied. Deute Freitag, 8 Uhr, bei Rodenbusch, Rudower Straße 54. Genosin Siebel referiert über „Die Frau im werktätigen Kampfe“.

Jugendveranstaltungen.

Neukölln. Am Sonntag, den 1. Juni: Wanderung nach Fredericksdorf-Stienitz-Kallberge-Erlener. Jahrgeld 1 M. Ab. Bahnhof Neukölln 6.08 Uhr.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ ist soeben das 35. Heft des 31. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Die Rädler zur Diktatur in Ost- und Westpreußen. Von Jean Martin (Wülfsbach i. G.). — Staat und Kirche. Von August Erdmann. (Schl.) — Herrschaft und Volkswirtschaft. Von August Mat. — Zur Organisation der Arbeiterbildung. Von Emil Raub. — Geheißer Minimallohn und Streikrecht. Von S. Sachse (London). — Literarische Rundschau.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteurs zum Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

Von „Wahren Jacob“ ist soeben die 12. Nummer des 30. Jahrgangs 16 Seiten stark erschienen und enthält ein Porträt des verstorbenen belgischen Parteigenossen Victor Denis. Der Preis der Nummer ist 10 Pf.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen, ist uns soeben Nr. 18 des 23. Jahrgangs zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Fünzig Jahre. — Lassales Erbschaft. Von A. Lugenburg. — Die zweite Konferenz der Textilarbeiterinnen Schlesiens. Von Martha Hoppe. — Die Rüstungslust. II. Von H. B. — Die Tätigkeit der Frau in der Gemeinde. I. Von Anna Bloß. — Sie war eine Kämpferin! Von Emil Unger. — III. Den Beilagen: Für unsere Mütter und Hausfrauen und: Für unsere Kinder.

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Postgeld 55 Pf.; unter Kreuzband 85 Pf. Jahresabonnement 2,00 M.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße 69, vorn vier Treppen — Fach 11 —, wochentäglich von 4½ bis 7½ Uhr abends, Sonnabends, von 4½ bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Aufsatz ist ein Buchstabe und eine Post als Westzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erwidert. Anfragen, denen keine Annoncenentscheidung beizufügen ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

N. 72. Wenden Sie sich an den Ehemann der Rinderkühlkommission Emil Böckle, Lindenstraße 2. Im übrigen sind Ihre Fragen im Briefkasten des „Vorwärts“ vom 17. Mai bereits beantwortet. — **N. 110.** Sie können mit Rücksicht auf Erfolg reklamieren, sofern nicht etwa die 25-tägige Frist verstrichen ist. — **N. 9.** Sie halten für die Prämie eines Jahres. — **Schermörf 1913.** Das hängt von der Steuerordnung der Gemeinde, in der das Mädchen wohnt, ab. Zulässig ist die Besteuerung.

— **N. 8513.** 1. Ja. 2. Nein. — **Streitende.** Der Standpunkt des Steuerbeamten entspricht der Rechtsprechung. Eine Berufung wäre daher aussichtslos. — **N. 63.** Eine Klage erscheint zurzeit aussichtslos. Sie müssen den Fälligkeitstermin abwarten und abdam für den Fall der Nichterfüllung des Befehls beim Amtsgericht Lichtberg die Beweisklage erheben. — **N. 800.** Die Entscheidung des Gewerbegerichts ist endgültig. Es läßt sich also nichts weiter unternehmen. — **N. 78.** In Ihrem Falle uneres Erachtens ja. Legen Sie Berufung ein. — **N. 3.** Ja. Sie können aber für die Zeit der vorjährigen Erwerbslosigkeit Steuerertrag verlangen. — **N. 100.** Die Kosten richten sich nach der Höhe des Objekts. — **N. 7. 1875.** Nein, da das künftige Gesetz für die Erzeuger unehelicher Kinder keine Anwendung findet. — **König Kranke II.** 1. und 2. II. E. Rein. 3. Ja. 4. und 5. Rein. **N. 165.** 1. und 2. Rein. — **N. 76.** 1. Ja. 2. und 3. Rein. **N. 3. 100.** Rein, die Gemeinde kann jedoch Marktsandgeld erheben.

N. 3. Ja, und zwar in Höhe von 30 Proz. des ordentlichen Lohneins, das sind in Berlin 1,08 M. pro Tag. — **N. 51.** 1. Der Wirt kann von den Erben Bezahlung beanspruchen. 2. Richten Sie an den Vor-

sitzenden der Verwaltungskommission ein Erinnerungsschreiben. — **N. P. 731.** 1. Ja, und zwar vor Ablauf des Monats. 2. Ja, für einen weiteren Monat. — **N. P. 3.** Nein.

Deutscher Arbeiter-Abkündendbund, Ortsgruppe Berlin. Freitag, den 30. Mai 1913, abends 8½ Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelshofer 15: Versammlung. Vortrag: „Warum sind wir beim Bier- und Schnapsende“. Diskussion. Gäste willkommen.

Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter. (G. S. 29). Hamburg. (Hiliale Baumhulienweg.) Sonnabend, den 31. Mai, abends 8½ Uhr, im Lokal von Boche, Baumhulienstr. 54: Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Bericht von der Generalversammlung.

Landmannschaft Heidemünde-Heidemünde-Vollin. Die Landmannschaft sucht Parteigenossen und Genosinnen, welche aus dem Kreise ge- bürig sind und hier wohnen, an der am Sonntag, den 1. Juni, nachmittags 6 Uhr, im Lokal von Rodrigo, Vorfigstr. 21, stattfindenden Ver- sammlung teilzunehmen.

Marktpreise von Berlin am 28. Mai 1913, nach Ermittlungen des Königl. Polizeipräsidiums. 100 Kilogramm Weizen, gute Sorte 20,76 bis 20,80, mittel 20,68—20,72, geringe 20,60—20,64. Roggen, gute Sorte 00,00—16,75, mittel 00,00—00,00, geringe 00,00—00,00 (ab Bahn). Futtergerste, gute Sorte 16,20—16,70, mittel 15,60—16,10, geringe 15,10—15,50. Hafer, gute Sorte 17,60—19,50, mittel 16,50—17,50 (frei Wagen und ab Bahn). Mais (mispel), gute Sorte 15,50—15,50. Mais (runder), gute Sorte 00,00—00,00. Mispelstroh 4,80—5,00. Heu 6,00—8,00.

Marktpreisliste. 100 Kilogramm Erbsen, gelbe, zum Kochen 30,00—30,00. Speisebohnen, weiße 35,00—60,00. Lenten 35,00—60,00. Kartoffeln (Kleinbbl.) 5,00—8,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,50—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,30—1,80. Schweinefleisch 1,40—2,00. Kalbfleisch 1,40—2,40. Hammelfleisch 1,50—2,40. Butter 2,20—3,00. 60 Stück Eier 3,00—4,80. 1 Kilogramm Karphen 1,40—2,40. Kafe 1,20—3,20. Zander 1,40—3,60. Hechte 1,40—2,80. Barsche 1,00—2,40. Schlei 1,50—3,20. Weie 0,80—1,60. 60 Stück Kresse 2,75—60,00.

Witterungsübersicht vom 29. Mai 1913.

Stationen	Barometere- stand mm	Wind- richtung	Windstärke	Temper. in °C	Stationen	Barometere- stand mm	Wind- richtung	Windstärke	Temper. in °C
Berlin	764	SW	2	15	Hagenau	763	—	—	7
Hamburg	762	SW	2	15	Petersburg	—	—	—	—
Berlin	765	SW	1	17	Schly	759	SW	2	12
Frankf. a. M.	766	SW	1	17	Werdau	756	SW	3	13
München	767	SW	2	17	Paris	763	SW	2	10
Wien	766	SW	3	15					

Wetterprognose für Freitag, den 30. Mai 1913.

Wärmer und vielach heiter, aber sehr veränderlich bei mäßigen süd- lichen Winden; etwas Regen und Gewitterneigung; nachher kühl. Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau

Wasserstand	am 28. 5.		am 27. 5.		Wasserstand	am 28. 5.		am 27. 5.	
	cm	cm ¹⁾	cm	cm ¹⁾		cm	cm ¹⁾	cm	cm ¹⁾
Wemel, Müst	106	+9	106	—	Saale, Großschl.	105	—	105	—
Uregel, Zuckenburg	19	—	19	—	Saale, Rathenow ²⁾	22	0	22	0
Weichsel, Thorn	133	+13	133	—	Saale, Rathenow ²⁾	11	+1	11	+1
Oder, Rastow	142	—	142	—	Spree, Spremberg ²⁾	68	—	68	—
„ Krossen	174	+3	174	—	„ Beudow	83	+1	83	+1
„ Frankfurt	—	—	—	—	„ Beseke, Wänden	153	—	153	—
„ Barthe, Schrimm	92	—	92	—	„ Kribben	240	0	240	0
„ Landberg	54	—	54	—	„ Rhein, Raxmianskau	430	—	430	—
„ Borsdamm	—15	+1	—15	—	„ Rauh	218	—	218	—
„ Elbe, Leimeritz	—43	+2	—43	—	„ Rön	212	—	212	—
„ Dresden	—163	—	—163	—	„ Reckar, Heilbronn	69	—	69	—
„ Barby	—64	—	—64	—	„ Rain, Damar	146	—	146	—
„ Magdeburg	91	—	91	—	„ Roßel, Trier	65	—	65	—

¹⁾ + bedeutet Hoch, — Fall. — ²⁾ Unterpegel.

Condor-Schuhe





MARKE CONDOR

Aussergewöhnlich preiswerte Neuheiten

Herren-Halbschuhe

die führende Mode!

braun Chevreau, grosse Messingösen..... 9.50

braun Kalbleder, zum Knöpfen oder Riemenschnürung..... 12.50

schwarz Chromleder, Lackkappe..... 8.50

Kinder-Schnürschuhe

braun Ziegenleder, Lackkappe

25—26	27—28	29—30	31—33	34—35
3.60	4.00	4.50	5.00	5.50

Damen-Leinenschuhe

die grosse Mode!

zum Schnüren, Derbyschnitt, weiss, grau, beige..... 3.90

zum Knöpfen, weiss Riostoff, sehr fesch.. 4.90

Pumps ff. Chevreau, grau und beige, apart..... 8.90

Pumps ff. Chevreau, modebraun..... 6.50

3-Spangenschuhe

auf Rand, der neue Strassenschuh

schwarz Chromleder..... 8.50

braun Chevreau..... 10.50

Schuhwaren-Fabrik
Conrad Tack & Cie.
Abt.=Ges. Burg b. Magdbg.

129 Verkaufsstellen im Reich, davon in Berlin und Umgebung:

C, Spittelmarkt 15	NW, Wilsnacker Str. 22	N, Brunnenstr. nur 37	SO, Oranienstrasse 33	Neukölln:
W, Rosenthaler Strasse 14	NW, Boussolestrasse 29	N, Danziger Strasse 1	SO, Wrangelstrasse 49	Bergstrasse 20—31
W, Potsdamer Strasse 50	N, Friedr. Richstrasse 127	O, Androssstrasse 50	SW, Friedrichstr. 240-241	Potsdam:
W, Schillstrasse 16	N, Müllerstrasse 3	O, Frankfurter Allee 125	Charlottenburg: nur Wil-	Brandenburger Str. 54
NW, Turmstrasse 41	N, Reinickendorfer Str. 23	SO, Oranienstrasse 2a	Meradorfer Str. 122—123	

1 x genügt! Sie kommen wieder!

Alle,

welche 1 x von **Otto Piehl** BERLIN N
120 Brunnenstraße 120

MÖBEL

gekauft haben, denn **alle sind zufrieden** mit den Qualitäten! mit den Preisen! mit der Kulanz!

Grossartige Ausstellungen
Parterre ca. 100 Quadratmeter und im Fabrikgebäude!

Wohnungseinrichtungen... von Mark 230 an
Moderne Küchen... schon von Mark 45 an

Garnituren Betten Mark 21-72 Schlafsofa M. 100-350
Tische M. 6,50-85 Mark 75-120

Teilzahlungen erhöhen die Preise nicht!

Otto Piehl
Brunnenstraße 120



Ich schwöre auf **Blendol** das beste flüssige Metallputzmittel
in Glasflaschen zu 10, 15 u. 25 Pf., in Blechflaschen aller Grössen überall erhältlich. Fabrik Urban & Lemm, Charlottenburg

Blonde Damen verwenden zur Pflege und Konservierung ihrer Haare **Kamillen-Shampoo** mit dem schwarzen Kopf.
Das Paket 25 Pf. (7 Pakete M. 1,50)

In allen Apotheken, Drogen- und Parfümerie-Geschäften erhältlich. Die Garantie des vollen Erfolgs liegt aber in der Verwendung des echten Präparates „mit dem schwarzen Kopf“.

Schutzmarke. Diese Forderung beim Einkauf ist unerlässlich.

Hans Schwarzkopf, G. m. b. H., Berlin N27.

Theater und Vergnügungen

Freitag, den 30. Mai 1913.
Anfang 8 Uhr.
Lustspielhaus. Opernaufführung des Konseratoriums des Westens.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Prater. Das Hummelmädchen.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Königl. Opernhaus. Mignon.
Königl. Schauspielhaus. Volksvorstellung: Prinz Friedrich von Gomburg.
Anfang 8 Uhr.
Urania. Ueber den Brenner nach Venedig.
Neues Opera (Kroll). Bajazzi. Cavalleria rusticana.
Festung. Alt-Bien.
Deutsches. Der lebende Leichnam.
Kammerspiele. Die Einnahme von Berg-op-Hoorn.
Berliner. Filmzauber.
Königgrätzer Straße. Das Buch einer Frau.
Schiller O. Hofemanns Töchter.
Schiller-Charlottenburg. Moral.
Theater des Westens. Der liebe Augustin.
Montis Operetten. Der lachende Ehemann.
Deutsches Schauspielhaus. Ein idealer Gatte.
Theater am Rollendorfsplatz. Der Mann mit der grünen Maske.
Kleines. Professor Bernhardt.
Deutsches Opernhaus. Parfide.
Komödienhaus. Hochherrschäftliche Wohnungen.
Metropol. Die Kino-Königin.
Thalia. Puppchen.
Luisen. Die drei Schwestern Kandoll.
Wintergarten. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Friedr. Wilh. Schauspielhaus. Das Farmermädchen.
Reichens. Die Frau Präsidentin.
Lustspielhaus. Der lustige Kolada.
Rote. Krone und Fessel.
Folies Caprice. Die Haut. Sein letzter Wille. Der Cowboy.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Neues Volkstheater. König Kroule.
Anfang 9 Uhr.
Admiralpalast. Eisballett: Fikt in St. Moritz.
Sternwarte. Zinnladenstr. 57-62.

Schiller-Theater O. Wallner-Theater.
Freitag, abends 8 Uhr:
Husemanns Töchter.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Zwei Wappen.
Sonntag, nachmittags 3 Uhr:
Zopf und Schwert.
Sonntag, abends 3 Uhr:
Moral.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Freitag, abends 8 Uhr:
Moral.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Geographie und Liebe.
Sonntag, nachmittags 3 Uhr:
König Lear.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Husemanns Töchter.

Berliner Theater.
Täglich 8 Uhr:
Filmzauber.
Theater in der Königgrätzer Straße 8 Uhr:
Das Buch einer Frau.

Kroll-Oper
8 Uhr:
Bajazzi. Darauf:
Cavalleria rusticana.
(Musikspiel Dr. Waldemar Staegemann.)
Sonntag: Meistersinger.
Sonntag: Tannhäuser.

Theater des Westens.
8 Uhr. Volksstück. Vorstellung:
Der liebe Augustin.
Residenz-Theater.
Schluss der Spielzeit am 31. Mai.
Die Frau Präsidentin.
(Madame la Présidente).
Schwank in 3 Akten v. W. Hennequin und G. Heber.
Norgen und folgende Lage:
Die Frau Präsidentin.

Folies Caprice.
Sein letzter Wille
Der Cowboy
Soll und Haben.
Am 2. Juni: Premiere:
Parisiana.

Theater am Rollendorfsplatz
8 Uhr: Zum 1. Male:
Der Mann mit der grünen Maske.

Montis Operetten-Theater
(fr. Neues Theater). Amt Norden 1141.
Sommerpreise: Abends 8 Uhr:
Schnitzspiel Julius Spielmann:
Der lachende Ehemann.

Das sechste U.T.

im Bavaria-haus
Friedrichstr. Ecke Taubenstr.

ein vielgerühmtes **Meisterwerk der Technik und Raumkunst,**
Berlins **vornehmstes Lichtbild-Theater**
begeht Sonnabend, den 31. Mai abends 8 Uhr
die Eröffnungs-Feier
mit einem **Fest-Spielplan,**
der umrahmt von aktuellen, heiteren Intermezzos in dem **dramatischen Film**
Richard Wagner
einen klassischen Beitrag zur Biographie des Meisters bringt und die **Lebenskämpfe, Liebeskämpfe des Künstlers unverlierbar wiedergibt.**

Neue Welt.
Arnold Scholz. Hasenheide 108/114.
Täglich
Konzert und Vorstellung
Anfang 5 Uhr. Entrée 25 Pf.
Jeden Dienstag, Mittwoch, Donnerstag und Sonntag: **Großer Ball.**
Saison-, Abonnements- und Vorzugskarten haben Gültigkeit.

Brauerei Friedrichshain
Am Königstor. Col. Ernst Liebig.
Jeden Dienstag- und Donnerstagnachmittag:
Kaffee-Frei-Vorstellung
der Norddeutschen und Apollo-Sänger
bei freiem Entree. Freitag: Frei-Konzert.

Deutsches Schauspielhaus
8 Uhr: Ein idealer Gatte.
POSE-THEATER
Grosse Franzstr. Nr. 132.
Krone und Fessel.
Anfang 8 1/2 Uhr:
Norgen: Krone und Fessel.
Auf der Gartensühne:
Achtung! Es geht los!
Gr. Hoffe. Konz. Bunt. Teil. Anf. 4 1/2.

Urania.
Taubenstraße 48/49.
Wissenschaftliches Theater.
Abends 8 Uhr:
Ueber den Brenner nach Venedig
ZOOLOGISCHER GARTEN
Täglich nachm. 4 Uhr:
Gr. Militär-Doppelkonzert
Eintritt 1 Mark.
von 6 Uhr ab 50 Pf.
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.
Jahresabonnements an allen drei Schalterkassen.

Passage-Panoptikum
Der weltberühmte amerikanische **Negerboxer**
Andrea Johnson bei sein. Training zum Kampf um die Weltmeisterschaft.
Jon Got.
der akrobatische Schlafwandler!
Der Mann mit der eisernen Hand.
Aga, die schwabende Jungfrau!
Alles ohne Extra-Entree!

Brauerei Friedrichshain.
Heute Freitag, d. 30. Mai, abds. 8 1/2 U.:
Volks-Sinfonie-Konzert
des **Blüthner-Orchesters.**
Dirigent: Guido von Fuchs.
Sol.: Gottfried Zeslendor (Cello).
Karten a 20 Pfennig bei A. Wertheim, Leipziger Straße; P. Horsch, Engelshof 15; allen Verkaufsstellen der Neuen Freien Volksbühne, d. Konsumgeschäften d. Konsumgenossenschaft Berlin und Umgebung; Verband für Theatervergünstigung, Linkstr. 42; Orchesterbureau, Lützowstr. 76 und an der Abendkasse.

Admiralpalast - Eis-Arena
Angenehm kühler Aufenthalt. Allabendlich das gr. erfolgreiche Eisballett **Flirt in St. Moritz.**
Bis 6 Uhr und von 10 1/2 Uhr halbe Kassenspreise.
Restaurant L. Rangos. Wein- und Bier-Abteilung.

Metropol-Theater.
Die **Kino-Königin.**
Operette in 3 Akten von Jul. Freund und G. Offenbach.
Ruft von Jean Gilbert.
In Szene gesetzt v. Dir. Ad. Schult.
Anfang 8 Uhr.

Voigt-Theater.
Badstraße 58.
Freitag, den 30. Mai 1913:
Auf nach Amerika.
Spezialitäten allererst. Ranges.
Sofenöffnung 2 Uhr. Anfang 4 1/2 Uhr.

Reichshallen-Theater
Stettiner Sänger.
„Stucke's Pfingstfahrt“
Berliner Burleske von Maysel.
Anfang 8 Uhr.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.